

Düsseldorf, im Januar 2001

Abschlussbericht

**der Sachverständigenkommission
zum Aufbau Ost**

**zum Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen
vom 25. Februar 2000**

(Drucksache 12/4727)

Untersuchung und Bewertung der Hilfen des Landes Nordrhein-Westfalen in der ehemaligen DDR unter der beson- deren Berücksichtigung der Arbeit des Verbindungsbüros Berlin (Ost) im Jahre 1990

Datum des Originals: 24.01.2001/Ausgegeben: 31.01.2001

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch
einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nord-
rhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon
(02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

Die Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost

Vorsitzender: Staatsminister a.D. Dr. Diether Posser

weitere Mitglieder: Staatsministerin a.D. Heidrun Heidecke
Rechtsanwalt Georg Lampen
Dr. Heinrich Potthoff
Prof. Dr. Wolfgang Renzsch
Prof. Dr. Hermann Weber (bis zum 13. Juli 2000)

Kommissionsreferent: Waldemar Wieczorek

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einleitung	7
II. Rahmenbedingungen und Einordnung	15
1. Zur historischen Verortung	15
2. Phasen und Wendepunkte	16
3. Zur Einordnung der NRW-Hilfen in der DDR	18
III. Das NRW-Verbindungsbüro Berlin (Ost) - Auswertung des Aktenmaterials	24
1. Zur Entstehungsgeschichte des Verbindungsbüros NRW in Ost-Berlin	24
2. Die Tätigkeit des Büros	26
3. Brandenburg als Partnerland	31
4. Das Vorfeld der Landtagswahl 1990	33
5. Bewertung	35
IV. Das NRW-Verbindungsbüro Berlin (Ost) - Ergebnisse der mündlichen und schriftlichen Zeugenbefragungen	37
1. Ergebnisse der mündlichen Anhörung	37
2. Ergebnisse der schriftlichen Anfragen	62
3. Zusammenfassende Bewertung der Zeugenaussagen	70
V. Gesamtbewertung	77
VI. Auswahlbibliographie	87

I. Einleitung

Im Februar 2000 ist es zwischen den Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages zu einer unterschiedlichen Bewertung der Einrichtung, der Finanzierung und der Arbeit des Verbindungsbüros Nordrhein-Westfalen Berlin (Ost) in den Jahren 1990 und 1991 sowie über die Verwaltungshilfe in den neuen Ländern der ehemaligen DDR gekommen. Die Landesregierung hat am 18. Februar 2000 im Hauptausschuss und in der Fragestunde der Plenarsitzung vom 23. Februar 2000 zu dem Fragenkomplex berichtet.

Mit Antrag vom 25. Februar 2000 haben die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einrichtung einer unabhängigen "Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost" beschlossen, der drei Wissenschaftler/innen und drei unabhängige Persönlichkeiten des politischen Lebens angehören sollten. Ferner sollte die Kommission einen Zwischenbericht vor Ablauf der Legislaturperiode erstatten. Der Landtagspräsident wurde gebeten, die Kommission zu berufen. Der Antrag (Drucksache 12/4727) hatte folgenden Wortlaut:

„Einrichtung einer Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost

1. Der Landtag nimmt den Bericht der Landesregierung vom 18. Februar 2000 im Hauptausschuss sowie die Ausführungen der Landesregierung in der Fragestunde der Plenarsitzung vom 23.02.2000 zur Kenntnis. Die Landesregierung hat ausführlich zu den aufgeworfenen Fragen, die sich in den letzten Tagen zu der Einrichtung, zur Finanzierung und zu der Arbeit des Verbindungsbüros Nordrhein-Westfalen Berlin (Ost) in den Jahren 1990 und 1991 ergeben haben, sowie über die Verwaltungshilfe in den neuen Ländern, Stellung genommen. Viele westdeutsche Länder haben sich - nachdem Nordrhein-Westfalen mit der Einrichtung des Verbindungsbüros beispielgebend voranging - auf ähnliche Weise am Aufbau demokratischer Strukturen im Osten Deutschlands beteiligt. Niemand hätte in dieser dramatischen und bewegenden Zeit Verständnis dafür gehabt, den unverzichtbaren Aufbau funktionierender demokratischer Strukturen an bürokratischen Hemmnissen scheitern zu lassen. Die Einrichtung des Verbindungsbüros Berlin-Ost erfolgte aufgrund der damaligen verfassungsrechtlichen Lage auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen WestLB und dem Land Nordrhein-Westfalen. Darüber bestand ein großer gesellschaftlicher Konsens über alle Parteigrenzen hinweg - auch im Landtag Nordrhein-Westfalen.

2. Das Thema "Aufbau Ost" und das Engagement der westdeutschen Länder und des Bundes in den neuen Ländern ist - wie die aktuelle Diskussion im Landtag Nordrhein-Westfalen zeigt - noch nicht umfassend aufgearbeitet und politisch bewertet. Einige der vom Verbindungsbüro geleisteten Unterstützungen werden im Nachhinein unterschiedlich bewertet. Dieser Sachverhalt, wie auch die Aufbauleistungen durch andere Länder, die Bundesregierung und andere Institutionen bedarf einer unabhängigen historischen und rechtlichen Klärung, Aufarbeitung und Bewertung.
2. Mit dieser Aufgabe wird eine unabhängige Kommission betraut. Der Landtagspräsident wird gebeten, diese Kommission zu berufen, die diese Fragestellungen untersucht und bewertet. Ihr sollen zum einen drei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zum anderen unabhängige Persönlichkeiten des politischen Lebens angehören. Jede Fraktion des Landtags Nordrhein-Westfalen soll eine solche Persönlichkeit benennen. Zur Erfüllung ihres Auftrages muss im Rahmen der Möglichkeiten der Landesregierung sichergestellt werden, dass die Mitglieder der Kommission alle Akten der zuständigen und betroffenen Stellen zur Verfügung gestellt bekommen. Ferner müssen sie die Möglichkeit erhalten, Beteiligte und Zeitzeugen zu befragen. Der Kommission sollen die notwendigen Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden, um eine schnelle und umfassende Arbeit zu ermöglichen. Die laufenden Ausgaben sollen aus dem Haushalt des Landtags erbracht werden. Die Kommission soll im Hinblick auf die Arbeit des Verbindungsbüros und der weiteren Aktivitäten des Landes Nordrhein-Westfalen in den neuen Ländern einen Zwischenbericht vor Ablauf der Legislaturperiode vorlegen."

Nachdem drei Historiker und Politikwissenschaftler, die zur Mitarbeit in der Sachverständigenkommission bereit waren, vom Landtagspräsident gefunden waren und die drei Landtagsfraktionen ihre Mitglieder benannt hatten, lud der Landtagspräsident nach telefonischer Vorankündigung mit Schreiben vom 28. März 2000 zur konstituierenden Sitzung der Kommission ein.

Bei den Wissenschaftlern handelte es sich um die Herren Dr. Heinrich Potthoff (Königswinter), Prof. Dr. Wolfgang Renzsch (Bonn/Magdeburg) und Prof. Dr. Hermann Weber (Mannheim).

Die Landtagsfraktionen benannten Frau Heidrun Heidecke, ehemalige Staatsministerin in Sachsen-Anhalt (für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herrn Rechtsanwalt Georg Lampen, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler NRW (für die CDU) und Herrn Dr. Diether Posser, ehemaliger Staatsminister in Nordrhein-Westfalen (für die SPD), der

in der konstituierenden Sitzung, die der Präsident des Landtags leitete, zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Sowohl personell als auch rechtlich war die Ausstattung der Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost eher bescheiden. Deutlich wird dies insbesondere im Vergleich mit den beiden Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages zur "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" und zur "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit". Deren Arbeit umfasste nicht nur eine ganze Legislaturperiode, sondern sie wurde auch jeweils von einer großen Zahl von Mitgliedern getragen: 32 Bundestagesabgeordnete (je 16 ordentliche und stellvertretende Mitglieder) und 12 sachverständige Experten. Sie konnte sich zudem auf ein großes Kommissionssekretariat (13 Mitarbeiter bei der ersten Enquetekommission) stützen, unzählige Gutachten und Expertisen in Auftrag geben, sowie zahlreiche Anhörungen von Experten, Zeitzeugen, beteiligten Politikern bis zum Bundeskanzler durchführen.

Die Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost wurde bei ihrer Arbeit personell lediglich von einem Kommissionsreferenten unterstützt. Darüber hinaus war der zeitlich gesteckte Rahmen für die Erledigung ihres Untersuchungsauftrages ungleich kürzer.

Den in dem Einsetzungsbeschluss vom 25. Februar 2000 gewünschten Zwischenbericht hat der Vorsitzende in einer Sondersitzung des Hauptausschusses am 10. Mai 2000 erstattet¹. Die Kommissionsmitglieder Frau Heidrun Heidecke und Herr Georg Lampen, die ebenfalls an der Sondersitzung teilnahmen, haben den Bericht des Vorsitzenden durch eigene Beiträge ergänzt.

Seit ihrer konstituierenden Sitzung hat die Kommission 15 mal getagt und 12 Zeugen vernommen sowie etliche schriftliche Stellungnahmen ausgewertet. Es wurden auch zwei Fernsehbeiträge bewertet, in denen über die Arbeit des Verbindungsbüros Ost berichtet worden ist.

In der konstituierenden Sitzung lag der Kommission ein Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 29. März 2000 an den Landtagspräsidenten vor, in dem mitgeteilt wurde, dass in den Ressorts der Landesregierung insgesamt 1.084 Ordner vorhanden seien, in denen Verwaltungsvorgänge im Zusammenhang mit der Aufbauhilfe Ost archiviert seien. Der Kommission war einsichtig, dass das Lesen und Bewerten einer solchen Materialfülle eine jahrelange Arbeit bedeuten müsste, so dass schließlich die Beschränkung auf die Arbeit des Verbindungsbüros im Jahre 1990 beschlossen wurde.

¹

Ausschussprotokoll 12/1632 vom 10.5.2000

Für die Richtigkeit dieser Entscheidung sprachen vor allem zwei Überlegungen: Gegenstand der Diskussion im Landtagsplenum und im Hauptausschuss war ausschließlich die Arbeit des Verbindungsbüros bis zur Konstituierung der Länder in der ehemaligen DDR nach der Landtagswahl vom 14. Oktober 1990.

Zum weiteren Aufbau in der früheren DDR nach ihrem gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 erfolgten Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland existieren umfangreiche Jahresberichte, die die Landesregierung dem Landtag zugeleitet hat und die dort diskutiert worden sind.

Mit Schreiben vom 13. Juli 2000 teilte Prof. Dr. Weber mit, dass er wegen Arbeitsüberlastung auf ärztlichen Rat seine Mitarbeit in der Kommission einstellen müsse. Die Kommission hielt die Berufung eines neuen Mitgliedes für unzweckmäßig, weil die Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit die Arbeit unnötig verzögern würde. Zudem müsste ein neues Mitglied viel Zeit aufwenden, um den Erkenntnisstand der anderen Kommissionsmitglieder zu erreichen. Die Lücke, die durch das Ausscheiden von Prof. Weber entstanden sei, sollte durch Mehrarbeit der verbleibenden Mitglieder geschlossen werden. Der von der Kommission unterrichtete Landtagspräsident teilte die Auffassung der Kommission dem Ältestenrat des Landtages mit, der sich einverstanden erklärte.

Die Aufbauhilfe Nordrhein-Westfalens für Brandenburg im Jahre 1990 wurde von den Nachrichtenmagazinen "Der Spiegel" und "Focus" mit dem Vorwurf kritisiert, die staatlichen Gelder und das eingesetzte Personal hätten "fast ausschließlich" dem Aufbau der brandenburgischen SPD und der Förderung ihres Spitzenkandidaten Dr. Stolpe gedient. Diese Vorwürfe beruhen nach den Feststellungen der Kommission auf Angaben des ehemaligen Leiters des Verbindungsbüros Hans-Christian Hoffmann, sowie des ehemaligen Regierungsbevollmächtigten Jochen Wolf, der allerdings dem Verbindungsbüro zu keinem Zeitpunkt angehört hat.

Die Regierungsbevollmächtigten stellten eine Art staatliche Mittelinstanz dar. Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und der Wahl des Spitzenkandidaten der stärksten Partei, Lothar de Maiziere (CDU), zum Ministerpräsidenten der DDR ging es vor allem darum, die kommunistischen Strukturen auf allen Ebenen durch demokratisch gewählte Vertretungen zu ersetzen. Das geschah am 6. Mai 1990 durch die Wahl von Abgeordneten für Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage.

Entschieden werden musste auch die Frage, ob es in der DDR wieder Länder geben sollte, die die vom Politbüro der SED beherrschte DDR-Regierung 1952 aufgelöst hatte. An Stelle der traditionellen Länder waren 14 Bezirke gebildet worden. Weil der Alliiertenstatus von Berlin verletzt wurde, war dann in völkerrechtswidriger Weise Ost-Berlin als 15. Bezirk hinzu gekommen. Die neue demokratisch gewählte Volkskam-

mer entschied mit großer Zustimmung der Bevölkerung die herkömmlichen föderalen Strukturen wieder einzuführen.

Zur Vorbereitung der Länderneubildung hat die Regierung der DDR am 8. Juni 1990 Regierungsbevollmächtigte in den Bezirken ernannt und damit die alten Strukturen der Räte der Bezirke abgelöst. In den drei auf das Land Brandenburg entfallenden Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam wurden nach dem Ergebnis der Kommunalwahlen vom 6. Mai in Cottbus ein CDU-Mitglied, in Frankfurt/Oder und in Potsdam SPD-Mitglieder als Regierungsbevollmächtigte eingesetzt, in Potsdam Herr Jochen Wolf.

Zur Erfüllung des Kommissionsauftrags hielt es die Kommission für wichtig, im Zusammenhang mit der Auswertung der schriftlichen Unterlagen in den zahlreichen Akten zur Gründung, Aufgabenstellung und Arbeit des Verbindungsbüros NRW in Ost-Berlin auch durch Befragung von Zeitzeugen zu ermitteln, welche Aufgaben im Verbindungsbüro tatsächlich wahrgenommen worden sind und wie die Mitarbeiter des Verbindungsbüros in der Praxis gearbeitet haben. In diesem Zusammenhang war für die Kommission eine entscheidende Frage, ob Mitarbeiter des Verbindungsbüros tätig geworden sind in Bereichen, die nicht mit Steuermitteln hätten finanziert werden dürfen.

Im Wesentlichen sollten die Zeugenbefragungen folgendes klären:

1. Hatte das Verbindungsbüro neben der eigentlichen Aufgabe der Fachberatung und Kontaktvermittlung zwischen Bürgern, Unternehmen, Verbänden und vergleichbaren Organisationen die Aufgabe, Parteien in ihrem Aufbau und beim Wahlkampf zu unterstützen?
2. Erfolgte in der Praxis eine solche Unterstützung von Parteien und erfolgte sie ggf. mit einseitiger Ausrichtung zu Gunsten einer Partei, insbesondere der SPD in Brandenburg und ihres Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Manfred Stolpe?
3. Erfolgte eine einseitige Unterstützung der SPD Brandenburg und des Spitzenkandidaten, Manfred Stolpe, durch die WestLB oder andere Mitarbeiter des Landes aus Steuermitteln?
4. Welche Aufgabe erfüllte Frau Ute Tenkhof, Mitarbeiterin des Verbindungsbüros, nach ihrer Abordnung vom 1.9. bis 15.10.1999 als persönliche Referentin von Manfred Stolpe?
5. Gab es einen Zusammenhang zwischen Verbindungsbüro und der Übermittlung

von Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR nach Nordrhein-Westfalen?

(Diese Frage stellte sich für die Kommission im Laufe ihrer Ermittlungen aufgrund von Hinweisen auf entsprechende Recherchen für die ZDF-Sendung "Frontal")

Die Kommission hat folgende Zeuginnen und Zeugen persönlich angehört:

1. Herrn Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch, Chef der Staatskanzlei NRW; 1990 Leiter des Büros des Ministerpräsidenten Rau,
2. Herrn Ministerialrat Ulrich Behrens, Wirtschaftsreferent im Verbindungsbüro vom 15.5. bis 30.11.1990,
3. Herrn Ministerialdirigent a.D. Dr. Hessing, 1990 Leiter der Abteilung in der Staatskanzlei NRW für u.a. europapolitische und deutschlandpolitische Angelegenheiten zuständig,
4. Frau Ute Tenkhof, Mitarbeiterin des Verbindungsbüros vom 15.5. - 31.8.1990; 1.9. - 15.10.1990 persönliche Referentin von Manfred Stolpe,
5. Herrn Jens Fischer, 1990 Leiter des Büros von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, ab Mitte August Mitarbeiter im Wahlkampf-Team von Manfred Stolpe,
6. Herrn Hanno de Vries, 1990 Geschäftsführer des Heinz-Kühn-Bildungswerkes SPD Westfalen e.V.; ab Ende August 1990 Mitarbeiter im Wahlkampf-Team von Manfred Stolpe,
7. Herrn Leitenden Ministerialrat a.D. Heinz Höffken, 1990 in der Staatskanzlei NRW als Leiter der Gruppe "Verwaltung" mit dem Personalreferat, dem Haushaltsreferat, dem Ordensreferat, dem Organisationsreferat und der Bürodirektion,
8. Herrn Staatssekretär im Innenministerium Wolfgang Riotte,
9. Herrn Leitenden Ministerialrat im Innenministerium Wolfgang Düren, 1990 Kabinetts- und Parlamentsreferent des Innenministeriums,
10. Herrn Leitenden Ministerialrat im Innenministerium Gerhard Lutz, Leiter der Automations-Gruppe,
11. Herrn Jochen Wolf, 1990 Regierungsbevollmächtigter in Potsdam,

12. Herrn Dr. Manfred Degen, Vertretung des Landes NRW bei der EU; 1990 Leiter des Referats "Deutschland-Politik" innerhalb der Landesregierung, zuständig für die Koordination der Aktivitäten im Zusammenhang mit der Deutschen Einigung.

Auf postalischem Wege hat die Kommission folgende Personen um Auskünfte gebeten:

1. Herrn Hans-Christian Hoffmann, Leiter des Verbindungsbüros; Anfrage vom 10.4.2000 mit Antwort (ohne Datum) und ergänzender Antwort vom 4.5.2000,
2. Herrn Dr. Friedel Neuber, den Vorsitzenden des Vorstandes der WestLB; Anfrage vom 10.4.2000 mit Antwort vom 18.4.2000 und Anfrage vom 26.9.2000 mit Antwort vom 17.10.2000,
3. Herrn Staatsminister Dr. Thomas de Maizière, Chef der Staatskanzlei des Freistaates Sachsen, Berater des Bundeskanzleramtes bis zur Vereinigung am 3.10.1990; Anfrage vom 11.4.2000 mit Antwort vom 14.4.2000,
4. Herrn Gerhard Ringmann, Mitarbeiter des Verbindungsbüros; Anfrage vom 11.4.2000 mit Antwort vom 25.4.2000,
5. Herrn Ulrich Behrens, Wirtschaftsreferent im Verbindungsbüro; Anfrage vom 11.4.2000 mit Antwort vom 26.4.2000,
6. Frau Ute Tenkhof, Mitarbeiterin im Verbindungsbüro und später persönliche Referentin von Manfred Stolpe; Anfrage vom 11.4.2000 mit telefonischer Antwort vom 3.5.2000, und
7. Herrn Manfred Kluger, Verfasser des Leserbriefs zur "Wahlkampfhilfe durch die WestLB"; Anfrage vom 20.7.2000 mit Antwort vom 14.9.2000.

Mit einer Ausnahme sind alle Personen, die die Kommission als Zeugen hören wollte, zur Anhörung erschienen, obwohl die Kommission anders als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss das Erscheinen nicht erzwingen konnte. Nur der Leiter des Verbindungsbüros im Jahre 1990, Herr Hans-Christian Hoffmann, ist unter Hinweis auf seine berufliche Belastung als Weinhändler trotz wiederholter Ladungen nie erschienen. Auch auf das Angebot der Kommission im Brief vom 26. September 2000, er könne selbst den Anhörungstermin bestimmen, ist Herr Hoffmann nicht eingegan-

gen, hat aber die Beantwortung an ihn gerichteter schriftlicher Fragen zugesagt. Da in den Akten genügend schriftliche Ausführungen von Herrn Hoffmann enthalten sind, wurde von der Kommission darauf verzichtet.

II. Rahmenbedingungen und Einordnung

1. Zur historischen Verortung

Gerade zehn Jahre sind seit dem Aufbruch zu Freiheit und Demokratie in der DDR, dem - sieht man von Rumänien ab - friedlichen Umbruch im östlichen Europa und der deutschen Einigung im Gefolge des Wandels vergangen. Das Bewusstsein eines Epochenwechsels, der es tatsächlich war, ist schon geschwunden, die Erinnerung an die dramatischen Ereignisse und die unverhoffte Einheit ist schon verblasst. Dieses gilt es aber zu vergegenwärtigen, um die von NRW eingeschlagenen Wege bei der Aufbauhilfe Ost einordnen zu können.

Die Implosion des SED-Regimes und die friedliche Revolution, die deutsche Vereinigung und der Zerfall des Sowjetimperiums kamen überraschend und wurden von fast niemand so vorausgesehen. Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik mussten auf eine unerwartete Situation reagieren, die im stetigen Fluss war. Sie wurde entscheidend bestimmt von der inneren Entwicklung in der DDR und dem davon ausgehenden Druck, von den außenpolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere der Haltung der Sowjetunion, und dem Agieren der politischen Kräfte in der Bundesrepublik, bei der die Bundesregierung unter Helmut Kohl ganz unzweideutig eine bestimmende Rolle ausübte.

Es handelte sich um eine historische Ausnahmesituation und einen labilen Prozess sich rapide verändernder Konstellationen. Der fundamentale Wandel in der DDR mit den Bürgerbewegungen und Bürgern als treibenden Akteuren, der Übergang vom SED-System über eine Art "Doppelherrschaft" bis zur Bildung freigewählter demokratischer Institutionen, der ökonomische Kollaps und der Einigungsdrang forderten von den politisch-gesellschaftlichen Kräften in der Bundesrepublik die Bereitschaft zu schnellem, unbürokratischem Handeln, aber zugleich mit Blick auf die Machtverhältnisse und alte diktatorische Strukturen auch große Sensibilität. Dies betraf vor allem das Verhalten der sowjetischen Vormacht, aber auch das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn und die wichtige Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika.

In Abhängigkeit von der dramatischen Binnenentwicklung der DDR, den außenpolitischen Konstellationen und den politischen Weichenstellungen der Bonner Regierung muss auch die vom Land NRW geleistete Aufbauhilfe in den verschiedenen Phasen gesehen werden. Bei der Einordnung der Vorgänge, ihrer Gewichtung und

Bewertung müssen die Veränderungen im Umfeld mit berücksichtigt werden. Die historische Umbruchsituation darf nicht ausgeklammert, mögliche Fehler und Verstöße gegen geltende Regelungen können damit aber auch nicht einfach abgetan werden.

2. Phasen und Wendepunkte

Im zeitlichen Verlauf lassen sich einige Markierungspunkte ausmachen, die auch von hoher Relevanz für die von NRW geleistete Aufbauhilfe und ihre Gewichtung und Bewertung waren.

Mit der Öffnung der Mauer hatte das SED-Regime die Basis für eine mögliche Stabilisierung verloren. Der Staatsapparat wurde zusehends handlungsunfähig und ein deutsches Nachrichtenmagazin notierte "Die Macht liegt auf der Straße"². Statt dem "wir sind das Volk" erschallte immer lauter das "Wir sind ein Volk", die sog. Wende in der Wende. Die Bürgerbewegung als Motor einer demokratischen, aber eigenständigen DDR und die seit Anfang Dezember 1989 installierten runden Tische wurden zusehends von dem Verlangen nach Einheit überrollt³.

Mitte Januar 1990 wurde deutlich, daß die DDR wirtschaftlich-finanziell am Ende war. Sie stand de facto vor dem Bankrott. Die Wirtschaftsmisere wurde nun offen eingestanden und das gigantische Haushaltsloch offenbart. Gleichzeitig entlud sich die Wut über die Stasi und Nasi (Amt für Nationale Sicherheit als Nachfolger des MfS) in Demonstrationen und der Erstürmung ihrer Zentralen. In dieser kritischen Lage, in der Chaos, Gewalt und ein Verfall jeder Ordnung drohten, entschieden sich die verschiedenen Oppositionsgruppen trotz erheblicher Bedenken zur Mitarbeit in einer "Regierung der nationalen Verantwortung". Mit diesem aus Verantwortung geprägten Schritt gerieten sie nun zusehends ins abseits. Denn immer lauter wurden nun die Rufe in der Bevölkerung nach Marktwirtschaft, freien Wahlen und "Wiedervereinigung Jetzt".

In Moskau reifte im Januar 1990 die Einsicht, daß der Weg zu einer deutschen Vereinigung wohl kaum mehr zu bremsen sei und die sowjetische Politik sie nicht mehr

² "Der Spiegel" vom 11.12.1989, S. 22ff

³ Siehe die grundlegende Darstellung des US-amerikanischen Historikers Konrad Jarausch, Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt a.M. 1995, bes. S. 137f

"prinzipiell in Zweifel" ziehen sollte.⁴ Bei den Gesprächen von James Baker in Moskau (9./10. Februar 1990) und anschließend von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher (10. Februar 1990) stimmte Michail Gorbatschow einer deutschen Einigung im Grundsatz zu, der berühmte "Durchbruch". Danach ging es nicht mehr um das Ob, sondern nur um das Wie, d.h. die sicherheitspolitische Architektur, bes. die Nato-Frage, die Einbettung in den europäischen Kontext sowie die Zwei-plus-Vier Verhandlungen und das Tempo einer deutschen Vereinigung.

Die Grundkonstellationen hatten sich entscheidend verändert, und durch die Entkopplung der außen- und sicherheitspolitischen Fragen vom Prozess der inneren Vereinigung stand dieser im Grundsatz nichts mehr im Weg. Aus der damaligen Sicht ist es allerdings, gerade bei denen, die weiter von den Entscheidungsebenen entfernt waren, verständlich, dass manche in West wie Ost noch mit einer längeren Dauer einer sich zwar wandelnden, aber doch in einem labilen, kritischen Zustand dahinexistierenden DDR rechneten und sich über Moskaus Haltung keineswegs sicher wähnten.

Helmut Kohl und seine Regierung vollzogen im Zuge dieser Umbrüche jedenfalls einen Kurswechsel und stellten die Weichen um. Der noch amtierenden DDR-Regierung unter Hans Modrow wurde die Hilfe verweigert und die Repräsentanten der Bürgerbewegung kühl abserviert. Bundeskanzler Helmut Kohl steuerte nun auf eine Beschleunigung des Einigungsprozesses hin und setzte dabei vor allem auf folgende Instrumente:

- a) die überraschend am 6. Februar präsentierte Währungsunion und die "blühenden Landschaften" als Lockmittel für die Bürger der DDR;
- b) das Versprechen der Einheit zum Nulltarif als Beruhigungsspiel für ängstliche Westdeutsche;
- c) die am 5. Februar geschmiedete Allianz für Deutschland, d.h. den Einsatz der gewendeten Blockpartei CDU zur Umsetzung seiner politischen Strategien im Osten;
- d) den Kabinettsausschuss "Deutsche Einheit" (eingesetzt am 7. Februar) als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument der Regierung.

Die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 markieren eine Zäsur. Nun hatte die DDR

⁴ Gespräch Eduard Schewardnadse-Oskar Fischer am 20.1.1990, Nikolai Portugalow in "Bild" am 24. 1.1990, Treffen Hans Modrow-Michail Gorbatschow 30./31.1.1990

auf zentraler Ebene ein durch freie Wahlen legitimiertes Parlament und bekam nach langwierigen Verhandlungen ab 12. April auch eine parlamentarisch-demokratisch begründete Regierung. Bei einer Wahlbeteiligung von 93,8% vollzogen die Bürger der DDR zugleich eine Art Volksabstimmung für die deutsche Vereinigung. Die PDS, die für eine erneuerte DDR stand, kam nur auf 16,4%, die Bürgerbewegung, die sich im Bündnis 90 zusammengefunden hatte und für Basisdemokratie eintrat, wurde geradezu marginalisiert (2,9%) und verlor politisch rapide an Bedeutung, die neuentstandene SPD als Anwalt einer vorsichtig-behutsamen Vereinigung kam nur auf 21,9%. Der große Sieger war die von der Bonner Kohl-Regierung maßgeblich gestützte Allianz für Deutschland (48,1%) mit dem Schwergewicht der alten Block-CDU (allein 40,8%). Die politischen Gewichte in der DDR hatten sich damit entscheidend verschoben. Das Ergebnis der Volkskammerwahl war ein Mandat für eine schnelle Vereinigung.

In der Konsequenz des Erdrutschsieges der Einheitsbefürworter schlossen Frankreich und die anderen kontinentaleuropäischen EG-Länder ihren Frieden mit dem deutschen Einigungsprozess und selbst Margaret Thatcher gab ihren Widerstand nun auf und fügte sich in das wohl Unvermeidliche. Moskau wirkte nach dem eindeutigen Wählervotum und infolge einer inneren Krise wie gelähmt und ließ zu, dass immer mehr vollendete Tatsachen geschaffen wurden. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion kam die DM zu den Bürgern der DDR, im Dreieck Washington, Bonn, Moskau und bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen wurden die äußeren Probleme gelöst, durch Milliardenhilfen Moskau der Truppenabzug und die freie Bündniswahl des geeinten Deutschlands versüßt und mit dem Einigungsvertrag der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland geregelt. Gleichzeitig wurden grundlegende Entscheidungen zur Anpassung der DDR an die im Westen geltenden Staats-, Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen auf den Weg gebracht, u.a. durch die Einführung der föderalen Ordnung.

3. Zur Einordnung der NRW-Hilfen in der DDR

Die vom Land NRW geleistete Aufbauhilfe wie die Einrichtung des Verbindungsbüros waren ein Zeugnis für die tätige Anteilnahme an dem Geschehen in dem anderem Teil Deutschlands, der sich nach Jahrzehnten der SED-Diktatur den Weg zur Freiheit bahnte. Wie andere Bundesländer und deren Ministerpräsidenten pflegte auch die NRW-Landesregierung schon seit Jahren wirtschaftliche, kulturelle und politische Verbindungen zur DDR. Bei Johannes Rau beschränkten sich die Gespräche nicht nur auf die offiziellen Vertreter des DDR-Staates, sondern bezogen sich besonders auf Evangelische Kirchenkreise und den schon seit Helmut Schmidts Zeiten geknüpften Draht zu Konsistorialpräsident Manfred Stolpe sowie zum Leipziger Pfarrer und Super-

intendant Friedrich Magirus. Daraus erwuchsen nicht nur besonders dichte Kontakte, sondern daraus sprach auch eine besondere Anteilnahme an dem Geschick der Menschen in der DDR. Die Landesregierung beließ es mit dem sich abzeichnenden Umbruch nicht bei Worten, sondern sie leistete von Anfang an praktische Hilfe. Auf Initiative des damaligen Ministerpräsidenten Johannes Rau hat sie sich früh und nachhaltig für die Förderung demokratischer Strukturen und Sachunterstützungen engagiert. Schon anlässlich der Kulturtage des Landes NRW in Leipzig hatte Rau am 9. November (aber noch vor der Maueröffnung) in einer Unterredung mit dem SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz das Thema einer "Unterstützung" für die sich reformierende DDR angeschnitten. "Die Wirtschaft, nicht zuletzt in Nordrhein-Westfalen, warte geradezu darauf."⁵ In nachfolgenden Gesprächen mit Kirchenvertretern und Bürgerrechtsgruppen in Leipzig (unmittelbar nach der Maueröffnung) kam schon das Thema Runder Tisch, also die Implementierung demokratischer Mitsprachestrukturen nach dem Modell in Polen zur Sprache, und eine Regierungserklärung vom 15. November 1989 im Landtag⁶ sprach sich für die Einrichtung deutsch-deutscher Kommissionen und Fachkontakte von Experten und gesellschaftlichen Gruppen aus.

Früher als viele andere Politiker, besonders aus seiner eigenen Partei, hat Johannes Rau den Zug zur Einheit im Zuge einer demokratischen Wandlung in der DDR gesehen. So wagte er im September, als Ungarn die Grenze öffnete und die Kohl-Regierung Krisenmanagement betrieb, die Prognose, die "Wiedervereinigung komme zu einer Neubewertung"⁷. Kurz nach der Maueröffnung, als Kanzler Helmut Kohl noch Egon Krenz wie Michail Gorbatschow versicherte, er trete gegen jede "Radikalisierung" ein⁸, registrierte Rau schon "bei den Menschen auf der Straße" in der DDR "geradezu eine Wiedervereinigungseuphorie"⁹ und eindringlich warnte er seine Partei Ende

⁵ Niederschrift über das Gespräch am 9.11.1989 abgedruckt bei Heinrich Potthoff, Die "Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 989-994; vgl. auch Wolfgang Jäger, Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung, 1989/90, Stuttgart 1998, S. 149f)

⁶ Landtag Nordrhein-Westfalen, Plenarprotokoll 10/122 vom 15.11.1989

⁷ SPD-Präsidiumssitzung vom 11.9.1990, Protokoll im SPD-Vorstandsarchiv

⁸ Telefonate mit Egon Krenz und Michail Gorbatschow am 11.11.1989, Abdrucke der Mitschriften in: Potthoff, Koalition der Vernunft, S. 989.994, Jürgen Küsters/Daniel Hoffmann, Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 513-517

⁹ Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, S.309 und 412; dazu auch Jäger, Überwindung der Teilung, S. 150; "Bild" vom 17.11.1989: "Rau: Klare Linie durch Runden Tisch"

November, "den Zug zur Einheit" nicht zu verpassen.¹⁰

Noch im Jahr 1989 stellte das Land einen Betrag von 20 Millionen für ein medizinisch-humanitäres Soforthilfeprogramm bereit (Beschluss der Landesregierung vom 28. November 1989). Über diese Hilfe bestand im Landtag, der sie gemeinsam mit der Landesregierung beschloss, ein breiter Parteienkonsens, auch was eine elastische Anpassung dieser Maßnahmen an die besondere revolutionäre Umbruchsituation in der DDR anbetraf.¹¹ Irgendwelche Anhaltspunkte, dass es dabei in Einzelfällen zu verdeckten parteipolitischen Instrumentalisierungen kam, konnte weder die Sachverständigenkommission finden noch wurden solche Vorwürfe von einer der angehörten Zeugen erhoben.

Bereits im Dezember 1989 benannte die Landesregierung jeweils zwei Minister als Ansprechpartner für die ehemaligen fünf Länder in der DDR (Christoph Zöpel und Klaus Matthiesen für Sachsen, Anke Brunn und Günter Einert für Sachsen-Anhalt, Hermann Heinemann und Heinz Schleußer für Thüringen, Herbert Schnoor und Heinz Schwier für Brandenburg, Reimut Jochimsen und Rolf Krumsiek für Mecklenburg-Vorpommern). Nordrhein-Westfalen suchte regionalübergreifend zu helfen. Die Maßnahmen orientierten sich am vordringlichen Bedarf, sollten "mit allen demokratischen Parteien und Bürgergruppen in der DDR diskutiert" und in der Regel in "Abstimmung" mit den 'Runden Tischen' "realisiert werden."¹²

Das Engagement von NRW erfolgte nicht isoliert, sondern fügte sich in ein breites Maßnahmenbündel ein, aus dem ein Bund-Länder-Konzept erwuchs. Am 21. Dezember 1989 verabredeten die Ministerpräsidenten der Länder, "im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebens der Deutschen in der DDR beizutragen". Auf dieser Basis erfolgte anschließend eine Verständigung im Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Konkretisiert wurden diese Grundsatzverabredungen in Gesprächen des zuständigen Kanzleramtsministers Rudolf Seiters mit den Chefs der Staatskanzleien der Länder.¹³

¹⁰ SPD-Präsidiumssitzung vom 27.11.1989, Protokoll im SPD-Vorstandsarchiv

¹¹ Bericht über das Deutschlandprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (1990), bes. Anlagen 1 und 1a

¹² Bericht über das Deutschlandprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (1990), S. 4; Staatskanzlei NRW 200, Nr. 262 und Staatskanzlei Bundeskanzleramt, Vermerk II B 5 vom 13.2.1990 betr. Deutschlandpolitisches Programm der Landesregierung - Konzept und Aktivitäten Stand 6.2.1990

¹³ Jürgen Küsters/Daniel Hoffmann, Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 680 u. 735ff, bes. S.736

Bei der Bewertung der Aktivitäten gegenüber der sich demokratisierenden und die deutsche Einheit suchenden DDR ist zu beachten, dass NRW als Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz zugleich die Belange der Länder zu bündeln hatte. Als Vorsitzland bemühte es sich seit Ende Januar um einen Informationsaustausch über die Hilfsmaßnahmen der Länder und des Bundes, um so zu einer besseren Koordination zu kommen. Dabei stellte sich heraus, dass

- Baden-Württemberg am 29. Januar 1990 eine "Zusammenarbeit" mit "Sachsen (Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt)" beschlossen, schon am folgenden Tag die "Konstituierende Sitzung einer Gemischten Kommission" stattgefunden hatte und eine Vereinbarung über Zusammenarbeit unterzeichnet worden war¹⁴.
- Bayern teilte mit, es strebe "nunmehr Partnerschaften auf Länderbene mit Sachsen und Thüringen an"¹⁵,
- Berlin half Berlin, Bremen Rostock, Hamburg mit einem Wirtschaftsbüro Dresden/Ost-Berlin,
- das "Aktionsprogramm Hessen-Thüringen" sah Maßnahmen "ausschließlich in Thüringen, d.h. in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl, vor",
- Niedersachsen hatte beschlossen, seine "Hilfe auf das ehemalige Land Sachsen-Anhalt, das Oberreichsfeld und die Messestadt Leipzig zu konzentrieren",
- Rheinland-Pfalz setzte auf eine "Partnerschaft mit Thüringen" (Bezirke Erfurt, Gera, Suhl),
- das Saarland konzentrierte seine "Hilfe" im wesentlichen "auf den Bezirk Cottbus" und - Schleswig-Holstein seine Maßnahmen "auf die drei mecklenburgischen Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg".

Unter Anknüpfung oft an frühere Kontakte und/oder bedingt durch die Nachbarschaft konzentrierten sich die westdeutschen Länder also vor allem auf den Süden und

¹⁴ Staatsministerium Baden-Württemberg an die Chefs der Länderstaatskanzleien vom 23.2.1990 sowie Abschlußbericht der gemischten Kommission Baden-Württemberg/Sachsen. Hilfsmaßnahmen Baden-Württembergs für Sachsen 1990/91, in: Staatskanzlei Länder

¹⁵ Amtschef der Bayerischen Staatskanzlei an Chef BKA und die Chefs der Staatskanzleien der Länder vom 22.2.1990, in: Staatskanzlei Länder. Vgl. dazu und auch zu den folgenden Länderaktivitäten: Staatskanzlei Länder, Bundesarchiv B 136/29245 sowie Jürgen Küsters/Daniel Hoffmann, Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 903ff

partiell noch einige Städte an der Küste. Große Regionen wie etwa das spätere Brandenburg blieben völlig ausgespart. Auch NRW, das zwar zunächst flächendeckend Hilfen gewährte, tendierte ebenfalls zu einer Schwerpunktsetzung im Südosten. Entsprechend fasste die Landesregierung am 6. März den Beschluss zu einer Konzentration auf Sachsen und zur Einrichtung eines Struktur- und Koordinierungsbüros im Bezirk Leipzig.

Erst ab Juni 1990 erfolgte die Umorientierung der von NRW geleisteten Hilfe auf das spätere Land Brandenburg, auf die sich die Verdachtsmomente wegen einer parteipolitischen Instrumentalisierung zugunsten der SPD und von Manfred Stolpe besonders bezogen. Ausgangspunkte dieser Schwerpunktsetzung auf Brandenburg und Bezirke in Mecklenburg waren:

- a) Diese Regionen hatten bisher keine Partner im Westen aufzuweisen, und insofern übernahm NRW hier eine Art gesamtstaatliche Verantwortung. So beschloss das Kabinett am 5. Juni 1990, die Unterstützungsmaßnahmen auf das spätere Land Brandenburg und das ebenfalls übergangene südliche Mecklenburg-Vorpommern zu fokussieren. Entsprechend suchte NRW nun den Kontakt zu den sog. Regierungsbevollmächtigten der Bezirke Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder, denen im Zuge der beabsichtigten Einführung von Ländern in der DDR vorbereitende Maßnahmen für Brandenburg oblagen.
- b) Im Juni 1990 erfolgte durch einen Beschluss der zuständigen Minister der westdeutschen Länder eine regionale Festlegung der Hilfsmaßnahmen¹⁶, für NRW darunter auch Brandenburg. Da die Länder erst geschaffen werden mussten (Leitsätze zum Staatsvertrag vom 18. Mai 1990; Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990, Wahlen am 14. Okt. 1990), konzentrierte sich die Verwaltungshilfe auf organisatorische und personelle Vorbereitungen für die zu schaffenden neuen Landesregierungen und obersten Landesbehörden. Koordiniert wurde dies von einer gemeinsamen Clearingstelle von Bund und Ländern.¹⁷
- c) Zu einer sachgerechten Bewertung der NRW-Maßnahmen gehört eine vergleichende Einbeziehung des Umfangs und der Art der Hilfeleistungen anderer Länder, insonderheit mit Blick auf mögliche parteipolitische Präferenzen. Auf der Ebene der Regierungsbevollmächtigten kooperierte NRW mit Vertretern ver-

¹⁶ Jäger, Überwindung der Teilung, S. 459; Udo Bullmann/Wito Schwanegel, Zur Transformation territorialer Politikstrukturen. Landes- und Kommunalveraltungen in den neuen Bundesländern, in: Susanne Benzler/Udo Bullmann/Dieter Eißel (Hrsg.), Deutschland-Ost vor Ort, Opladen 1995, S. 202

¹⁷ Bericht über das Deutschlandprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (1990), S. 30f

schiedener Parteien und bei der Entsendung von Hilfskräften entschieden vor allem Sachkompetenz und die Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem schwierigen Aufbauwerk. Auffällig erscheint dagegen eher, dass etwa Baden-Württemberg schon Anfang August 1990 über 150 Beamte zur Beratung in das künftige Land Sachsen entsandt hatte, die sich besonders um die bevorstehende Landtagswahl kümmern sollten.¹⁸ Kaum zu trennende Verflechtungen gab es wohl am stärksten im Fall von Bayern und der CSU mit der von ihr protegierten DSU und dem von der CSU gestellten Bundesfinanzminister Theodor Waigel als Wahlkämpfer und späterer Ehrenvorsitzender der DSU. Im Falle NRW beziehen sich die kritischen Fragen und zum Teil auch kritikwürdigen Punkte auf Hilfeleistungen für den zum Ministerpräsidenten für Brandenburg kandidierenden Manfred Stolpe, insbesondere die Zuarbeit von Frau Tenkhof.

Als Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz oblag es Nordrhein-Westfalen, die Interessen der Länder im sich abzeichnenden und dann vollziehenden Einigungsprozess zu wahren. Es hatte deshalb darauf besonders zu achten, dass der bewährte Föderalismus im Zuge dieses Prozesses, bei dem die Prärogative bei der Bundesregierung lag, nicht beeinträchtigt wurde und Schaden nahm. Schon Ende Februar 1990, als der Chef des Bundeskanzleramtes den Chefs der Staatskanzleien zu verstehen gab, die Länder hätten mit dem Zwei-plus-Vier-Gesprächen nichts und der Währungsunion möglichst wenig zu tun, wurde der absolute Vorrang des Bundes sichtbar. Bezeichnend war, dass die Bundesregierung den Ländern den Entwurf zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verzögert und unvollständig überstellte und dies erneut beim Vorentwurf über die "Grundstrukturen eines Staatsvertrages zur Herstellung der deutschen Einheit" so praktizierte. Die Länder erhielten diese Texte zuerst aus dritter Hand über die Regierung de Maizière. Erst nachdem durch die Niedersachsenwahlen vom 14. Mai die Regierung Schröder Ernst Albrecht ablöste, und die Mehrheit im Bundesrat bei den A-Ländern lag, verfügten die Länder über den Bundesrat über verstärkte Mitsprache- und Einwirkungsmöglichkeiten und nutzten sie entsprechend aus.

III. Das NRW-Verbindungsbüro Berlin (Ost) - Auswertung des Aktenmaterials

1. Zur Entstehungsgeschichte des Verbindungsbüros NRW in Ost-Berlin

Die durch einen Kabinettsbeschluss vom 23. Januar 1990 beschlossene Errichtung eines Verbindungsbüros des Landes in Ost-Berlin ist nicht auf eine zufällige, spontane Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung zurückzuführen. Im Gegenteil, das Land verfügte bereits vor dem Mauerfall auf verschiedenen Ebenen über länger andauernde Kontakte in der DDR. Das wurde beispielsweise auch durch die Eröffnung einer nordrhein-westfälischen Kulturrepräsentanz am 9. November 1989 in Leipzig deutlich. Die Errichtung eines Verbindungsbüros in Ost-Berlin war damit nur ein weiterer Schritt, wenn auch ein wichtiger, im Rahmen der nordrhein-westfälischen Deutschlandpolitik.

Das Verbindungsbüro ordnete sich in ein Bund-Länder-Geflecht von Hilfsmaßnahmen ein. Hamburg unterhielt schon ein "Wirtschafts-", Schleswig-Holstein ein "Kooperationsbüro". Verbindungsbüros wurden nach Eigenangaben von Februar 1990 von weiteren Ländern geplant. Im Sinne des weitgefaßten Auftrages an die Sachverständigenkommission hätten auch Art und Arbeit der entsprechenden Büros und Verbindungsstellen anderer Länder durchleuchtet werden müssen, um die Struktur und Tätigkeit des NRW-Büros in den Gesamtkontext einordnen zu können. Dies war angesichts der beschränkten Ressourcen und der zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu leisten.

Weil die nordrhein-westfälische Landesregierung schon längere Zeit politisch in der DDR engagiert war, konnte sie nach dem Mauerfall relativ rasch auf die neuen Umstände reagieren: Auf der Kabinettsitzung am 14. November 1989 berichtete Ministerpräsident Johannes Rau über die Ereignisse und kündigte eine Regierungserklärung für die Landtagssitzung vom 15. November an.¹⁹ Damit wurden vielfältige Aktivitäten in den einzelnen Ressorts ausgelöst, die in einer interministeriellen Besprechung am 20. November koordiniert wurden. Auf der Kabinettsitzung vom 28. November wurde zur Umsetzung ein Sofortprogramm in Höhe von 20 Millionen DM beschlossen.

¹⁹ Staatskanzlei 200 Nr. 259.

Nach dem Anlaufen des Sofortprogramms fand im Anschluss an die Kabinettsitzung vom 9. Januar 1990 eine Ministerbesprechung statt. Mittlerweile hatten mehrere Minister des Landes die DDR besucht und berichteten über ihre Erfahrungen. Der Chef der Staatskanzlei informierte über die Beratungen im Kreis der Ministerpräsidenten und mit der Bundesregierung. Neben den weiteren Berichten der einzelnen Ressorts wurde auch die Frage einer Repräsentanz in Berlin-Ost diskutiert, die "primär zur Kontakthaltung mit Parteien, gesellschaftlichen Gruppen, Kirchen etc." dienen sollte.²⁰ Als organisatorisches Vorbild wurde das Büro Brüssel des Landes empfohlen.

Nachdem – zumindest nach den Akten – am 9. Januar 1990 erstmals das Thema "Verbindungsbüro" angesprochen worden war, wurde am 18. Januar 1990 von Ministerpräsident Rau mitgeteilt, das Land werde ein Verbindungsbüro in der DDR einrichten.²¹ Als Leiter wurde Hans-Christian Hoffmann, bisher Leiter des Grundsatzreferates und Pressesprecher der Landesvertretung in Bonn, benannt. Er schien aufgrund seiner beruflichen Erfahrung und seines biographischen Werdeganges für diese Aufgabe besonders geeignet. Nachdem am 19. Januar die haushaltsrechtlichen und am 22. Januar die verfassungsrechtlichen Fragen geklärt worden waren, beschloss das Landeskabinett am 23. Januar entsprechend. Am selben Tag wurden der Landtag und die Bundesregierung informiert.

Am 24. Januar eröffnete die WestLB, die im weiteren Hilfestellungen leistete, ihre Repräsentanz in Ost-Berlin. Anwesend waren dabei u.a. Ministerpräsident Rau und Finanzminister Schleußer. Bereits zwei Tage später wurde der Geschäftsbesorgungsvertrag für das Verbindungsbüro mit der WestLB vom Land unterzeichnet. Am 9. März wurde das Büro offiziell eröffnet.²²

Das Personal des Verbindungsbüros wurde, abgesehen vom Leiter, durch ein offenes Ausschreibungsverfahren rekrutiert. Etwa zehn Bewerber wurden zu Vorstellungsgesprächen eingeladen. In einer tabellarischen Übersicht über die engeren Kandidaten finden sich zwar keine Hinweise auf Parteimitgliedschaften, aber bei einem Kandidaten, der dann auch ausgewählt wurde und eine Stelle im Verbindungsbüro übernahm, findet sich die Bemerkung "Stipendium K-Adenauer-Stiftg".²³ Ein externer Bewerber, der seinerzeit im Berliner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig war, wurde nicht in den engeren Kreis der Bewerber einbezogen.²⁴

²⁰ Staatskanzlei 200 Nr. 259.

²¹ HstAD NW 728 Nr. 260.

²² HstAD NW 728 Nr. 260.

²³ HstAD NW 728 Nr. 261.

²⁴ Ebenda.

2. Die Tätigkeit des Büros

Die Arbeit des Büros begann ohne weitere Verzögerungen. Der erste nachweisliche Bericht nach Düsseldorf über die politische Lage der DDR stammt vom 19. Februar 1990. Bald nach der Eröffnung wurden in einem Aktenvermerk vom 19. März 1990 noch einmal die Aufgabenschwerpunkte umrissen. Es handelt sich teilweise um die Bestätigung der von der Landesregierung formulierten Aufgaben, teilweise gehen aber auch erste Erfahrungen aus der Tätigkeit in Ost-Berlin in die Aufgabenbeschreibung ein: Es gehe um das "Herstellen von Kontakten" oder "Kontaktvermittlung" in den Bereichen Wirtschaft, hier insbesondere um Hilfestellung für nordrhein-westfälische Unternehmen, um die Hilfe und Vorbereitung von Dienstreisen von Mitgliedern des Landeskabinetts, des Landtages und anderer Landesinstitutionen, sowie um allgemeine Kontakte zu staatlichen und sonstigen Stellen in der DDR, wie Kirchen, Verbänden, Kommunen usw. Nicht genannt wurde hingegen eine eigene Beratungstätigkeit, z.B. beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen. Dazu wäre das Büro wohl kaum in der Lage gewesen.

Diese konzeptionelle Ausrichtung auf Vermittlungen und das Anknüpfen von Verbindungen wird von den Akten bestätigt. Die Tätigkeit des Verbindungsbüros endete im Regelfall dann, wenn ein Kontakt zwischen den Interessenten in der Bundesrepublik und der DDR hergestellt war. Deshalb ist meist unbekannt, was aus den Verbindungen geworden ist, ob die Wünsche derjenigen, die sich an das Büro wandten, erfüllt werden konnten oder nicht. Diejenigen, die über Kontakte in die DDR verfügten, benötigten das Büro nicht. Deshalb gibt seine Tätigkeit kein umfassendes Bild der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der DDR wieder.

Die Tätigkeit des Verbindungsbüros schlägt sich aktenmäßig in 31 Stehordnern nieder. Von Bedeutung für die Fragestellung der Sachverständigenkommission sind elf Ordner (Nr. 1 – 11), in denen 211 Arbeitsvorgänge nach Partnern alphabetisch sortiert dokumentiert werden, und zwei Ordner (Nr. 22 und 23) mit Tageskopien und Vermerken. Zu einem erheblichen Teil überschneiden sich die Vorgänge in den Ordnern 22 und 23 mit denen in den Nummern 1 – 11, jedoch nicht in jedem Fall, insbesondere dann nicht, wenn von Kontaktpartnern keine Schriftstücke vorliegen. Die Einzelvorgänge sind von unterschiedlichem Umfang und von unterschiedlicher dokumentarischer Qualität. Teilweise handelt es sich um sehr kurze Mitteilungen, teilweise sind sie umfangreicher und belegen einen erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand.

Die übrigen 18 Ordner enthalten diverse Materialsammlungen (DDR-Gesetze, Proto-

kolle der Volkskammer, Entwürfe von Teilen der Staatsverträge Bundesrepublik – DDR, Verwaltungsvorschriften und Mitteilungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Schriftwechsel mit Ministerien in Düsseldorf, Vermerke über die Organisation der Verwaltungshilfe, Rechnungen, Mietverträge, Adressenlisten usw.), Schriftwechsel über Personalangelegenheiten (vornehmlich Ortskräfte und Blindbewerbungen), allgemeine Verwaltungsangelegenheiten des Büros und Abrechnungen. Diese Dokumente sind für die Klärung der der Kommission gestellten Fragen von untergeordneter Ordnung.

Der weitaus größte Teil der Unterlagen (107 von 211 Vorgängen) in den Ordnern 1 – 11 resultiert aus Kontaktvermittlungen in Wirtschaftsangelegenheiten. In 61 Fällen kamen die Anfragen aus der Bundesrepublik, 46 Vorgänge gingen von Einrichtungen oder Personen in der DDR aus. Insgesamt wandten sich 77 Unternehmen (46 aus dem Westen, 31 aus dem Osten) an das Verbindungsbüro mit der Bitte um Unterstützung oder Kontaktvermittlung an potentielle Kunden oder Lieferanten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen handelte es sich dabei um kleine und mittlere Unternehmen. Ausnahmen waren die Fa. Klöckner-Humboldt-Deutz, die Lieferanten für kleinere Dieselmotoren suchte, die Fa. Fleischhauer (VAG Aachen), die am Vertrieb von Automobilen in der DDR interessiert war, die Berliner BMW-Vertretung, die ihren Geschäftsbereich auf die DDR, insbesondere Ost-Berlin erweitern wollte, und die Ruhrkohle AG. Von ostdeutscher Seite wäre hier die Fa. Robotron zu nennen. Ein großer Teil der übrigen westdeutschen Firmen sind dem Bau- und Ausbaugewerbe zuzurechnen. Unter den ostdeutschen Firmen, die sich an das Büro wandten, ist keine einzelne Branche besonders stark vertreten. Auffällig ist aber die beachtliche Zahl an ehemaligen volkseigenen Betrieben, die sich im Prozess der Umstrukturierung befanden.

Zum Bereich Wirtschaft zählten auch 16 Beratungsangebote (6 aus dem Westen, 10 aus der DDR). Es ist im einzelnen kaum zu unterscheiden, in wie weit es sich um Angebote qualifizierter Unternehmensberater oder um eine Form der Arbeitsplatzsuche handelte. Auch das Büro wäre mit der Beurteilung dieser Frage überfordert gewesen. Beraterangebote wurden entweder weitervermittelt oder in eine Experten-datei aufgenommen. Zehn Anfragen an das Büro stammten von Wirtschaftsverbänden und Kammern (8 aus der Bundesrepublik, 2 aus der DDR), vier von Technologiezentren (1 westliche, 3 östliche).

Den zweit umfangreichsten Komplex nehmen 52 Vorgänge, betreffend den Bereich Kultur und Bildung, ein. In 19 Fällen ging es um Kunst/Kultur/Museen (10 Anfragen aus der Bundesrepublik, 9 aus der DDR), 25 mal kamen die Anfragen aus Universitäten, Hochschulen und öffentlich-rechtlichen Wissenschafts- oder Forschungseinrichtungen (21 aus dem Westen, 4 aus Ostdeutschland). Schließlich sind 8 Anfragen von westdeutschen Schulen, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu verzeichnen. Das

Spektrum ist ungewöhnlich breit. Ostdeutsche kulturelle Einrichtungen suchten Verbindungen zu westdeutschen Kollegen oder baten um Unterstützung, z.B. durch ein Kopiergerät. Westdeutsche Theater wollten in Ostdeutschland auftreten. Ostdeutsche Universitäten baten um Ausstattungshilfen, z.B. Bücher für ihre Bibliotheken. Von der westdeutschen Seite reichten die Anfragen von Bitten um Kontaktvermittlung von offizieller Seite (Rektor) über Angebote von Lehrenden, auch emeritierten, an ostdeutschen Hochschulen Lehrveranstaltungen anzubieten, bis hin zu Studenten, die Material für Examensarbeiten oder Dissertationen suchten. Im letzten hier angesprochenen Bereich stammten die Anfragen überwiegend aus westdeutschen Schulen und Bildungseinrichtungen. Einzelne Schulen oder Schülervertretungen suchten Partner in der DDR, Lehrer baten um Auskünfte und fragten beispielsweise nach Möglichkeiten eines Einsatzes an Schulen in der DDR. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang sieben weitere Vorgänge (4 aus dem Westen, 3 aus dem Osten) das Gesundheitswesen betreffend: westdeutsche Einrichtungen wollten ostdeutsche Mediziner zu Konferenzen einladen, ostdeutsche Einrichtungen baten um medizinisches Gerät wie Einwegspritzen usw.

Umfangreicherem Raum nehmen 34 weitere Vorgänge ein, die von der öffentlichen Verwaltung (ohne Bildungs- und Gesundheitsbereich) veranlasst wurden. Sie gingen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von der Bundesrepublik aus, in vielen Fällen gibt es Hinweise auf vorangegangene Gespräche oder Kontakte. Die nordrhein-westfälische Landesregierung löste 26 dieser disparaten Vorgänge aus: Es ging um das Überbringen von Funktelefonen, um Kontakte für die ISDN-Forschungskommission des Landes, das Kultusministerium bat um Informationen über den Verhandlungsstand beim Einigungsvertrag, Reisen von Politikern und Beamten aus Düsseldorf sollten vorbereitet werden, Referendare beim Innenminister wollten eine Studienreise organisieren, die Staatskanzlei bat um die Verteilung von Einladungen zu einem Medienforum (unter den dann Eingeladenen befand sich auch Angela Merkel, genannt als Pressesprecherin des Demokratischen Aufbruchs) und schließlich sollten EDV-Schulungen für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung in Ostdeutschland organisiert werden. Die übrigen Anfragen kamen von Landkreisen, die Partnerschaften suchten, vom koreanischen Botschafter, der über den Weg Landesregierung und Verbindungsbüro beim Außenministerium der DDR wegen einer Reise vorstellig wurde, von der Regierung des Saarlandes wegen einer Personalauskunft, schließlich wandte sich auch die EG-Kommission an das Büro.

Dreimal musste sich das Büro um Eigentumsfragen kümmern, acht weitere Vorgänge wird man unter "Verschiedenes" rubrizieren können: Werbematerial ist zugesandt (und in den Akten verwahrt) worden; gefragt wurde, ob ein "soziales Jahr" in der DDR abgeleistet werden könnte; ein Wohnungsangebot erreichte das Büro usw. Einer dieser Vorgänge, der allerdings nicht vom Büro, sondern vom Kontaktsuchenden ausging, hatte einen im weitesten Sinn parteipolitischen Aspekt: die Jungen Demokra-

ten Sachsen baten um die Vermittlung zu einer entsprechenden politischen Jugendorganisation in Westdeutschland. Im Büro war man sich unschlüssig, ob das Schreiben an die Junge Union oder die Jungen Liberalen weitergeleitet werden sollte.

Insgesamt gibt es in den genannten 211 Fällen keinen Hinweis auf eine parteipolitische Aktivität des Büros oder gar eine Unterstützung einer politischen Partei durch das Verbindungsbüro. Im Gegenteil, diese Akten bestätigen eine intensive Tätigkeit als Vermittler zwischen Nordrhein-Westfalen und der DDR in der Zeit von der Gründung des Büros im Frühjahr bis zum Herbst 1990. Den Schwerpunkt bildete die Vermittlungstätigkeit für kleinere und mittlere Unternehmen, relevant war auch die Anbahnung von Verbindungen im Kulturbereich und zwischen verschiedensten öffentlichen Einrichtungen und Körperschaften.

In den Ordnern 22 und 23 (Tageskopien und Vermerke) finden sich sowohl zahlreiche Antwortschreiben des Büro zu den Vorgängen, die in den Ordnern 1 – 11 dokumentiert sind, als auch Vermerke zu anderen Angelegenheiten. Erwähnenswert sind hier ein Bericht über die politische Lage in der DDR vom 19. Februar 1990 und sechs weitere Vermerke aus dem März 1990, die Informationsgespräche mit DDR-Politikern dokumentieren.

Am 19. Februar 1990 übermittelte der Leiter des Verbindungsbüro Hoffmann telefonisch einen ersten Bericht über die politische Lage in der DDR.²⁵ Dieser, unmittelbar an Ministerpräsident Rau gerichtet, gibt eine skeptische Einschätzung wieder. Nach dem euphorischen Wunschdenken der Wendezeit seien Ernüchterung und Verärgerung eingetreten, vielfach werde eine Kolonialisierung der DDR durch die Bundesrepublik gefürchtet. Die Furcht vor Arbeitsplatzverlusten sei sehr konkret geworden. Verstärkt werde sie durch die Auflösungsprozesse von Wirtschaft und Verwaltung. "Der Staat wird mangels Legitimation und Autorität seiner Organe langsam unregierbar und löst sich von innen heraus auf." Der Verfasser sah den Vorsprung der SPD gegenüber der konservativen Allianz schrumpfen. Vielfach werde befürchtet, eine unionsgeführte Bundesregierung würde nur eine ebensolche in der DDR unterstützen. Die SPD, so hieß es weiter, sei ohne Konzepte: die soziale Kompetenz drohe verloren zu gehen. Das nutze zunächst den "Konservativen, die organisatorisch schnell gestärkt werden und offenbar sehr umfangreiche materielle Hilfen aus dem Bundesgebiet erhalten". Der Berichterstatter meinte, die Wahlchancen der Konservativen stiegen, die Verquickung der CDU mit dem bisherigen Regime scheine kein entscheidender Faktor mehr zu sein. Der PDS wurden dem gegenüber keine Zukunftschancen eingeräumt. Ihr Potential wurde auf fünf bis acht Prozent geschätzt, nach der Vereinigung

²⁵ HstAD NW 728 Nr. 262. Dieser Bericht, der im Unterschied zu den meisten anderen keine persönliche Unterschrift trägt, wurde vermutlich in der Staatskanzlei nach Diktat erstellt (Speichersignatur ma1902hl). Er ist in den Akten des Verbindungsbüros nicht vorhanden.

werde sie eine bedeutungslose Splitterpartei sein. Die Bürgerrechtsbewegungen tendierten zum Teil zu den Grünen, zum Teil zur SPD. Ihr Wähleranteil wurde auf gut fünf Prozent geschätzt. Die FDP profitiere von Genscher. Als zukünftig wichtige sozialdemokratische Politiker wurden Walter Romberg und Friedrich Schorlemer genannt. Überlegungen, Manfred Stolpe als SPD-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten der DDR zu nominieren, hätten sich – so der Bericht – inzwischen erledigt. Gründe wurden nicht genannt. In der PDS hänge man noch immer dem Traum einer geeinten und aktionsfähigen Linken "als Bollwerk gegen den Kapitalismus" an. Die Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit mit der SPD seien aber "völlig unreal".

Im Vorfeld der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 sprachen Mitarbeiter des Büros mit Vertretern der verschiedenen Parteien, so am 28. Februar 1990 und den folgenden Tagen mit Minister Wolfgang Ullmann (Bündnis 90; Vermerk vom 2.3.1990), Minister Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch; Vermerk vom 2.3.1990), Herrn Warnig (Chefberater von Ministerin Christa Luft, PDS; Vermerk vom 2.3.1990), Oberkirchenrat Ziegler (Moderator des Runden Tisches; Vermerk vom 8.3.1990) und dem CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière (Vermerk vom 9.3.1990). In diesen Gesprächsnotizen schlagen sich die unterschiedlichen Vorstellungen über den Weg zur deutschen Einheit (z.B. Art. 23 oder 146 GG) und über die Koalitionspräferenzen nach der Wahl nieder. Im Gespräch mit Warnig geht es hingegen nur um laufende Gesetzgebungsvorhaben der Regierung Modrow.

Der Vermerk über die SPD vom 8. März 1990 unterscheidet sich von den anderen. Er wurde aus nicht erkennbaren Gründen handschriftlich als "vertraulich" gekennzeichnet. Er bezieht sich nicht auf das Gespräch mit einer Person, sondern nennt als Quellen Angelika Barbe, Stephan Hilsberg und Karl-August Karnilli. Im Unterschied zu den anderen wird nicht über politische Präferenzen im Hinblick auf anstehende Entscheidungen berichtet, sondern der Vermerk gibt die kritische Einschätzung des Verfassers (Hoffmann) über den organisatorischen Zustand der Partei wieder. Ein weiterer Vermerk vom 29. März 1990 dokumentiert ein Gespräch mit Markus Meckel über den Stand der Gespräche zwischen CDU und SPD über die Regierungsbildung nach den Volkskammerwahlen.

Nach diesen Vorgängen aus dem Umfeld der Volkskammerwahl wurden politische Aspekte erst wieder ab Mitte Mai 1990 behandelt. Das nordrhein-westfälische Innenministerium wandte sich am 16. Mai 1990 an das Verbindungsbüro mit der Bitte, dem Vorsitzenden des Innenausschusses der Volkskammer, Dankward Brinksmeier (SPD), ein Funktelefon zukommen zu lassen. Außerdem wollte der nordrhein-westfälische Innenminister, Herbert Schnoor, Brinksmeier und andere Mitglieder des Innenausschusses sowie den Minister für Regionale und Lokale Angelegenheiten, Manfred Preiß (FDP), nach Düsseldorf einladen. Ferner wurde in diesem Schreiben ein "besonderes Anliegen" von Staatssekretär Riotte angesprochen. Er und die anderen

Staatssekretäre der A-(SPD-regierten)Länder hätten den Eindruck gewonnen, die Arbeitsbedingungen der Fraktionen der Volkskammer entsprächen nicht den üblichen Bedingungen der parlamentarischen Arbeit in der Bundesrepublik und es bestünde möglicherweise Unterstützungsbedarf. Obwohl anfangs von "den Fraktionen" die Rede war, sollte das Unterstützungsangebot jedoch nur an den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion (oder einen anderen Verantwortlichen der Fraktion) gerichtet werden. Infrage kämen Besuche bei nordrhein-westfälischen Verwaltungen oder die Entsendung von Experten aus dem Bereich des Innenministeriums, die durch ihr Fachwissen die Legislative stärken könnten. Über Nordrhein-Westfalen hinaus seien auch die anderen A-Länder bereit, Unterstützung zu leisten und wären auch bereit, Vertreter der SPD-Fraktion zu einem Gespräch zu empfangen. Am 23. Mai 1990 antwortete das Büro. Es übermittelte die Bitte nach einem weiteren Funktelefon und teilte mit, es habe die Anregung von Staatssekretär Riotte an den SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Volkskammer, Richard Schröder, übermittelt.

3. Brandenburg als Partnerland

Die Errichtung des Verbindungsbüros war – darauf wurde bereits hingewiesen – eingebettet in ein umfängliches deutschlandpolitisches Programm der Landesregierung. Nach einer Darstellung, die den Sachstand vom 6. Februar 1990 wiedergibt²⁶, bestand zu diesem Zeitpunkt nicht die Absicht, die nordrhein-westfälischen Maßnahmen auf eine Region oder auf ein Land in der DDR zu konzentrieren.

Auf einer deutschlandpolitischen Klausurtagung der nordrhein-westfälischen Landesregierung am 3. März 1990 in Bonn²⁷ änderte sich diese Einstellung und man begann verstärkt über eine regionale Schwerpunktbildung nachzudenken. Allerdings sah man nicht in Brandenburg, sondern in Sachsen und vor allem im Raum Leipzig einen geeigneten Partner, ohne jedoch eine förmliche Partnerschaft anzustreben. Wichtig für die weitere Entwicklung wurde das Gesprächsangebot der "Vorsitzenden" der drei brandenburgischen Bezirke. – Wer hier gemeint war, erschließt sich aus der Quelle nicht; es könnten die Kandidaten für die Ämter der Regierungsbevollmächtigten gewesen sein. – Im Hinblick auf diese Anfrage wurden noch keine Beschlüsse gefasst, sondern empfohlen abzuwarten, wie sich das Verhältnis Brandenburgs zu Berlin

²⁶ Staatskanzlei 200 Nr. 262. Ähnlich die Vorlage des Finanzministers (MP 0270-22-IB1 vom 7.3.1990), siehe auch Landtag, Hauptausschuss, 76. Sitzung, Ausschussprotokoll 10/1487 vom 14.3.1990, S. 5.

²⁷ Staatskanzlei 200 Nr. 262.

entwickeln würde. Priorität behielt in dieser Phase noch Sachsen. Die Beteiligten konnten nicht ausdiskutieren, "ob neben Sachsen auch Brandenburg mit gleicher Intensität geholfen werden kann".

Etwa ab Mai 1990 rückt dann das neu entstehende Land Brandenburg zunehmend mehr in den Mittelpunkt des Interesses, ohne dass bereits eine Entscheidung zugunsten einer bestimmten regionalen Konzentration der nordrhein-westfälischen Aktivitäten oder gar einer Partnerschaft gefallen wäre. In den Gesprächen, die am 14. und 16. Mai 1990 mit Minister Preiß (FDP), einem Abteilungsleiter aus dessen Ministerium (Dr. Dudek), Jochen Wolf (SPD-Potsdam), Britta Schellin (SPD-Frankfurt/Oder) und Sigrid Keler (stv. SPD-Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern) geführt wurden, ging es um den Verwaltungsaufbau in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Der Vermerk gibt keine Auskunft darüber, auf wessen Initiative das Gespräch zustande kam. Themen des Gespräches waren die Ernennung der Regierungsbevollmächtigten in den Bezirken (jeweils von der stärksten Partei zu benennen) bis zum 10. Juni 1990. In Potsdam und Frankfurt/Oder würden die sozialdemokratischen Kandidaten (Wolf und Schellin) zum Zuge kommen. In Brandenburg sei die Abstimmung zwischen den Bezirken schlecht, die Akteure würden sich kaum kennen. Wolf scheine eine Schlüsselposition zu gewinnen, in seinem Bezirk "gibt es sowohl organisatorische wie personelle Überlegungen, die durchdacht scheinen". Er werde am 26./27. Mai 1990 auf dem Landesparteitag der SPD für den Landesvorsitz und die Spitzenkandidatur bei den Landtagswahlen kandidieren und habe gute Aussichten. Die SPD selbst habe nur ansatzweise konzeptionelle Vorstellungen, alles hänge sehr stark von Personen "... (z.B. Jochen Wolf)..." ab.

Unter dem Datum 18. Mai 1990 findet sich ein zweiter Vermerk unter dem Betreff "SPD (DDR) vertraulich". In ihm wurde unter Berufung auf Gespräche mit Stephan Hilsberg, Dankward Brinksmeier, Sigrid Keler, Jochen Wolf und Britta Schelling über die Lage der SPD berichtet. An dem desolaten Organisationsstand von Fraktion und Landesverband (gemeint ist offensichtlich der brandenburgische) habe sich kaum etwas gebessert. Die Konzentration auf die Regierungsarbeit führe zu einer Vernachlässigung von Parteifunktionen, neue Defizite entstünden. Vielfach sei eine Abneigung gegen die Übernahme von Parteifunktionen zu beobachten, das Interesse konzentriere sich eher auf Personalentscheidungen im Hinblick auf die Regierungsbeteiligung nach den brandenburgischen Landtagswahlen. Bei CDU und FDP sei die Situation ähnlich. Am 30. Mai wurde über den Gründungsparteitag der Brandenburgischen SPD am 26. Mai 1990 sehr knapp – faktisch nur über Personalentscheidungen – berichtet. Entgegen früher geäußerten Erwartungen spielte Wolf keine prominente Rolle mehr.

Trotz erkennbarer Tendenz hin zu einer Partnerschaft mit Brandenburg war bis Ende Mai 1990 – so die Aktenlage – noch nicht entschieden, ob und gegebenenfalls mit

wem Nordrhein-Westfalen eine Partnerschaft eingehen werde. Bis Juni 1990 hatte sich die Situation so weit geändert, dass die Landesregierung nun den Schwerpunkt ihrer deutschlandpolitischen Aktivitäten in Brandenburg setzte. In der Kabinettsitzung vom 5. Juni 1990 wurde beschlossen, Gespräche mit den drei brandenburgischen Regierungsbevollmächtigten im Hinblick auf eine Zusammenarbeit beim Aufbau der Landesverwaltung aufzunehmen. Außerdem sollten jedem der drei Regierungsbeauftragten zwei persönliche Berater aus dem höheren Dienst Nordrhein-Westfalens zur Verfügung gestellt werden.²⁸ Allerdings waren damit die Aktivitäten des Landes in anderen Regionen der DDR noch nicht beendet, denn das Kabinett beschloss am 19. Juni, auch nach Neubrandenburg und Leipzig je zwei Berater zu entsenden.

Die Entscheidung zugunsten von Brandenburg entsprang keinem politischen Kalkül, sondern unterlag gewissen äußeren Zufälligkeiten. Andere Länder hatten früher als NRW begonnen, Partnerschaften aufzubauen. Dieser Umstand war entscheidender als andere Überlegungen.

4. Das Vorfeld der Landtagswahl 1990

Ab Juni 1990 konzentrierte sich das Büro verstärkt auf Brandenburg und übermittelte auch Informationen über die politische Entwicklung dort. In einem Vermerk vom 8. Juni 1990 wird über Gespräche mit Steffen Reiche (SPD-Vorsitzender Brandenburg), Edwin Zimmermann (stv. SPD-Vorsitzender) und Jochen Wolf berichtet, in denen es um eine Arbeitstagung am 22./23. Juni 1990 zur Vorbereitung der Landtagswahl ging. Über das Verbindungsbüro bat die Brandenburger SPD um materielle und personelle Unterstützung durch die nordrhein-westfälische SPD. Wegen der bestehenden personellen Engpässe benötige man die Hilfe der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag und die des SPD-Landesvorstandes. Außerdem bitte die SPD Brandenburg die SPD Nordrhein-Westfalen um Mittel für den Aufbau ihres Landesbüros. Eine SGK werde in Brandenburg mit Unterstützung der SGK NRW gegründet.

Am 20. Juni 1990 fand ein vergleichbares Gespräch mit dem Landesgeschäftsführer der CDU Brandenburg, Dieter Willholz, und dem Schatzmeister dieser Partei, Braemer, der zugleich Mitglied der Regierungskommission des Bezirks Potsdam war, statt. Danach war die organisatorische Lage der CDU offensichtlich recht gut (17.000 Mitglieder, 130 hauptamtliche Mitarbeiter), außerdem, so betonten Willholz und Braemer, unterstütze die nordrhein-westfälische CDU ihre brandenburgischen Parteifreunde bei dem Landtagswahlkampf. Ein Problem für die CDU bestehe in dem

Überschuss, nicht in der unzureichenden personellen Ausstattung: die Partei sei "bemüht, diesen Personalstamm abzubauen." – Im übrigen hielt auch die CDU Brandenburg die Entsendung von Verwaltungsexperten aus NRW für erforderlich.

Mit Datum vom 27. Juli 1990 wird – "vertraulich" – über die Länderneubildung und die allgemeine politische Situation berichtet. Gesprächspartner war wiederum der Minister für Regionale und Lokale Angelegenheiten, Preiß (FDP). Er bleibe, so seine Ausführungen, trotz des Austritts der FDP aus der Ost-Berliner Koalition mit Billigung der "Geschäftsführung" der FDP im Amt. Er räumte ein, diese Billigung habe er durch Drohung mit dem Parteiaustritt erreicht. Das Verlassen der DDR-Regierung sei durch die Bonner FDP-Führung gesteuert, er lehne Lambsdorff und die Wirtschaftsliberalen ab. Die Austrittswelle aus der ostdeutschen FDP sei – hierbei berief er sich auf Frau Adam-Schwätzer – der FDP-Führung durchaus recht. Preiß war an der Fortsetzung seiner Politikerlaufbahn auf Landesebene interessiert. Gespräche mit der SPD Sachsen-Anhalt seien ihm recht, er denke aber wohl nicht an einen Übertritt, sondern an ein Zusammengehen der Liberalen mit der SPD. Effektive Hilfe sei – so sagte er weiter – bisher nur von NRW und Baden-Württemberg geleistet worden. Er erkenne den erreichten Sachstand in Brandenburg an, "der wohl auch der SPD zu guten Chancen verhelfen werde. Dies sieht er insbesondere im Zusammenhang mit der Nominierung von Stolpe".

Ab Ende Juli 1990 spielte der anlaufende Landtagswahlkampf eine zunehmend wichtigere Rolle. Im Zusammenhang mit einer Sitzung des Arbeitskreises Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin am 25. Juli 1990 (Vermerk vom 27.7.1990), bei der es vor allem um die Treuhand ging, wurde ein Gespräch zwischen der Treuhand und den sozialdemokratischen Ministern und Staatssekretären der DDR-Regierung vorbereitet. Seitens des Verbindungsbüros wurde angeregt, dazu auch die Regierungsbevollmächtigten Wolf und Schellin einzuladen. Das Büro empfahl weiter, dass die nordrhein-westfälischen Berater der Regierungsbevollmächtigten möglichst an den Sitzungen des Arbeitskreises teilnehmen sollten, "um Reibungsverluste im Rahmen des Landtagswahlkampfes zu minimieren."

Zur fachlichen Unterstützung beschloss das nordrhein-westfälische Kabinett am 14. August, "Konsistorialpräsident Dr. Stolpe" je Ressort einen Ansprechpartner zu benennen. Dieses geschah am 28. August.²⁹ Bereits vorher konnte Stolpe diese Unterstützung nutzen. Als am 16. August 1990 die Handwerkskammer Potsdam an die Spitzenkandidaten der Parteien herantrat und bat, am 19. September auf einer Veranstaltung der Handwerkskammer zu Fragen der Mittelstandspolitik Stellung zu nehmen, wandte sich Stolpe an das Verbindungsbüro, das eine Zuarbeit des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie veranlasste. Diese traf am 14. September per Fax

29

HstAD NW 728 Nr. 262.

mit der Bitte um Weiterleitung an Stolpe ein.

Am 14. August 1990 wurde eine Anregung Stolpes, die Staatskanzlei in Düsseldorf solle Gespräche mit den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl und den Regierungsbevollmächtigten der drei brandenburgischen Bezirke führen, befürwortend weitergeleitet. Es war beabsichtigt, dass der Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement, Stolpe und die drei brandenburgischen Regierungsbevollmächtigten am 10. September in Ost-Berlin treffen werde. Empfohlen wurde zudem, Einladungen für vergleichbare Treffen mit Peter Diestel (CDU) und den drei Regierungsbevollmächtigten für Anfang Oktober vorzusehen. (Unklar ist, warum die Regierungsbevollmächtigten zweimal eingeladen werden sollten.)

Vom 20. bis 22. August 1990 reiste Stolpe, begleitet vom Leiter des Verbindungsbüro, Hoffmann, auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion nach Bonn und Düsseldorf und nahm dort eine Reihe politischer Termine wahr. Am 21. August 1990 nahm Frau Ute Tenkhof an einem Treffen der Planungsgruppe Wahlen der SPD in der DDR teil. Sie verfasste am 22. August einen Sachstandsbericht, der aber keine Hinweise auf Aktivitäten des Büros enthält.

Schließlich fand am 7. September 1990, ca. fünf Wochen vor der Landtagswahl, ein Gespräch über die Organisation der zukünftigen Landesverwaltung statt, an dem von Seiten der brandenburgischen SPD Manfred Stolpe, Steffen Reiche und Rainer Speer, vom Verbindungsbüro Hans-Christian Hoffmann, Ute Tenkhof, Reinhard Schmidt-Küntzel und Gerhard Ringmann teilnahmen (Vermerk 10.9.1990). Im Zentrum des Gespräches stand die Organisation der Landesverwaltung, insbesondere der obersten Behörden nach der Landtagswahl. Hierbei wurden auch Fragen einer möglichen personellen Unterstützung durch Nordrhein-Westfalen angesprochen. In dieser Angelegenheiten sollten sich der Landessprecher Wolf und Stolpe an Ministerpräsident Johannes Rau wenden.

5. Bewertung

Der Aktenbestand des Verbindungsbüros dokumentiert die erhebliche, sehr differenzierte und umfangreiche Tätigkeit der dort beschäftigten vier Mitarbeiter des höheren Dienstes. Das Verbindungsbüro war eine Art "Mädchen für alles" in Ost-Berlin; dieses zumindest so lange, wie keine anderweitigen Kommunikationskanäle bestanden. Es

war grundsätzlich jedermann zugänglich.

Der Umfang der dokumentierten Tätigkeit lässt den Raum für nicht-dokumentierte Arbeiten nicht groß erscheinen. Gemessen am gesamten Arbeitsanfall sind die Teile, die sich auch im weitesten Sinn mit Parteien oder Parteipolitik beschäftigten, gering. Aber auch aus diesen Teilen des Bestandes, die hier im Unterschied zu anderen ausführlich dargestellt wurden, lässt sich nicht herleiten, dass das Büro in nennenswertem Umfang parteipolitische Arbeit geleistet hätte, insbesondere eine oder mehrere Parteien in den Wahlkämpfen vom Frühjahr und Herbst 1990 aktiv unterstützt hätte.

In der Gründungsphase des Verbindungsbüros, das ursprünglich für die DDR, nicht für Brandenburg zuständig war, lassen sich keine parteipolitischen Interessen nachweisen. Insbesondere die Auswahl der Mitarbeiter des Büros spricht gegen die Absicht einer parteipolitischen Instrumentalisierung. Abgesehen vom Leiter wurden die übrigen Mitarbeiter durch ein offenes Ausschreibungsverfahren rekrutiert. Soweit bekannt, gehörten von den vier Mitarbeitern des Büros 1990 zwei der SPD und einer der FDP an. Für den vierten weisen die Bewerbungsunterlagen aus, er sei Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung gewesen. Der Vorwurf, die Mitarbeiter seien einseitig nach parteipolitischen Kriterien ausgewählt worden, erweist sich damit als nicht stichhaltig.

Neben seiner Vermittlungstätigkeit berichtete das Büro auch über politische Vorgänge und die Entwicklung der politischen Parteien. Es fällt auf, dass die Kontakte zur SPD merklich intensiver gewesen sind als zu den anderen Parteien. Sie gingen aber nicht soweit, dass eine unmittelbare Unterstützung der Partei daraus erwuchs. Die deutlich intensiveren Kontakte zur SPD lassen sich zum einen auf das anzunehmende größere Interesse der sozialdemokratischen Landesregierung an ihren Parteifreunden in Ostdeutschland zurückführen, zum anderen darauf, dass die CDU die auch ihr angebotenen Leistungen nicht nutzte, weil sie bereits über andere Verbindungen zu ihren Parteifreunden im Westen verfügte. Auffällig ist allerdings, dass die Bürgerbewegungen vom Büro vergleichsweise wenig beachtet wurden. Hierfür kommen zwei Gründe in Betracht. Die Perspektive des Büros war zweifellos erst einmal eine westdeutsche, die diesen Bewegungen vielleicht zu wenig Aufmerksamkeit schenkte. Aber offensichtlich suchten die Bürgerbewegungen, die mehr an einer reformierten DDR als an der deutschen Vereinigung interessiert waren, weniger als andere den Kontakt zum Verbindungsbüro und damit in die Bundesrepublik.

IV. Das NRW-Verbindungsbüro Berlin (Ost) - Ergebnisse der mündlichen und schriftlichen Zeugenbefragungen

1. Ergebnisse der mündlichen Anhörungen

1. Anhörung des Staatssekretärs Georg Wilhelm Adamowitsch, Chef der Staatskanzlei NRW, in der 3. Sitzung am 10.4.2000

Das Gespräch der Kommission mit Staatssekretär Adamowitsch bezog sich auf das gesamte Umfeld des Aufbaus des Verbindungsbüros, der Frage der Personalauswahl und auf die Aufgaben des Verbindungsbüros.

Zunächst wies Staatssekretär (StS) Adamowitsch darauf hin, dass er seinerzeit Leiter des Büros des Ministerpräsidenten gewesen sei und die Vorgänge um das Verbindungsbüro genau habe verfolgen können. Als Ausfluss der Umbruch- und Aufbruchstimmung in der damaligen DDR habe die Landesregierung das Land NRW in der damaligen DDR präsent sein lassen wollen. Die Idee, ein Verbindungsbüro zu errichten, sei entstanden, weil man im Einzelnen nicht habe abschätzen können, wo Beratungsbedarf entstehen könnte.

Dann erläuterte er, dass im Januar/Februar die Entscheidung getroffen worden sei, Herrn Hoffmann zum Leiter des Verbindungsbüros zu machen, der vorher für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung in Bonn zuständig gewesen sei. Das Verbindungsbüro habe als Ansprechpartner zur Verfügung gestanden für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen wie Runde Tische, Kirchen, Parteien usw. Nachdem die Aufgaben immer umfangreicher geworden seien, seien im Sommer 1990 im Verbindungsbüro zusätzlich eingestellt worden Frau Ute Tenkhof für den Bereich Umwelt, Herr Gerhard Ringmann für die Koordinierung der Verwaltung und Herr Ulrich Behrens für wirtschaftliche Probleme.

Hinsichtlich der Personalgewinnung erklärte StS Adamowitsch, dass unterschieden werden müsste zwischen der Personalgewinnung für das Verbindungsbüro in Ost-Berlin und der für die Regierungsbevollmächtigten. Grundlage für die parteipolitische Ausrichtung der Regierungsbevollmächtigten seien die Volkskammerwahlen im März 1990 gewesen. Danach sei in Cottbus ein CDU-Mitglied Regierungsbevollmächtigter

geworden und in Frankfurt/Oder und Potsdam zwei SPD-Mitglieder. Im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung sei darauf geachtet worden, dass die Mitarbeiter für die Regierungsbevollmächtigten dem jeweiligen parteipolitisch nahe gestanden hätten. Für die NRW-Landesregierung sei dies von Herrn Hessing, Abteilungsleiter in der Staatskanzlei, organisiert worden.

Nach seiner Vermutung habe sich Herr Hessing auch um die Gewinnung der Mitarbeiter für das Verbindungsbüro gekümmert. Diese Mitarbeiter seien nach fachlichen Kriterien ausgewählt worden.

Ausdrücklich betonte StS Adamowitsch, dass es für das Büro lediglich Verfahrenshinweise bezüglich Dienstreisen und Reisekosten gegeben habe. Bezogen auf die inhaltliche Aufgabe habe es keinerlei schriftliche Fixierung und auch keine Vorschriften über die Verbindungen zu den in der früheren DDR neu entstehenden Parteien gegeben.

Hinsichtlich der Frage einer Unterstützung von Manfred Stolpe erklärte StS Adamowitsch, dass Stolpe um die eine oder andere Unterstützung gebeten habe, nachdem sich abzeichnete, dass er Spitzenkandidat in Brandenburg werden würde. Diese Unterstützung habe er als Leiter des Ministerpräsidenten-Büros geleistet. Um wieviele Vorgänge es sich gehandelt habe, wisse er nicht mehr, könne aber sagen, dass es sich nicht um so viele gehandelt habe. Bei der Unterstützung habe er sich, abhängig von der Art der jeweiligen Frage des Fachwissens der Ressorts bedient.

StS Adamowitsch wies darauf hin, dass er 3 1/2 Jahre Büroleiter bei Herrn Rau gewesen sei und in der Zeit umfangreiche Erfahrungen habe sammeln können, weil es Herrn Rau stets darauf angekommen sei, dort, wo es notwendig sei, zwischen Partei und Regierung zu trennen. Herr Rau sei auch, vom Parteivorstand beauftragt, Koordinator für die SPD gewesen. Das habe er aber über die "Baracke" in Bonn organisiert. Davon abgekoppelt sei es in der Staatskanzlei um die Hilfe beim Verwaltungsaufbau und die sich daraus ergebenden Aufgaben sowie um fachliche Fragen gegangen. Im Übrigen hätten die Leiter der Büros der Ministerpräsidenten in allen Ländern qua Amt die Aufgabe, Verbindung zu gesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften, Parteien usw. zu pflegen.

In diesem Zusammenhang betonte StS Adamowitsch, dass - auch aus heutiger Sicht - es an dieser Unterstützung nichts zu kritisieren gebe. Die CDU in Brandenburg sei seinerzeit politisch im Vorteil gewesen, weil sie an der Regierung de Maizière beteiligt gewesen sei und auf eine Parteiorganisation im Lande habe zurückgreifen können, während die SPD und die Bürgerbewegungen über keinerlei Infrastruktur verfügt hätten. Von daher sei es politisch gerechtfertigt gewesen, von Herrn Stolpe gestellte Fachfragen zu beantworten. Auf Rückfragen zum Problem der Chancen-Gleichheit

wies StS Adamowitsch noch darauf hin, dass das Verbindungsbüro auch Kontakt mit der Geschäftsstelle der CDU Brandenburg aufgenommen habe. Das Verbindungsbüro habe der CDU Brandenburg ausdrücklich auch Beratung angeboten, die aber nicht nachgefragt worden sei.

Zur Abordnung von Frau Tenkhof zu Herrn Stolpe erklärte StS Adamowitsch, dass sie Aufgaben einer persönlichen Referentin, wie Terminkoordinierung, Terminkalenderführung usw. wahrgenommen habe. Aus den Gesprächen, die Kollegen mit Frau Tenkhof geführt hätten, wisse er, dass ihre Abordnung zu Herrn Stolpe auf eine spontane Entscheidung auf Arbeitsebene zurückzuführen sei. Nach seiner Rekonstruktion habe diese Entscheidung nie das Licht der politischen Hausspitze erreicht. Vielmehr sei auf Anfrage kurzfristig die Entscheidung getroffen worden. Nach der Diskussion im Hauptausschuss habe Herr Diestel in den Medien zur Frage des Gleichgewichts konzidiert, dass die bestehenden Strukturen nicht mit dem zu vergleichen gewesen sei, was die SPD und Stolpe vorgefunden hätten. Auch die Mitarbeit von Frau Tenkhof habe für Herrn Diestel, gemessen an der historischen Dimension des Jahres 1990, im Rahmen des politisch zulässigen gelegen.

Auf Nachfrage betonte StS Adamowitsch, er könne sich vorstellen, dass er Herrn Stolpe ein entsprechendes Papier zur Verfügung gestellt habe, wenn es zum Thema Wirtschaftspolitik in einer Wahlkampfveranstaltung um die Funktion der Industrie- und Handelskammern gegangen sei. Etwas Anderes seien Fragen, die unmittelbar mit Parteipolitik zu tun hätten, etwa wie man einen Landesverband organisiere oder welche Gelder von der Bundespartei an einen Landesverband flössen. Mit solchen Zusammenhängen sei er nie befasst gewesen. Allerdings räumte er ein, dass eine völlige Trennung von der Politik in einer parlamentarischen Demokratie nicht möglich sei.

Hinsichtlich der Unterstützung der Regierungsbevollmächtigten und der Beratung hinsichtlich des strukturellen Aufbaus der Landesregierung in Potsdam erläuterte StS Adamowitsch, dass von der nordrhein-westfälischen Landesregierung Herr StS Kleiner benannt worden war.

2. Anhörung des Ministerialrats Ulrich Behrens, Mitarbeiter für Fragen der Wirtschaft im Verbindungsbüro, in der 6. Sitzung am 8.5.2000

Zu Beginn der Anhörung von Herr Behrens bezog sich der Vorsitzende der Kommission, Dr. Posser, auf die schriftliche Stellungnahme des Herrn Behrens vom 26.4.2000. Daraus gehe hervor, dass er vom 15.5. bis 30.11.1990 im Verbindungsbüro als Wirtschaftsreferent tätig gewesen sei. Zum Aufgabenprofil des Verbindungsbüros

schreibe Herr Behrens dort: Beratung von Organisationen, Institutionen, Firmen zum Aufbau einer Wirtschaftsinfrastruktur in Ostdeutschland, von Kammern, Verbänden, Behörden, Beratung und Information über wirtschaftliche Förderprogramme zur Antragstellung, Bewilligung und zu Prüfverfahren sowie Herstellung von Kontakten zwischen Firmen in Nordrhein-Westfalen und Ostdeutschland.

Dazu bestätigte Ministerialrat Behrens, dass dies ohne Einschränkung der Aufgabenkatalog des Verbindungsbüros gewesen sei. In diesem Zusammenhang bestätigte er seine schriftliche Aussage, dass nicht gezielt die Aufgabe des Verbindungsbüros gewesen sei, die brandenburgische SPD zu fördern. Entsprechende Anweisungen seien ihm nicht bekannt gewesen.

Auf Frage des Kommissions-Vorsitzenden erklärte Herr Behrens, dass er über Kontakte des Verbindungsbüros zu Bürgerbewegungen nichts wisse. Allenfalls könne Herr Hoffmann als Leiter des Verbindungsbüros Auskunft geben, der als Leiter zwar alle Bereiche abgedeckt, sich aber in erster Linie um Kulturangelegenheiten gekümmert und den politischen Teil betreut habe. Weder Herr Hoffmann selbst noch die Staatskanzlei hätten angewiesen, sich in bestimmter Weise mit den Parteien oder den Bürgerbewegungen zu beschäftigen.

Zu der Behauptung, das Verbindungsbüro sei nichts anderes als eine vorgeschobene Bastion zur Hilfe der brandenburgischen SPD, insbesondere von Herrn Stolpe gewesen, betonte Herr Behrens, eine solche Behauptung treffe ganz und gar nicht zu. Gleich in den ersten Tagen sei man mit Telefonanfragen von nordrhein-westfälischen Firmen überhäuft worden, die im Osten Geschäfte hätten machen und Kooperationen zustande bringen wollten. Auf der anderen Seite sei man vielfach von Kombinat um die Herstellung von Kontakten zu nordrhein-westfälischen Firmen gebeten worden. Schon wegen der Fülle der Anfragen wäre keine Zeit gewesen, sich mit parteipolitischen Themen auseinander zu setzen. Gleichzeitig wies er auf den Einsatz von Frau Tenkhof auch bezüglich des Landes Sachsen in Sachen Umweltschutz hin. Bezüglich Herrn Ringmann erläuterte er, dass dieser sich vor allem um rechtliche Probleme gekümmert habe, die auf allen Feldern aufgetaucht seien.

Auf Frage von Frau Heidecke nach persönlichem parteipolitischen Engagement von Mitarbeitern des Verbindungsbüros in deren Freizeit erklärte Herr Behrens, dass er solches nicht habe beobachten können. Wegen der Fülle der Arbeit habe man sich oft tagelang nicht austauschen können.

Er selbst sei zum damaligen Zeitpunkt FDP-Mitglied gewesen. Solange er im Verbindungsbüro tätig gewesen sei, sei er aber von keinem einzigen FDP-Parteimitglied angesprochen worden.

Herrn Stolpe habe er einmal im Verbindungsbüro gesehen, nach seiner Erinnerung in der Zeit als festgestanden habe, dass Frau Tenkhof nach Potsdam gehe. Auf Nachfrage von Rechtsanwalt Lampen, ob eine Verschiebung der Schwerpunkte zur SPD hin festzustellen gewesen sei, als sich eine Kandidatur von Stolpe abgezeichnet habe, erklärte Herr Behrens, dass das Verbindungsbüro die damals bestehenden Ministerien und die sich bildenden Handels- und Handwerkskammern sowie die Universitäten auf sich aufmerksam gemacht habe. Ob auch an Parteigliederungen geschrieben worden sei, wisse er nicht. Er schließe aus, dass andere Mitarbeiter des Verbindungsbüros eine Schwerpunktverschiebung ihrer Tätigkeit vollzogen hätten, ohne dass er es mitbekommen habe.

In diesem Zusammenhang erläuterte er, dass er sich auf eine öffentliche Ausschreibung bezüglich seiner Stelle beworben habe. Seines Wissens sei es bei Frau Tenkhof und Herrn Ringmann genauso gewesen. Auf Fragen nach den Namen von Hanno de Vries und Jens Fischer erklärte Herr Behrens, es könne sein, dass Jens Fischer Reden geschrieben habe, das sei ihm vielleicht einmal erzählt worden. Im Verbindungsbüro habe Herr Fischer jedenfalls nicht gearbeitet. Er könne sich auch nicht erinnern, dass Herr Fischer dort jemals um Hilfe gebeten habe. Der Name de Vries sage ihm nichts.

3. *Anhörung des Ministerialrats a.D. Dr. Hessing, 1990 Leiter der Abteilung in der Staatskanzlei NRW u.a. für deutschlandpolitische Angelegenheiten, in der 6. Sitzung am 8.5.2000*

Zu Beginn der Anhörung berichtete Dr. Hessing, er sei Leiter der Abteilung in der Staatskanzlei gewesen, in der europapolitische und deutschlandpolitische Angelegenheiten bearbeitet worden seien. Dazu erläuterte er, dass schon das Verbindungsbüro in Brüssel über die WestLB aufgebaut worden sei, weil das staatsrechtlich nicht anders möglich gewesen sei. Bei den Überlegungen, ein Verbindungsbüro in Berlin aufzubauen, habe man auf die Erfahrungen von Brüssel zurückgegriffen. Grundlage der Überlegungen sei die auch von Ministerpräsident Rau stets verfolgte Idee gewesen, den Föderalismus als etwas Gelebtes darzustellen. Ihm habe daran gelegen, zwischen den Partnerschaften der Kommunen und den Aktivitäten des Bundes das Land in einem Staatswesen zur Geltung zu bringen, in dem es bis dahin die föderale Ebene nicht gegeben habe. In diesem Zusammenhang erläuterte er, dass es dem Ministerpräsidenten wichtig gewesen sei, in der Anfangsphase Nordrhein-Westfalen in der gesamten DDR zu präsentieren. So habe man zunächst mit Hilfen im Raum Leipzig begonnen und erst im Januar 1990 das Verbindungsbüro aufgebaut.

Er erläuterte, dass Herr Hoffmann von Herrn Clement ins Gespräch gebracht worden

sei. Nach einem Gespräch mit Herrn Hoffmann habe ihm dieser den Eindruck vermittelt, dass er in der DDR Bescheid gewusst habe. Außerdem erschien er ihm als kontaktfreudiger Mensch. Bis in den Mai habe Herr Hoffmann das Büro allein geführt.

In diesem Zusammenhang erklärte Dr. Hessing, dass er anlässlich der Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Osten von Haushältern des Öfteren mit der Frage konfrontiert worden sei, aus welcher Interessenlage heraus das Land Nordrhein-Westfalen sich in der DDR engagiere. Deshalb habe er darüber auch mit dem damaligen Präsidenten des Landesrechnungshofs, Herrn Dr. Munzert, ein Gespräch geführt, der das Ganze als "berufungslose Sonderlage" bezeichnet habe.

Die zweite Phase, in der das Büro mit weiteren Mitarbeitern besetzt worden sei, sei Mitte Mai 1990 angelaufen. In dieser Phase habe sich die Absicht abgezeichnet, neue Länder zu gründen, ohne dass deren Umrisse schon klar gewesen wären. Die DDR-Regierung habe Beauftragte für die Bezirke ernannt, die in ihrer parteipolitischen Zusammensetzung das Ergebnis der Volkskammerwahl widerspiegeln und Regierungsbeauftragte zur Vorbereitung der Länder eingesetzt. In dieser Zeit habe es eine Reise von Herrn Rau und Herrn Clement nach Berlin und Schwerin gegeben. Bei einer Begegnung mit den drei Bezirksbeauftragten des künftigen Landes Brandenburg habe man angeboten, ihnen jeweils zwei Mitarbeiter an die Seite zu stellen, was dann auch geschehen sei. Dieses Angebot habe nichts mit parteipolitischen Absichten zu tun gehabt, zumal auch ein CDU-Mitglied unter den Beauftragten gewesen sei.

Dr. Hessing erläuterte, dass er in der Zeit im Verbindungsbüro des Öfteren mit den in der DDR eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über ihre Arbeit gesprochen habe. Es sei immer wieder zu Fragen nach der Zielbestimmung der Arbeit aus der Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen gekommen. Darauf habe er stets gesagt, es gebe keine andere Zielbestimmung als die, beim Aufbau von Strukturen zu helfen. Es gehe nicht darum, die spezifischen Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zu verfolgen. Über entsprechende Veranstaltungen seien umfassende Vermerke gefertigt worden. In dieser Phase sei das Verbindungsbüro auch so etwas wie eine Anlaufstelle vor Ort für diejenigen gewesen, die sich in der DDR engagiert hätten.

Des Weiteren erläuterte Dr. Hessing, dass das Verbindungsbüro Ende Juni anlässlich der Verhandlungen zum Einigungsvertrag auch logistische Aufgaben übernommen habe, weil man aus dem Gebäude des Ministerrats nicht nach draußen habe telefonieren können. Der Grund sei gewesen, dass Nordrhein-Westfalen Vorsitzland der Ministerpräsidenten-Konferenz gewesen und bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag als Sprecher für die Länder aufgetreten sei. Abstimmungen in Fachfragen seien stets mit einem SPD-geführten und einem CDU-geführten Land erfolgt. In diesem Zusammenhang erläuterte er, dass bei den Regierungsbevollmächtigten je 10 Bundesbeamte und 10 Landesbeamte des betreuenden

Bundeslandes tätig werden sollten, um den Aufbau der Landesverwaltung vorzubereiten. Das Land Nordrhein-Westfalen habe Staatssekretär Kleiner zum Leiter der entsprechenden Gruppe in Potsdam ernannt.

Auf die Darlegung von Dr. Posser, Herr Hoffmann habe in einer schriftlichen Stellungnahme geäußert, zwei Referenten und eine Sekretärin des Verbindungsbüros hätten für Herrn Dr. Stolpe im Wahlkampf tätig werden sollen und dieser Sachverhalt sei ihm am 2.8.1990 durch Herrn Dr. Hessing und den Chef der Staatskanzlei bei deren Aufenthalt im Verbindungsbüro mündlich mitgeteilt worden, erklärte Dr. Hessing, daran habe er keine Erinnerung. Er habe Herrn Stolpe, bevor der Ministerpräsident geworden sei, persönlich nie kennen gelernt.

Auf Frage von Rechtsanwalt Lampen, ob darüber gesprochen worden sei, dass es unter Umständen persönliche Konflikte geben könnte, wenn die beiden Referenten und die Sekretärin Wahlkampfhilfe für Herrn Stolpe leisteten, und dass sie deshalb befristet aus dem Landesdienst ausscheiden und in den Parteidienst der SPD eintreten sollten, antwortete Herr Dr. Hessing, daran habe er keine Erinnerung. Für arbeitsrechtliche Angelegenheiten sei er auch nicht der richtige Ansprechpartner gewesen. Hierfür sei Herr Höffken zuständig gewesen.

Auf die Frage nach dem Namen Hanno de Vries stellte Dr. Hessing fest, in Gesprächen, die er geführt habe, hätten parteiliche Dinge keine Rolle gespielt. Auf die in der Anhörung an Herrn Behrens gestellte Frage, ob dieser wisse, dass sich Mitarbeiter des Verbindungsbüros für Parteien engagiert hätten, erklärte Dr. Hessing, er vermute das. Herr Hoffmann habe ihm einmal bedeutet, dass er von Herrn Stolpe die Ankündigung - oder wie immer man es nennen wolle - erhalten habe, Chef der Staatskanzlei in Brandenburg zu werden. Da er sich nicht vorstellen könne, dass Herr Stolpe Ämter in Aussicht stelle, ohne die Betreffenden zu kennen und zu wissen, was sie zu leisten im Stande seien, könne er nicht ausschließen, dass sich Mitarbeiter des Verbindungsbüros privat parteipolitisch engagiert hätten.

Auf die Frage von Professor Dr. Weber, wie er es sich erkläre, dass parteipolitische Dinge keine Bedeutung gehabt hätten, wenn man sich doch im Klaren sein müsse, dass Parteien nachher eine entscheidende Rolle spielten, wenn man Strukturen aufbauend aus einem Parteienstaat bekomme, betonte Dr. Hessing, es habe keinen Auftrag in dem Sinne geben, die sozialdemokratische Partei zu unterstützen. Vielmehr habe ganz gezielt die Absicht bestanden, Strukturen aufzubauen. Vor diesem Hintergrund hätte er sich, wenn er damit konfrontiert worden wäre, nicht dagegen gewehrt, Frau Tenkhof abzuordnen, weil man eine handlungsfähige sozialdemokratische Partei benötigt habe, wie es eine handlungsfähige CDU gegeben habe. Auch heute sähe er in einem solchen Fall keinen Grund, von der Mithilfe beim Aufbau solcher Strukturen abzusehen. Man habe das in den unterschiedlichen Lebensbe-

reichen bis hinein ins Buchhandels- und Verlagswesen getan. An der Funktion dieser Strukturen habe insbesondere der frühere Ministerpräsident Interesse gehabt. Kurzum: Man habe - neben der Erfüllung der anderen Aufgaben - Strukturen aufgebaut.

Auf Rückfrage von Rechtsanwalt Lampen in diesem Zusammenhang, ob er seine Aussage, er hätte es für angemessen gehalten, auch eine vernünftige SPD-Struktur aufzubauen, auch dann aufrecht erhalten würde, wenn es sich um CDU, FDP oder Grüne gehandelt hätte, machte Dr. Hessing deutlich, dass dies für die anderen demokratischen Parteien genauso gegolten hätte. Er erinnere sich, dass seinerzeit z.B. Herr Platzeck - damals Bündnis 90 - bestimmte Sachfragen gestellt habe.

Auf Frage des Vorsitzenden Dr. Posser unter Hinweis auf § 15 Abs. 2 des Einigungsvertrages, nach dem die westlichen Bundesländer und der Bund Verwaltungshilfe beim Aufbau der Landesverwaltung in den neuen Ländern zu leisten hätten und ob er das, was damals beispielsweise von Frau Tenkhof geleistet worden sei, als Verwaltungshilfe im administrativen Bereich oder mehr als parteipolitischen Ansatz ansehen würde, betonte Dr. Hessing, er würde dies keinesfalls als parteipolitischen Ansatz beurteilen. Es sei darum gegangen, arbeitsfähige Strukturen aufzubauen, zu denen auch eine sozialdemokratische Partei gehört habe, weil andere Parteien wie die CDU und die FDP ihre Grundstrukturen hätten übernehmen können. Er könne sich bei Frau Tenkhof auch gar nicht vorstellen, dass sie etwa Parteiprogramme, Zielvorstellungen für eine Partei oder so etwas erarbeitet habe.

4. Anhörung von Frau Ute Tenkhof, Mitarbeiterin des Verbindungsbüros vom 15.5. - 31.8. und persönliche Referentin von Manfred Stolpe vom 1.9. bis 15.10.1990, in der 7. Sitzung am 26.6.2000

Zunächst führte Frau Tenkhof aus, dass sie bis zum 15.5.1990 als Dezernentin beim RP Münster tätig gewesen sei in der Abteilung Regionalplanung, die dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft unterstellt gewesen sei. Sie habe sich auf eine interne Stellenausschreibung beworben, um im Verbindungsbüro in Berlin tätig werden zu können. Die Bewerbungsfrist sei sehr kurz gewesen, weil das Büro möglichst schnell habe besetzt werden sollen. Zunächst sei die rechtliche Einordnung ein besonderes Problem gewesen, da eine Landesbeamtin in der DDR habe arbeiten sollen. Schließlich sei ihr Sonderurlaub im öffentlichen Interesse genehmigt worden.

In den weiteren Erläuterungen des gesamten Umfeldes der Arbeit im Verbindungsbüro betonte sie, dass für alle Mitarbeiter die Arbeit eine große Herausforderung gewesen sei. Die organisatorischen Probleme seien groß gewesen und der Arbeitstag

sei von etwa 7 bis 22/23 Uhr regelmäßig gegangen. Für alle habe es aber eine Aufbruchstimmung gegeben, eine Solidarität über die Parteigrenzen hinweg, dieses Durcheinander zu ordnen und Neues zu gestalten. Sie sei zwar Sozialdemokratin, für sie sei es aber selbstverständlich, dass sie öffentliche Dienstleistung und parteipolitische Betätigung nicht miteinander vermische. Diese Trennung habe sie nicht nur beim RP Münster, sondern auch in ihrer Tätigkeit im Verbindungsbüro eingehalten.

Hinsichtlich ihrer Tätigkeit bei Herrn Stolpe erklärte sie, für sie habe es kein langes Überlegen gegeben, als sie vom damaligen Leiter des Verbindungsbüros und von der Staatskanzlei gebeten worden sei, die Aufgabe bei Herrn Stolpe kurzfristig zu übernehmen. Es sei für sie eine ehrenvolle Aufgabe gewesen. Herr Stolpe sei weithin bekannt gewesen für sein Eintreten für Andersdenkende in der DDR und sei spätestens nach seiner Rede zum 17. Juni 1990 im Schauspielhaus über alle Parteigrenzen hinweg von Politikern und Medien als einer der wichtigsten Politiker der DDR eingestuft worden.

Ihre Aufgabe habe darin bestanden, ihn vor allem bei der Terminkoordination zu unterstützen und gewünschte Termine, insbesondere mit westdeutschen Politikern und Ansprechpartnern, zu organisieren, vorzubereiten oder auch schonend abzusagen.

In den weiteren Ausführungen sagt sie, sie habe mit dazu beitragen wollen, eine gewisse Chancengleichheit herzustellen, die damals keineswegs gegeben gewesen sei. Die demokratischen Parteien, wie Bündnis 90 und SPD seien mit ihrem Aufbau bei Null gestartet. Die anderen hätten mit der Umstrukturierung ihrer Parteiapparate zu tun gehabt. Und alle seien mit dem gesellschaftlichen Umwälzungsprozess befasst gewesen. Sie hätten sich nicht als Konkurrenten, sondern mehr als unterschiedliche Wege zu einem gemeinsamen Ziel empfunden, hätten sich in Demokratie geübt. Der eigentliche Gegner sei damals die PDS gewesen, die außerordentlich gut organisiert gewesen sei. Ihre Kollegen und sie hätten nicht schlecht gestaunt, als der CDU-Landesverband Brandenburg ihr Hilfsangebot unter ausdrücklichem Hinweis auf seine gute Organisationsstruktur vor Ort zurückgewiesen habe. In diesem Zusammenhang verweist sie auf einen Vermerk, aus dem die gute Organisationsstruktur der CDU hervorgeht.

Auf einen Filmbeitrag des ORB angesprochen, in dem sie bei einer Wahlkampfveranstaltung gemeinsam mit Herrn Stolpe zu sehen sei, erklärte sie, nach ihrer Erinnerung sei der Film zum Ende des Wahlkampfes gedreht worden, als ein Kamerateam des ORB die Spitzenkandidaten besucht habe. Herr Stolpe habe sie gebeten gehabt, ihn an diesem Abend zu begleiten, um in dem Terminkalender mit den Allgemein-Terminen Wahlkampftermine zu blockieren.

Auf Frage von Rechtsanwalt Lampen, ihm gebe zu denken, dass Frau Tenkhof, wie

auch schon ein anderer Gesprächspartner geäußert habe, ihre Aufgabe darin gesehen hätte, Chancengleichheit herzustellen und sich ihm die Frage stelle, inwieweit Frau Tenkhof persönlich der Auffassung gewesen sei, es handele sich um keine Parteihilfe sondern eher um eine staatliche Aufgabe, wenn sie etwas für den Wahlkampf von Herrn Stolpe tue, weil zur Demokratie auch gehöre, dass die Parteien hinsichtlich der Organisation eine gewisse Chancengleichheit bei Wahlen hätten, ging Frau Tenkhof zunächst auf die Differenzierung zwischen Verwaltungsarbeit und Führen des Terminkalenders ein. Aus heutiger Sicht (so Frau Tenkhof) stellten sich diese Fragen ihres Erachtens nicht mehr. Wenn ein Spitzenkandidat einer großen Partei, etwa ein Ministerpräsident Wahlkampf mache, habe er ein Büro, in dem die Termine, die nichts mit dem Wahlkampf zu tun hätten, weiterliefen. Die Termine, die dem Zweck dienten, für sich und seine Partei zu werben, würden unabhängig davon in der Parteizentrale geführt. Sie habe seinerzeit allgemeine Termine gemacht und das sei nach ihrem Empfinden Verwaltungsarbeit.

Auf den Einwurf, zu jener Zeit sei Herr Stolpe aber noch nicht Ministerpräsident gewesen, erklärte Frau Tenkhof, parallel zum Wahlkampf seien auf Bezirksebene die Vorbereitungen für den Verwaltungsaufbau gelaufen. Klar sei gewesen, dass unabhängig vom Ausgang der Landtagswahlen Herr Diestel und Herr Stolpe in Brandenburg eine wichtige Rolle spielen würden. Deshalb hätten westdeutsche Politiker und Organisationen auch Schlange gestanden, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, und die Vorbereitung entsprechender Termine habe sie damals als Verwaltungsarbeit, als Tätigkeit einer persönlichen Referentin verstanden.

Auf Frage von Dr. Potthoff, ob die mündlichen Weisungen von Herrn Hoffmann gekommen seien, bejahte Frau Tenkhof dies und fügte an, sie habe aber auch mit der Staatskanzlei Kontakt gehabt. Aus ihrer Erinnerung könne sie nur sagen, dass die Arbeit des Verbindungsbüros überhaupt nicht parteipolitisch ausgerichtet gewesen sei. Sie habe mit Bürgern zu tun gehabt, sei Ansprechpartnerin vor allem für den Umweltbereich und damit voll ausgelastet gewesen. Den politischen Bereich habe Herr Hoffmann übernommen. Ihr sei aber nicht Erinnerung, dass er sich dabei auf die SPD konzentriert habe.

Auf Frage nach einem Hilfsangebot des Verbindungsbüros an die CDU Brandenburg erläuterte Frau Tenkhof, man habe sich dort vorgestellt und angeboten, die CDU organisatorisch und infrastrukturell zu unterstützen. Auf Bezirksebene sei damals kein Gegensatz CDU/SPD empfunden worden; Gegner sei vielmehr die PDS gewesen. Auf weitere Fragen, ob sie Wahlreden für Herrn Stolpe geschrieben oder selber im Rahmen des Wahlkampfs Reden gehalten habe, verneinte Frau Tenkhof dies und bemerkte, sie sei lediglich "eine Art kleines persönliches Büro" gewesen.

Zum Stichwort "Chancengleichheit" stellte Frau Tenkhof später noch einmal fest, dass

es ihr nicht um die Herstellung gleicher Chancen zwischen SPD und CDU gegangen sei, sondern der demokratischen Parteien gegenüber der PDS.

Auf Frage von Prof. Dr. Renzsch, ob sie ihre Tätigkeit als persönliche Referentin für Herrn Stolpe, wenn man sie auf geordnete Verhältnisse übertrage, als die einer persönlichen Referentin eines Regierungschefs oder eines Oppositionsführers beschreiben könnte, die staatlicherseits finanziert werde und von parteipolitischer Arbeit abzugrenzen sei, bestätigte Frau Tenkhof, dass sie ihre Arbeit so begriffen habe. Wenn sie sie so nicht hätte verstehen können, hätte sie darum gebeten, sie aus dieser Aufgabe zu entlassen. Sie sei beim damaligen Regierungspräsidenten von Münster beruflich erwachsen und darauf trainiert worden - was durchaus ihren Vorstellungen entsprochen habe -, Politik und Verwaltung strikt zu trennen.

5. *Anhörung des Herrn Jens Fischer, 1990 Leiter des Büros von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt; ab Mitte August Mitarbeiter im Wahlkampfteam von Manfred Stolpe, in der 7. Sitzung am 26.6.2000*

Zunächst erläuterte Herr Fischer, dass er damals Leiter des politischen Büros von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt gewesen sei. In dieser Eigenschaft habe er eine Reihe von Kontakten mit Manfred Stolpe gehabt, da die Besuche von Helmut Schmidt in der damaligen DDR in der Regel über Manfred Stolpe organisiert worden seien. Als er von der Kandidatur Stolpes erfahren habe, habe er den Eindruck gehabt, dass Manfred Stolpe aus Sicht der SPD die besten Aussichten habe, ein bemerkenswertes Ergebnis zu erzielen.

Mit Zustimmung von Helmut Schmidt habe er deshalb seinen reichlich angesammelten Urlaub genutzt, um Stolpe in der Funktion, die er im Bundeskanzleramt wahrgenommen habe, nämlich Redenschreiber für Helmut Schmidt gewesen zu sein, zu unterstützen. Nachdem er am 20.8.1990 die Zustimmung Helmut Schmidts bekommen habe, sei er einen Tag später in Düsseldorf mit Manfred Stolpe zusammengetroffen. Am 27.8.1990 sei er nach Berlin und Potsdam gefahren und von dem Zeitpunkt an nahezu ununterbrochen in Potsdam gewesen.

In diesem Zusammenhang unterstrich Herr Fischer, dass er weder von der Partei noch von einer Person dorthin delegiert worden sei, sondern dies als eine persönliche Dienstleistung gegenüber Manfred Stolpe angesehen habe. Im Büro der SPD Brandenburg in der Friedrich-Ebert-Straße sei er im Wesentlichen auf zwei Personen getroffen, Hans-Henner Becker, bis vor kurzem noch Mitarbeiter von Bundestagspräsident Thierse und Frauke Flenker, beide vom Bezirk Mittelrhein entsandt, die im

persönlichen Wahlkampf für Manfred Stolpe tätig gewesen seien. Zu Dritt habe man unter seiner Leitung begonnen, mit den nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehenden Mitteln so etwas wie einen professionellen Wahlkampf zu führen, was auch sehr gut gelungen sei. Zu dieser Gruppe sei zwei Wochen später Hanno de Vries gestoßen. Schon in der Parteizentrale vorgefunden habe er Albrecht Gerber, der damals für die Pressearbeit der SPD zuständig gewesen und seines Wissens auch vom Bezirk Mittelrhein entsandt worden sei. Gerber sei jetzt Leiter des Büros von Ministerpräsident Stolpe.

Im folgenden betonte Herr Fischer, dass er es in dem Bericht im "Spiegel", den er gelesen habe, als abenteuerlich empfunden habe, dass irgend jemand außerhalb dieser Gruppe den Kalender von Manfred Stolpe hätte führen können. Der Kalender für den nächsten Tag sei jeweils erst gegen Mitternacht fertig gewesen. In der Friedrich-Ebert-Straße sei der Terminplan für Manfred Stolpe geführt, dort sei über seine Zeit verfügt worden.

Zu Frau Tenkhof erklärte er, sie habe dort nach seinem Eindruck in einer besonderen Funktion gesessen, nämlich sozusagen als vorgeschobene Beobachterin für Herrn Hoffmann, von dem er gehört habe, dass er im Hotel Berlin ein Büro geführt habe. Für diesen Eindruck führte er eine Begebenheit an, in der er aufgrund der damaligen besonderen technischen Verhältnisse zufällig zwischen ein Telefonat von Herrn Hoffmann mit Frau Tenkhof gekommen sei. Beide hätten offenbar sorgfältig ventiliert, ob der inzwischen aufgetauchte Jens Fischer eine Gefahr für die Pläne Hoffmanns, Chef der Staatskanzlei zu werden, bedeuten könnte. Dies sei das Einzige, was er in dieser Zeit sowohl von Herrn Hoffmann als auch von Frau Tenkhof gesehen bzw. gehört habe.

Auf die Frage, ob er vor dem SPD-Büro in der Friedrich-Ebert-Straße Wagen mit dem Logo der WestLB gesehen habe, die große Mengen Propaganda-Material dorthin geliefert hätten, verneinte Herr Fischer dies. Er, der jeden Tag von morgens 8.00 bis nachts 2.00 Uhr in dem Büro gewesen sei, könne sich daran nicht erinnern. Auf Frage von Dr. Potthoff, ob nach seinem Eindruck Herr Hoffmann durch sein und Herrn de Vries auftauchen, die Hoffnung, Chef der Staatskanzlei zu werden, habe schwinden sehen, erwidert Herr Fischer, dass er bei seiner Verabredung mit Manfred Stolpe klipp und klar gesagt habe, dass er ihm bis zum 14.10. zur Verfügung stünde. Seiner Erinnerung nach habe er Hans-Christian Hoffmann zwei oder drei Mal in dem SPD-Büro gesehen, und zwar immer nur dann, wenn irgendeine bedeutende Persönlichkeit von der SPD Nordrhein-Westfalen zwecks Wahlkampfhilfe dorthin gekommen sei. Irgendeine konkrete Hilfe von dem Büro in Ostberlin habe es in keiner Phase gegeben. Lediglich bei der anschließenden Siegesfeier habe er reichlich Leute dort gesehen.

Auf weitere Nachfrage von Rechtsanwalt Lampen, ob er für seine Tätigkeit von irgendeiner Seite Geld bekommen habe, verneinte Herr Fischer dies. Seine normalen Bezüge als Angestellter beim Bundeskanzleramt seien weitergelaufen, da er die Tätigkeit ja in Abstimmung mit seinem dienstlichen Vorgesetzten Helmut Schmidt und in Wahrnehmung von deutlich über 100 Tagen Urlaub ausgeübt habe.

6. *Anhörung des Herrn Hanno de Vries, 1990 Geschäftsführer des Heinz-Kühn-Bildungswerkes SPD Westfalen e.V.; ab Ende August 1990 Mitarbeiter im Wahlkampfteam von Manfred Stolpe, in der 7. Sitzung am 26.6.2000*

Zunächst betonte Herr de Vries, dass er nicht, wie Herr Fischer gesagt habe, vom Bezirk Westliches Westfalen abgeordnet worden sei, sondern quasi privat als SPD-Mitglied für Manfred Stolpe tätig geworden sei. Stolpe habe für sein Wahlkampfteam Leute gesucht, die möglichst drei Voraussetzungen erfüllen sollten: etwas vom Wahlkampf verstehen, die DDR kennen und nach Möglichkeit auch in der SPD verankert sein. Nachdem er mit Stolpe bekannt gemacht worden sei und dieser ihn nach Mitarbeit gefragt habe, habe er die Aufgabe übernommen, da er sich für die in Betracht kommende Zeit habe freimachen können. Als seinerzeitiger Geschäftsführer des Heinz-Kühn-Bildungswerkes SPD Westfalen e.V. habe er auf diese Weise seinen privaten Urlaub in Brandenburg verbracht und von keiner Seite ein zusätzliches Honorar dafür erhalten, aber auch keinen Gehaltsverlust gehabt, da es ja die bezahlte Urlaubszeit gewesen sei. Der Kern des Wahlkampfteams für den operativen Bereich habe aus vier Personen bestanden, Jens Fischer, Hans-Henner Becker, Frauke Flenker und ihm selbst.

Auf Frage des Kommissionsvorsitzenden Dr. Posser nach der Behauptung, es sei Material von der WestLB an das SPD Büro in Potsdam geliefert worden, erklärte Herr de Vries, ihm sei darüber nichts bekannt. Ihm sei bekannt gewesen, dass die WestLB das Verbindungsbüro nach dem "Modell Brüssel" betrieben habe. Es habe sich dabei um einen Ableger der Landesregierung gehandelt. Aber die Landesregierung habe kein Wahlkampfmaterial zur Verfügung gestellt, wobei er zu bedenken gebe, wie sie das denn auch hätte tun sollen. Allerdings habe es ab und zu schon einmal gewisse Hilfen vom SPD Landesverband NRW, initiiert von Landesgeschäftsführer Bodo Hombach persönlich, in Form der zur Verfügungstellung eines Funktelefons oder eines Wagens oder auch der Übernahme von Materialdruck gegeben.

Auf die Frage nach der Funktion von Frau Tenkhof im Wahlkampfbüro erläuterte Herr de Vries, sie sei zwar häufiger dort gewesen, aber es sei klar gewesen, dass sie zum Verbindungsbüro NRW gehört habe. Im operativen Wahlkampf habe sie keine

Funktion gehabt. Frau Tenkhof habe - wie übrigens auch Hans-Christian Hoffmann - natürlich an der einen oder anderen Veranstaltung teilgenommen. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass man seinerzeit eine durchgehende 7-Tage-Woche mit nahezu 20 Stunden Arbeit am Tag gehabt habe. Andere Mitarbeiter aus dem Verbindungsbüro habe er nicht bewusst kennen gelernt oder nicht mehr in Erinnerung. Herrn Ringmann habe er später kennengelernt, nicht aber damals im Jahre 1990. An internen Besprechungen habe gelegentlich Hans-Christian Hoffmann teilgenommen. Auf weitere Nachfrage, zu welchem Zweck Frau Tenkhof häufiger im Wahlkampfbüro gewesen sei, führte Herr de Vries aus, seiner Erinnerung nach habe sie sich wohl manchmal um Korrespondenz gekümmert. An Veranstaltungsvorbereitungen und dergleichen sei sie nicht operativ beteiligt gewesen.

Auf die Frage von Dr. Potthoff, in welcher Funktion Hans-Christian Hoffmann bei bestimmten internen Treffen zugegen gewesen sei und ob es Absprachen mit Herrn Hoffmann über eine bestimmte Arbeitsteilung gegeben habe, erläuterte Herr de Vries, dass Hoffmann bekannt gewesen sei als jemand, der Mitglied der SPD sei und einige Erfahrungen habe einbringen können, der vor allen Dingen auch in Fragen der inhaltlichen Strukturen habe beratend tätig sein können. Nach dem in dem Büro vorherrschenden Eindruck habe er allerdings seinen Schwerpunkt über den Wahltag hinaus gesehen. Auf Nachfrage, ob damit die Aussicht, Staatssekretär in einer möglichen Regierung Stolpe zu werden, gemeint sei, antwortet Herr de Vries, dass solche Wünsche nicht zu übersehen gewesen seien.

Auf Rückfrage von Professor Dr. Renzsch nach der Funktion von Frau Tenkhof, wenn es um den Terminkalender von Herrn Stolpe gegangen sei, erläuterte Herr de Vries noch einmal, dass es in dem Wahlkampfbüro einen Wandkalender gegeben habe, an dem die zeitliche Planung für Herrn Stolpe über den ganzen Tag hinweg projiziert gewesen sei. Daraus habe auch Frau Tenkhof abgeleitet, wann noch Freiraum gewesen sei und die von ihr vereinbarten Termine angeheftet.

7. Anhörung des Leitenden Ministerialrats a.D. Heinz Höffken, 1990 in der Staatskanzlei NRW unter anderem zuständig für das Verbindungsbüro, in der 7. Sitzung am 26.6.2000

Zunächst erläuterte Herr Höffken, dass er seit 1968 Leiter des Personalreferats in der Staatskanzlei gewesen sei, seit 1980 Leiter der Gruppe "Verwaltung" - mit dem Personalreferat, dem Haushaltsreferat, dem Ordensreferat, dem Organisationsreferat und der Bürodirektion - und 1992 in den Ruhestand getreten sei.

Danach erklärte er, dass nach seiner Erinnerung die Errichtung des Büros in Ost-Berlin unter Leitung von Herrn Hoffmann auf einem Beschluss der Landesregierung vom 23.1.1990 beruhe, verkündet vom damaligen Ministerpräsidenten Rau am 24.1.1990 anlässlich der Eröffnung der Repräsentanz der WestLB in Ost-Berlin. Bei der Auswahl Herrn Hoffmanns, seinerzeit Referatsleiter in der Landesvertretung und von daher dem Ministerpräsidenten bekannt, habe sich Dr. Rau wohl auf eine Beratung mit dem Chef der Staatskanzlei und der Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski gestützt. Ihm, Höffken, sei Herr Hoffmann 1990 nicht bekannt gewesen.

Des Weiteren erläuterte er, dass das Auswahlverfahren für die drei Beamten des höheren Dienstes nach den für die Staatskanzlei seit 1968 festgelegten Grundsätzen durchgeführt worden sei. In diesem Zusammenhang betonte er ausdrücklich, dass es weder für dieses Auswahlverfahren noch für andere in seiner 24jährigen Tätigkeit als Personalreferatsleiter in der Staatskanzlei politische Vorgaben gegeben habe. Der Ministerpräsident und sämtliche Chefs der Staatskanzlei hätten in all den Jahren die Unabhängigkeit der Kommission nicht nur anerkannt, sondern sogar gewünscht.

In der weiteren Anhörung berichtete Herr Höffken von einigen Kontroversen mit dem Leiter des Büros, Herrn Hoffmann. Einmal hätten sich dabei unterschiedliche Meinungen über das Thema "Geschäftsordnung: Ja oder nein?" gegenübergestellt mit dem Ergebnis von Seiten der Staatskanzlei, dass sich so etwas für einen solch kleinen Bereich mit nur begrenzter Existenzzeit bei andererseits längerer Vorbereitungszeit für einen solchen Text nicht gerade anbiete.

Zum anderen habe die Staatskanzlei einen Antrag Herrn Hoffmanns auf Erwerb eines PKW zwecks dienstlicher Nutzung wegen der fehlenden Voraussetzung abgelehnt.

Teilweise nachkommen können habe die Staatskanzlei durch Rückgriff auf Bundesrecht einem Wunsch Herrn Hoffmanns auf Gewährung eines Instandsetzungszuschusses nach seinem Umzug.

Kontroverse Ansichten zwischen Herrn Hoffmann und der Staatskanzlei hätten auch über die Fortzahlung der erwähnten Zulage nach § 45 Bundesbesoldungsgesetz bestanden. Diese Zulage sei für die Mitarbeiter der ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin Ost Ende Oktober wegen der seitdem nicht mehr vorhanden gewesenen gesetzlichen Voraussetzungen entfallen. Herr Hoffmann habe gegen diese Regelung geklagt; das Landesarbeitsgericht habe die Klage abgewiesen. Nach Hinweis des Kommissions-Vorsitzenden Dr. Posser auf Klagen des Herrn Hoffmann wegen pauschalierter Aufwandsentschädigungen und Umzugskostenvergütungen, die Herr Hoffmann verloren habe, bewertet Herr Höffken die Begleiterscheineungen des Ganzen als nicht sonderlich erfreulich. Er halte es nicht für sehr seriös, sich bei vorher sehr umfassend schriftlich in einem Vertrag fixierten Arbeitsbedingungen später auf

mögliche Zusagen zu berufen, die eindeutig hätten widerlegt werden können. Dennoch habe man seitens der Staatskanzlei einen Weg gefunden, einem geringen Teil des Anliegens des Herrn Hoffmann zu entsprechen.

Nachdem Herr Höffken auch über den Werdegang der Mitarbeiter des Verbindungsbüros nach dessen Auflösung berichtet hatte, erklärte er, dass der Ablauf des Verfahrens von der Errichtung des Büros bis zu dessen Auflösung zeige, dass politische Einflussnahme keinerlei Rolle gespielt habe. Durch viele Gespräche habe er sich von dem weit über das übliche Maß hinausreichenden Engagement der Verbindungsbüromitarbeiter überzeugen können, um der ungeheuren Menge an Anfragen und Informationsbitten aus wirklich allen Lebensbereichen, vorgetragen von Bürgern des Landes Brandenburg, aus allen gesellschaftlichen Schichten und aus sämtlichen Parteien - mit Ausnahme der PDS - gerecht zu werden. Natürlich habe er gelesen, dass in dem Verbindungsbüro auch Beratung stattgefunden haben sollte. Seines Erachtens aber nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern vor dem Hintergrund, dass die künftigen Amtsträger im Land Brandenburg sich mit einer neuen Verwaltungsform, einem neuen Staatsrecht, einem neuen Dienstrecht, einem neuen Verfahrensrecht, einem neuen Verwaltungsrecht etc. hätten vertraut machen müssen, dass sie nach Organisationsstrukturen gesucht hätten. Wie dringend notwendig qualifizierte Beratung gewesen sei, dokumentiere die Abordnung einer großen Zahl von Beamten und Angestellten des Landes und des Bundes in die neuen Bundesländer; die Quantität des Verbindungsbüros habe hier nicht annähernd ausgereicht.

Auf die von Herrn Dr. Potthoff problematisierte Frage, ob es im Zusammenhang mit den Hoffnungen des Herrn Hoffmann auf einen weiteren politischen Werdegang Zusagen in einem wesentlich politischeren Bereich gegeben haben könne, so dass man die Tätigkeit des Verbindungsbüros offiziell als Aufbauhilfe deklariert, mündlich aber ganz andere Anweisung gegeben habe, machte Herr Höffken auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten aufmerksam: das Personalreferat sei ausschließlich mit Personalfragen befasst gewesen, während die Aufgabengestaltung und die Arbeitsabläufe in der alleinigen Zuständigkeit der Abteilung III gelegen hätten. Wenn er etwas davon erfahren habe, dann gesprächsweise. Zur Entscheidung für Herrn Hoffmann hebt Herr Höffken noch einmal hervor, dass der seinerzeitige Ministerpräsident Herrn Hoffmann schon vorher gekannt habe. Außerdem hätten über dieses Thema Gespräche mit der langjährigen Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski, die Herrn Hoffmann ebenfalls sehr gut habe beurteilen können, und dem Chef der Staatskanzlei, der Herrn Hoffmann ebenfalls bei verschiedenen Gelegenheiten kennengelernt habe, stattgefunden. Wenn die Dinge später eine andere Wendung genommen hätten: "er könne sich das nicht erklären".

8. *Anhörung des Staatssekretärs Wolfgang Riotte im Innenministerium, in der 9. Sitzung am 14.8.2000*

Der Hauptgrund für die Anhörung des Staatssekretärs im Innenministerium, Wolfgang Riotte, lag darin, dass das Kommissions-Mitglied Rechtsanwalt Lampen telefonisch darüber informiert worden war, dass die ZDF-Sendung "Frontal" eine kritische Sendung über das Verbindungsbüro und die Arbeit der Kommission plane. In dieser Sendung sollte es zum einen um die Behauptung des Herrn Hoffmann gehen, das Verbindungsbüro sei einzig und allein zur Wahlkampfunterstützung für die SPD und Manfred Stolpe gegründet und zum anderen ggf. in einer zweiten Fernsehsendung darum gehen, dass Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit unter Umständen unter Mithilfe des Verbindungsbüros nach Nordrhein-Westfalen geschafft worden seien, um unter anderem Erkenntnisse über den seinerzeitigen Ministerpräsidenten Rau zu vernichten.

Mit einem ähnlichen Inhalt hatte ein Herr Harry Ewert in einem Telefonat mit Herrn Wieczorek, dem Referenten der Kommission, sich als ein besonders wichtiger Zeuge empfohlen.

Zu Beginn der Anhörung erläuterte Staatssekretär Riotte zunächst hinsichtlich des Verbindungsbüros, dass die Brandenburghilfe des Innenministeriums älter gewesen sei als das Verbindungsbüro. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass der ehemalige Staatssekretär Kleiner zunächst der Koordinator der Aufbauhilfe des Innenministeriums für die gesamte DDR gewesen sei, bevor er diese Aufgabe für die Landesregierung insgesamt übernommen habe. Soweit er sich erinnern könne, habe das Innenministerium das Verbindungsbüro relativ selten in Anspruch genommen. Es habe eher unmittelbare Kontakte zu den Bezirksbevollmächtigten oder zu anderen Stellen, auch Parteien, im späteren Land Brandenburg gegeben.

Bei seiner Verwaltungshilfe habe das Innenministerium vor allem auf personelle Unterstützung gesetzt. Die Bezirksbevollmächtigten seien von Beamtinnen und Beamten insbesondere aus dem Innenministerium und der Bezirksregierung, aber auch aus anderen Ministerien unterstützt worden. Danach erläuterte er die personelle Zusammensetzung der Bezirksbevollmächtigten (andere Bezeichnung für Regierungsbevollmächtigte).

Bis auf die Entsendung der Personen für die Mitarbeit bei den Bezirksbevollmächtigten sei es ansonsten im Wesentlichen um die Ausstattung mit Telefonen oder um die Frage gegangen, wie eine Beratung für den demokratischen Aufbau einer Polizei erfolgen könne. Dafür sei die erste Kontaktstelle der Vorsitzende des damaligen Innenausschusses der Volkskammer, Herr Brinksmeier, gewesen. Bei Herrn

Brinksmeier habe er auch Herrn Ewert, von dem später noch die Rede sein werde, kennen gelernt.

Auf Frage, ob er (seinerzeit schon Staatssekretär im Innenministerium) wirklich nichts davon wisse, dass das Verbindungsbüro, wie Herr Hoffmann behaupte, parteipolitische Unterstützung für den späteren Kandidaten Stolpe geleistet habe, bestätigte Staatssekretär Riotte, dass er davon nichts wisse.

Auf weitere Rückfragen erklärte Staatssekretär Riotte noch einmal, dass die Kontakte des Innenministeriums in erster Linie über die Bezirksbevollmächtigten gelaufen seien; unmittelbare Kontakte zu Manfred Stolpe habe es nicht gegeben.

Zu dem Komplex des Herüberbringens von Stasi-Akten nach Nordrhein-Westfalen erläuterte Staatssekretär Riotte, dass es sich um Magnetbänder mit den Gehaltslisten der hauptamtlich Beschäftigten des MfS gehandelt habe. Diese Magnetbänder hätten nach Nordrhein-Westfalen gebracht werden sollen, weil das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik als einziges in der Lage gewesen sei, diese technisch zu entschlüsseln und zu lesbaren Exemplaren zu überspielen. Mit dieser Aufgabe sei Harry Ewert betraut gewesen, der diese Bänder, die dann später Bestandteil der Gauck-Behörde geworden seien, ausfindig gemacht habe. Herr Ewert sei ihm als Mitarbeiter des Vorsitzenden des Innenausschusses der Volkskammer, Herrn Brinksmeier, vorgestellt worden. Dabei sei Herr Ewert in Begleitung von Herrn Kleiner, dem Koordinator der Aufbauhilfe in Brandenburg, gewesen.

Im weiteren Verlauf erklärte Herr Riotte auf die Frage, ob es bei diesem Vorgang auch um den Ministerpräsidenten Johannes Rau gegangen sei, dass Ministerpräsident Rau erst zu einem Zeitpunkt, als die Bänder längst hier gewesen seien und die Daten längst lesbar gemacht worden seien, am Rande einer Kabinettsitzung von Innenminister Dr. Schnoor davon erfahren habe. Als die Akten gebracht worden seien, sei der Name des Ministerpräsidenten nicht aufgetaucht und zu dem Zeitpunkt sei auch keine Information darüber weitergegeben worden. Er schließt auch aus, dass der Ministerpräsident auf Akten zugegriffen habe oder dass diesem hätte Material übergeben werden müssen, das nicht vollständig zurückgegeben worden wäre.

Im Zuge der weiteren Erörterung dieser Angelegenheit wurde auch darauf hingewiesen, dass die lesbar gemachten Daten dieser Magnetbänder zum Teil auch schon in Veröffentlichungen bzw. dem Internet zugänglich gewesen seien. Eine Einbindung des Verbindungsbüros in diese Angelegenheit wurde im Laufe der Anhörung nicht erwähnt.

9. *Anhörung des Leitenden Ministerialrats im Innenministerium Wolfgang Düren, 1990 Kabinetts- und Parlamentsreferent des Innenministeriums, in der 9. Sitzung am 14.8.2000*

Leitender Ministerialrat Düren wurde ausschließlich zu dem Komplex der Unterlagen des MfS befragt. In diesem Zusammenhang erklärt LMR Düren, dass ihm von irgendeiner Mitwirkung oder Einwirkung des damaligen Ministerpräsidenten nichts bekannt sei. Auch die Unterdrückung irgendwelcher Inhalte sei seinerzeit mit Sicherheit nicht Ziel des Handels gewesen. Die Bänder seien auch absolut sicher aufbewahrt worden, so dass auf diese Bänder nur der Leiter der Automationsgruppe, möglicherweise noch dessen Abteilungsleiter oder der eine oder andere ausgewählte Mitarbeiter Zugriff gehabt hätten. Eine Zugriffsmöglichkeit Dritter, unbefugter Personen, könne er auf jeden Fall ausschließen. Auf Rückfrage von Rechtsanwalt Lampen erklärte Herr Düren, dass er häufiger Kontakt mit Harry Ewert gehabt habe, dieser sich aber konzentriert habe auf die Monate August und September 1990. Herr Ewert habe sehr viel erzählt, er könne sich aber nicht an eine Andeutung erinnern, dass über die Magnetbänder im Haus noch anderes brisantes Material der Stasi von Herrn Ewert nach Nordrhein-Westfalen gebracht worden sei. Auf konkrete Frage, ob das Verbindungsbüro oder Mitarbeiter in irgendeiner Weise an der Überführung der Bänder nach Nordrhein-Westfalen beteiligt gewesen seien, antwortete LMR Düren, dass dies nach seiner Meinung niemals der Fall gewesen sei.

10. *Anhörung des LMR im Innenministerium Gerhard Lutz, Leiter der Automationsgruppe, in der 9. Sitzung am 14.8.2000*

Im Laufe der Anhörung bestätigte LMR Lutz als Leiter der Automationsgruppe, dass die Magnetbänder seinerzeit zum Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik gebracht worden seien, weil dieses über einen entsprechenden Großrechner verfügt habe, um die Magnetbänder lesbar zu machen. In diesem Zusammenhang erwähnte er, dass zu der Zeit der Datenbestand offensichtlich mehrfach existiert habe, denn auch die Gauck-Behörde sei mit Bändern gleichen Inhalts an das LDS später herangetreten.

11. Anhörung des Herrn Jochen Wolf, 1990 Regierungsbevollmächtigter in Potsdam, in der 10. Sitzung am 28.8.2000

Zu Beginn seiner Ausführungen wies Herr Wolf darauf hin, dass er in der fraglichen Zeit mit dem Verbindungsbüro nur einen sehr losen Kontakt gehabt habe.

Anschließend erklärte er, das Verbindungsbüro sei nach seiner Wahrnehmung eine Einrichtung gewesen, die ausschließlich dem Ziel gedient habe, Herrn Stolpe als Ministerpräsidenten in Brandenburg zu installieren. Es sei also nur im weiteren Sinne eine Einrichtung gewesen, die Unterstützung für die brandenburgische SPD gewesen sei. Vielmehr sei es eine Einrichtung gewesen, die in Ermangelung der strukturellen Voraussetzungen dem Spitzenkandidaten der brandenburgischen SPD eine Basis der politischen Arbeit gegeben habe, wie sie normalerweise die Staatskanzlei einem Ministerpräsidenten biete. "Das Verbindungsbüro war", so Jochen Wolf, "die Vorwegnahme der Gründung oder der Bildung einer Staatskanzlei für einen Ministerpräsidenten, der noch nicht im Amt war".

Auf Hinweis, dass die Aktenlage diese Auffassung nicht stütze und die Frage, ob er seine Aussage zeitlich beschränken wolle, indem er sage, das Verbindungsbüro hätte später, nach der Nominierung Stolpes, die Aufgabe, eine Art Staatskanzlei für ihn zu sein, erwiderte Herr Wolf, das wolle er nicht relativieren. Was er hier sage, entspreche seinem heutigen Erkenntnisstand. Weiter führte er aus, "das setze ich als allgemeine Voraussetzung bei jedem der hier anwesenden Gesprächspartner voraus. Es gibt natürlich Erkenntnisse, die mir erst nach 1990 zugewachsen sind. Es gibt Erkenntnisse und Informationen, die ich in dieser Zeit, als ich aktiv in der brandenburger SPD politisch tätig war und auch aktiv am Verwaltungsaufbau beteiligt war, nicht hatte. Wenn ich das so summarisch sage, dann ist das natürlich als Ergebnis eines Erkenntnisprozesses zu verstehen, den ich keineswegs als abgeschlossen betrachte".

In diesem Zusammenhang verwies Herr Wolf auf seine erste Begegnung mit Herrn Rau in Brandenburg im ersten Halbjahr 1990 auf einer Klausurtagung der Regierungsbevollmächtigten in Caputh bei Potsdam. Herr Rau habe damals alle darauf hingewiesen, dass sie für alle möglichen Funktionen geeignet seien, nur nicht für die Funktion des Ministerpräsidenten.

Daraus leitete Herr Wolf die persönliche Überzeugung ab, dass somit für Herrn Rau schon längere Zeit klar gewesen sei, dass Stolpe Ministerpräsident in Brandenburg werde.

Zur Frage der Zusammenarbeit mit Herrn Hoffmann erläuterte Herr Wolf, dass sich Herr Hoffmann gelegentlich bei ihm gemeldet habe. Irgendwann habe er sich bei ihm

gemeldet und als Leiter oder zukünftiger Leiter des Verbindungsbüros vorgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sei er selbst Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Potsdam gewesen, Landesbevollmächtigter für den Landesbezirk erst später geworden. Herr Hoffmann habe sich im wesentlichen danach erkundigt, wie die Dinge in Potsdam laufen.

Die Zusammenarbeit mit Herrn Hoffmann habe im wesentlichen in Gesprächen bestanden, zunächst habe man sich im Hotel Cecilienhof in Potsdam getroffen. Anschließend habe es ein paar Treffen, vielleicht 3 oder 4, viel häufiger werde es nicht gewesen sein, gegeben, bis der Wahlkampf in Brandenburg begonnen habe. Diese Treffen hätten alle im "Palasthotel" stattgefunden. An ein weiteres Treffen mit Herrn Hoffmann außerhalb des Palasthotels erinnere er sich nicht bis er (Herr Hoffmann) dann zum Wahlkampfteam von Herrn Stolpe gehört habe. Da sei er dann allerdings öfter in Potsdam gewesen.

Zur Zusammenarbeit zwischen dem Verbindungsbüro und den Institutionen, die an der Vorbereitung der Länderbildung arbeiteten sagte Herr Wolf, dass es eine Zusammenarbeit nicht gegeben habe. Etwas später betonte Herr Wolf noch einmal: "Das Verbindungsbüro hat zu keinem Zeitpunkt irgendeine Funktion wahrgenommen, die mit dem Aufbau der Verwaltungsstrukturen zusammenhing - Null, jedenfalls nicht über die von mir geleitete Dienststelle bzw. später geleiteten Dienststellen oder jedenfalls nicht mit meiner Kenntnis. Dass da einiges auch konspirativ gelaufen ist, habe ich erst später erfahren. Das Verbindungsbüro hat keine offizielle Aufgabe beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen gehabt und auch nicht ausgeübt. Das ist auch in diesem Zusammenhang auch nie bei mir so angekommen ... Das Verbindungsbüro - um das noch einmal ganz deutlich zu machen - hatte keine Funktion. Es hatte ausschließlich - wenn Sie das so sehen wollen, würde ich es so formulieren - die Aufgabe, den Wahlkampf vorzubereiten und durchzuführen. Das war nach meiner Wahrnehmung und jetzigen Kenntnis ausschließlich auf die Person Stolpe zugeschnitten".

Auf die Frage nach dem Engagement des Herrn Hoffmann im Wahlkampf und insbesondere auf die Frage von Frau Heidecke, woran man festmachen könne, dass Herr Hoffmann ab irgendeinem Zeitpunkt zum Wahlkampfteam von Herrn Stolpe gehört habe, erklärte Herr Wolf: "Festmachen kann man das daran, dass Herr Hoffmann zu dem Team gehörte, das Herrn Stolpe von einem bestimmten Zeitpunkt an ständig begleitete als es um den Wahlkampf ging".

Auf die Frage, ob ihm die Namen Jens Fischer und Hanno de Vries etwas sagten, erklärte Herr Wolf, Fischer sage ihm etwas, Vries nicht. Er schloss nicht aus, dass der Name irgendwann einmal eine Rolle gespielt habe, verwies aber auf sein ausgesucht schlechtes Namengedächtnis.

Auf den Hinweis, dass Jens Fischer und Hanno de Vries im offiziellen Wahlkampfteam gewesen seien, erläuterte Herr Wolf, dass er damals auch mit Herrn Fischer Kontakt gehabt habe. "Wenn Sie sagen, das war der offizielle Büroleiter für den Wahlkampf, mag das schon so sein. Aber: auch das ist wahr, aber nicht die ganze Wahrheit. Das Wahlkampfteam war sehr viel größer und bestand eben auch aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbindungsbüros, die etwas anderes ... das war ihre Aufgabe".

Bei den Aktivitäten die er gesehen habe, habe es auch Überschneidungen gegeben. Es habe auch Termine gegeben, wo Mitarbeiter aus dem Verbindungsbüro - Frau Tenkhof, Herr Hoffmann - beteiligt gewesen seien, an denen auch die arbeitenden Verwaltungen beteiligt gewesen waren. Er habe ja auch eine Parteimitgliedschaft gehabt, bei der es also Kontakte gegeben habe, die er wahrgenommen habe. "Da wurde Wahlkampf gemacht oder vorbereitet, wurden Termine vorbereitet, Aussagen vorbereitet, da wurden Papiere erarbeitet, da wurden Zuarbeiten geleistet und dort erschienen außer Herrn Fischer eben auch Herr Hoffmann, Frau Tenkhof und Herr Ringmann zum Beispiel".

Auf den Hinweis von Prof. Renzsch, der Aktenbestand an Tätigkeiten, die das Büro effektiv gemacht habe, sei so groß, dass sich der Satz, es habe ausschließlich Wahlkampf gemacht, aus seiner Sicht nicht bestätige, erklärte Herr Wolf: "Wenn ich das so formuliert habe, korrigiere ich das dahingehend: ich meine und hoffe auch das so gesagt zu haben, dass das Verbindungsbüro ausschließlich diese Aufgabe hatte. Dass die da Akten angelegt haben über Vorgänge, die die eigentliche Aufgabe kaschieren sollten, davon bin ich sehr überzeugt". Etwas später erklärte er dazu, Wahlkampf sei erst zu einem bestimmten Zeitpunkt gemacht worden.

Auf Frage von Rechtsanwalt Lampen, ob die Unterstützung des Wahlkampfs durch das Verbindungsbüro aus seiner Wahrnehmung eine mehr einseitige Unterstützung der SPD etwa gegen die CDU oder mehr eine Unterstützung der demokratischen westlichen Parteien gegen die SED oder dann die PDS gewesen sei, erklärte Herr Wolf, er wolle gerne noch einmal verstärken, dass es eine auf die Person Stolpe fokussierte Unterstützung gewesen sei. "Wenn Sie das in dieser Form nicht nachvollziehen wollen, Stolpe war - und ist es noch bis heute - zu maßgeblichen Teilen die brandenburgische SPD. Zu dem Zeitpunkt war er es noch nicht; aber er wurde dazu gemacht und das Verbindungsbüro hatte maßgeblichen Anteil daran, dies zu vollziehen und ihn da in die SPD zu implantieren, die es zu diesem Zeitpunkt bald ein Jahr gab, der er nicht angehörte und in der er nie tätig gewesen war. Das Verbindungsbüro hatte dieses Defizit auszugleichen - nicht allein, es hat auch noch andere gegeben, die da tätig gewesen sind - aber nach meiner Wahrnehmung war das die eigentliche Aufgabe des Verbindungsbüros".

Auf spätere Rückfrage von Dr. Potthoff hinsichtlich seiner Aussage zu den angelegten Akten des Verbindungsbüros und zu der Frage, ob er meine, dass sozusagen nachträglich Akten angefertigt oder verfälscht worden wären, antwortete Herr Wolf, er habe zu keinem Zeitpunkt behauptet, dass irgendwelche Akten nachträglich angefertigt oder verfälscht worden seien. Er habe lediglich gesagt, dass er über die Akten des Verbindungsbüros gar nichts sagen könne. Er habe diese Akten nie gesehen. Er wisse nicht, welche Akten da existieren. Er habe die Tätigkeit des Verbindungsbüros als ein Instrument wahrgenommen zur Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfs von Stolpe und der Brandenburger SPD.

In diesem Zusammenhang betonte er, "das ist das, was ich wahrgenommen habe. Ich habe über diese Wahrnehmungen weder Akten noch irgendwelche Beweise. Sie haben mich - denke ich - hier als einen Zeitzeugen eingeladen. Ich gebe hier meine Wahrnehmungen wieder; das habe ich eingangs deutlich gesagt. Ich bin nicht gekommen, um irgendwelche Beweise vorzulegen. Wenn Sie Beweise wollen, müssen Sie in den Akten suchen, dann müssen Sie Zeugen vernehmen, was Sie nicht dürfen".

Etwas später sagte er noch einmal: "Ich habe niemals - wenn ich so verstanden worden bin, will ich das noch einmal ganz deutlich sagen - behauptet, dass in dem Verbindungsbüro irgendwelche Akten gefälscht oder fiktiv angefertigt worden sind. Ich bin aber davon überzeugt, dass im Verbindungsbüro von allen oder einigen der dort arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Vorgänge bearbeitet worden sind, über die es keine Akten gibt".

In diesem Zusammenhang erläuterte Herr Wolf, dass er es für normal halte, dass manche seiner Wahrnehmungen durch nachträgliche Informationen für ihn ein anderes Gewicht bekommen hätten. Er habe inzwischen Zeit gehabt, die Dinge zu reflektieren, und sei immer noch gezwungen, sie zu reflektieren, denn, was ihn persönlich betreffe, sei er noch mit den Bereinigungen der Vorgänge, die 1990 begonnen hätten, beschäftigt.

Auf spätere Rückfrage von Rechtsanwalt Lampen, ob er noch weitere Personen, aus deren Gesprächen in seiner Zeit in der Partei nach 1990 oder auch in seiner späteren Funktion als Minister er seinen Eindruck zur Arbeit des Verbindungsbüros gewonnen habe, der Kommission benennen könne, erklärte Herr Wolf, er habe keine Unterlagen, da er seit den Ereignissen zweimal umgezogen sei und irgendwann aufgehört habe, den Inhalt eines Schrankes mitzuschleppen, von dem er geglaubt habe, dass er niemanden mehr interessieren werde.

Auf Hinweis von Dr. Potthoff, er sei als Regierungsbevollmächtigter in die Vorbereitung der Länderneubildung eingebunden gewesen aber auch als SPD-Politiker und auch

bis zum Landesparteitag Favorit für den Landesvorsitz, und die daran anschließende Frage, ob Hilfen für den Aufbau von Verwaltungsstrukturen erfolgt seien oder ihm diese Hilfe von Nordrhein-Westfalen als Parteipolitiker gewährt worden sei, erklärte Herr Wolf, das könne er ganz klar getrennt beantworten. "Erst einmal muss die Antwort heißen sowohl als auch. Parteipolitisch gab es mir gegenüber niemals eine Hilfe. Das bezieht sich jetzt auf meine Person - um das ganz unmissverständlich zu machen". Dann wies er darauf hin, dass es in allen Ressorts Beamte gegeben habe, die geholfen hätten, die Verwaltungen umzustrukturieren und Entscheidungen vorzubereiten, die insbesondere in den Rechtsraum des künftigen vereinten Deutschlands passen würden. Verwaltungshilfe habe es nicht nur von Nordrhein-Westfalen gegeben, sondern auch aus anderen Bundesländern und auch vom Bund.

Von dem Kommissions-Vorsitzenden Dr. Posser auf die Stasi-Unterlagen angesprochen, die nach Darstellung des Staatssekretärs Riotte nach Nordrhein-Westfalen gebracht worden seien, um bestimmte Daten lesbar zu machen, erklärte Herr Wolf, in diesem Punkt sei seine Informations-Situation eine andere und er sei nicht sicher, ob die Auskunft von Herrn Riotte vollständig und/oder richtig sei.

12. Anhörung des Herrn Dr. Manfred Degen, 1990 Leiter des Referats "Deutschlandpolitik" innerhalb der Landesregierung, in der 13. Sitzung am 1.12.2000

Zu Beginn seiner Anhörung erläuterte Dr. Degen, dass er ab Februar 1990 Referatsleiter im Referat II B 5 gewesen ist, das als Referat Deutschlandpolitik auf Wunsch des Ministerpräsidenten kurzfristig zusammen mit dem Verbindungsbüro Berlin-Ost eingerichtet worden ist. Davor sei er Referatsleiter im Ministerium für Bundesangelegenheiten gewesen, in dem zur gleichen Zeit Herr Hofmann für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des damaligen Ministers Günther Einert zuständig gewesen sei.

In seiner weiteren ausführlichen Darstellung der damaligen Gegebenheiten betonte Dr. Degen, es sei im Frühjahr 1990 ein besonderes Anliegen des damaligen Ministerpräsidenten Rau gewesen, die Interessen der Bundesländer gegenüber dem Bund beim Annäherungsprozess zwischen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik bzw. in dem späteren Einigungsprozess zu wahren.

In diesem Zusammenhang habe das Verbindungsbüro zunächst vor allem dazu gedient, die Präsenz des Landes in dem Einigungsprozess sichtbar zu machen. Am Anfang sei weder speziell von Brandenburg noch von Herrn Stolpe als SPD-Politiker die Rede gewesen.

Brandenburg als Partnerland habe sich erst herauskristallisiert, nachdem der seinerzeitige Innenminister Schnoor mit den Kommunen in Brandenburg eine flächendeckende Verwaltungshilfe vereinbart habe.

Zum Verbindungsbüro selbst in dieser Anfangsphase stellte Dr. Degen fest, dass es ein nützliches Instrument für die Fühlungnahme in Berlin gewesen sei. Nach seiner Erinnerung sei diese Fühlungnahme sehr breit gestreut gewesen. Sie habe vor allem auf den Runden Tisch und die Regierung de Maizière in Berlin abgezielt. Parteipolitisch habe es keine Rolle gespielt. Es sei kein Instrument der Parteipolitik, sondern ein politisches Instrument der Landesregierung gewesen, um im gesamtstaatlichen Prozess der Annäherung präsent zu sein.

In Bezug auf die Person des Leiters des Büros, Herrn Hoffmann, stellte Dr. Degen fest, dass Herr Hoffmann selbst seine Rolle von Anfang an sehr politisch angelegt habe. Er habe stets den direkten Kontakt zur Staatskanzlei gesucht, an ihm als sogenannte Kopfstelle vorbei. Herr Hoffmann habe sich wie ein politischer Botschafter gesehen, weniger als Beamter oder Angestellter der Staatskanzlei. In diesem Zusammenhang habe es mit ihm einen heftigen Konflikt gegeben, als er (Herr Dr. Degen) versucht habe, über eine Art Geschäftsordnung oder über ein paar Leitlinien für die Zusammenarbeit genauere Regeln einzuführen.

Im Weiteren stellte Dr. Degen das Verbindungsbüro dar als Kopfstelle, in der sein Referat für Deutschlandpolitik die Verbindung zu den Beratern gehalten habe, die zu den Regierungsbevollmächtigten entsandt worden seien. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass es natürlich Beziehungen zu politischen Parteien gegeben habe. Er selbst habe Kontakte zur brandenburgischen SPD, aber auch zu anderen SPD-Abgeordneten und auch zu Leuten vom Bündnis 90 oder zur CDU, zu Herrn Kretschmer, gehabt. Dabei wies er auch darauf hin, dass Herr Kretschmer ihm deutlich gesagt habe, dass die Ost-CDU so stark ausgestattet sei, dass sie die angebotene Hilfe im Grunde nicht brauche. Hinsichtlich des Bündnis 90 und insbesondere Herrn Platzek erläuterte Dr. Degen, dass diese ihre Unabhängigkeit nicht hätten preisgeben wollen. Hier hätte man eine Gefahr gesehen, wenn man sich zu sehr auf Nordrhein-Westfalen mit all seiner administrativen Macht einlassen würde. Er betonte, dass eine einseitige politische Ausrichtung in der Zeit, in der er in Brandenburg gewesen sei, nicht von ihm festgestellt worden sei. Das Verbindungsbüro sei kein Instrument für die SPD in der damaligen DDR oder für Herrn Stolpe gewesen, der ja erst etwa Mitte Juli/August 1990 ins Gespräch gekommen sei.

Zu den Mitarbeitern des Verbindungsbüros stellte Dr. Degen fest, dass die Crew keine parteipolitische gewesen sei, sondern es sich um Leute gehandelt habe, die Druck, Dynamik und Motivation gehabt hätten und für die Aufgabe fähig gewesen seien, mit Ausnahme von Herrn Hofmann. Sie seien durch Know-How und Erfahrung in der

Verwaltung ausgewiesen gewesen, während Herr Hofmann der Politikaster gewesen sei, der die Öffentlichkeitsarbeit beherrscht habe und die Leute in der DDR aufgrund seiner vielen Kontakte zu Künstlern gekannt habe.

Auf Rückfrage zur Rolle von Frau Tenkhof erklärte Dr. Degen, dass sie mehr die Funktion einer persönlichen Sekretärin von Manfred Stolpe wahrgenommen habe. Sie habe eine Art Koordinationsfunktion für Stolpe gehabt. An aktiven Wahlkampf durch Frau Tenkhof erinnere er sich nicht.

Zur Frage, wie und durch wen die Entscheidung gefallen sei, Frau Tenkhof zu Herrn Stolpe abzuordnen, erklärte Dr. Degen, dass er dies nicht wisse.

Im weiteren Verlauf der Anhörung betonte Dr. Degen noch einmal, dass man seitens der Landesregierung Berater bzw. Ansprechpartner für alle anderen Parteien, ebenso wie für die SPD, zur Verfügung gestellt hätte, wenn sie es denn nur gewollt hätten, mit Ausnahme der PDS bzw. der SED. Dies sei aber keine politische, taktische Wahlkampfberatung gewesen, die seinerzeit stattgefunden habe, sondern die Leute aus den Ministerien hätten dort lediglich gestellte Fachfragen gerne beantwortet.

2 Ergebnisse der schriftlichen Anfragen

1. *Anfrage an Herrn Hans-Christian Hoffmann, Leiter des Verbindungsbüros*

Mit Schreiben vom 10.4.2000 wurde Herr Hans-Christian Hoffmann als ehemaliger Leiter des Verbindungsbüros gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Welche Aufgaben hatte das Verbindungsbüro zu erfüllen?
2. Gab es eine Weisung, dass Sie bei Ihrer Tätigkeit die brandenburgische SPD bevorzugen sollten?
3. Gab es eine Anordnung oder entsprach es der Praxis des Verbindungsbüros, Anfragen anderer politischer Parteien an das Verbindungsbüro nicht oder nur zögerlich zu beantworten?
4. Gab es Kontakte zu Vertretern der Bürgerbewegung zwischen Mai und Oktober 1990?

In seiner Antwort (ohne Datum) verweist Herr Hoffmann zur ersten Frage zunächst auf die im Februar 2000 vom Chef der Staatskanzlei in Düsseldorf erläuterte schriftliche Aufgabenzuweisung. Anschließend weist er darauf hin, dass diese Aufgabenbeschreibung tatsächlich nur in Teilbereichen den Realitäten und den vor der Aufnahme seiner Tätigkeit am 26.1.1990 verabredeten Zielvorstellungen entspricht. Wären nicht die informellen Zielvorstellungen beabsichtigt gewesen, hätte nach Darstellung von Herrn Hoffmann auf das Büro verzichtet werden können, da sämtliche Einzelbereiche der offiziellen Aufgabenliste inhaltlich und personell bereits für die ständige Vertretung der Bundesrepublik abgedeckt gewesen seien. Alle wissenswerten Sachverhalte hätten problemfrei von den Landesregierungen abgefragt werden können. Er stellt dar, dass die Konstruktion des Büros und die Anbindung an die WestLB folgerichtig den tatsächlichen Aufgaben entsprochen habe. Die offizielle Begründung für die Anbindung des Büros, der Bund habe das Außenvertretungsmonopol, hält er für wenig überzeugend. Das Verbindungsbüro machte nach seiner Auffassung - ebenso wie später andere Landesbüros - nur Sinn, wenn damit spezifische politische Interessen abgedeckt und dadurch auch geholfen werden konnte, entsprechende politische Einflusszonen in territorialem und inhaltlich thematischem Umfang zu etablieren. Diese Auffassung begründet er dann näher.

Weiterhin antwortet er: "Die eigentlichen politischen Intentionen, die sich mit der Tätigkeit des Verbindungsbüros verbanden, korrespondierten mit der in der DDR vorhandenen Parteienstruktur und dem Wunsch der politischen Kräfte in der Bundesrepublik, diese Strukturen in eigenem Interesse zu verfestigen oder neu zu strukturieren. Die CDU konnte dabei über einen intakten und leistungsfähigen Apparat in der DDR verfügen, die FDP ebenso. Selbst die Bürgerbewegungen waren durch den großen Zuspruch aus der Bevölkerung und die faktischen Macht der Runden Tische politisch wesentlich handlungsfähiger als die SPD, die wie die CSU nicht präsent war. Die Tätigkeit des Büros beschränkte sich deshalb bis April/Mai 1990 nahezu ausschließlich auf die Beobachtung der politischen Landschaft, die Kontaktaufnahme und -vermittlung mit politischen und kirchlichen Entscheidungsträgern sowie organisatorischen Hilfestellungen und Beratungen von Entscheidungsträgern in der SPD".

Für diese Behauptung führt Herr Hoffmann als Beleg einen Vermerk der Staatskanzlei vom 17.8.1990, mehrere Schreiben von Manfred Stolpe und Ministerpräsident Johannes Rau sowie Aktenvermerke des Verbindungsbüros (diese Aktenvermerke fand die Kommission auch bei der Durchsicht der Akten. Im Einzelnen wird hierzu auf Kapitel III. verwiesen) an.

Zur zweiten Frage antwortet Herr Hoffmann, dass es einer solchen Weisung nicht bedurft hätte, weil CDU, FDP und Bürgerbewegungen ausreichend handlungsfähig gewesen seien und ihren Bedarf an inhaltlicher Hilfestellung bei der Formulierung

fachpolitischer Positionen naturgemäß nicht bei der Vertretung einer Landesregierung abgedeckt hätten, die allein von der SPD getragen gewesen sei. Im Weiteren antwortet er: "Nach der Vorentscheidung über die Spitzenkandidatur für die SPD bei der Landtagswahl in Brandenburg, die meiner Erinnerung nach Ende Juni 1990 fiel, wurde mir jedoch durch den Chef der Staatskanzlei und den Ministerpräsidenten bedeutet, die Arbeit des Büros auf die Unterstützung des Spitzenkandidaten der SPD in Brandenburg zu konzentrieren. Dies geschah z.B. bei einem Gespräch mit dem Chef der Staatskanzlei am 2.8.1990 im Palasthotel in Berlin (Ost) und bei dem Besuch von Herrn Manfred Stolpe am 21./22.8.1990 in Düsseldorf, bei dem ich ihn begleitet habe. Bei dieser Gelegenheit ist Herr Stolpe auch vor der SPD-Landtagsfraktion aufgetreten und hat sich für die Unterstützung bedankt".

Danach erläutert Herr Hoffmann, dass ab Mai 1990 das Verbindungsbüro durch drei Referenten und eine weitere Schreibkraft aufgestockt worden sei. Im Einzelnen stellt er dann fest: "Konkret hatten die Entscheidungen nach den Gesprächen vom 2.8. und 21./22.8.1990 zur Folge, dass zwei Referenten und eine Schreibkraft aus dem Verbindungsbüro für den Spitzenkandidaten der SPD in Brandenburg in der wichtigsten Phase des Wahlkampfes tätig sein sollten. Es ging dabei um die Bereiche Terminkoordinierung und inhaltliche Vorbereitung in Zusammenarbeit mit den Kontaktbeauftragten in den wichtigsten Ministerien des Landes NRW. (...) Um die für die Wahlkampftätigkeit vorgesehenen drei Mitarbeiter vor Konfliktsituationen zu bewahren, wurden verschiedene Überlegungen angestellt. Die Abordnungsvariante zum Regierungsbevollmächtigten in Potsdam wurde schließlich vom Chef der Staatskanzlei bestimmt und mir mitgeteilt. Eine Anregung, die Mitarbeiter formell aus ihrem Beschäftigungsverhältnis zu beurlauben und eine befristete Einstellung bei der NRW SPD anzustreben, wurde nicht aufgegriffen".

Zur Frage 3 verweist er auf seine Antwort zu Frage 2.

Zur Frage 4 erklärt er, dass Kontakte zu Vertretern der Bürgerbewegung in geringerem Maß als in der Anfangsphase des Büros gewesen seien. Für die Gründe verweist er auf seine Antwort zu Frage 2.

Auf Rückfrage durch die Kommission ergänzt Herr Hoffmann mit Schreiben vom 4.5.2000, dass er keineswegs behauptet habe, zwei Referenten und eine Sekretärin sollten vom Verbindungsbüro zu Herrn Stolpe abgeordnet werden. Er habe vielmehr nur erklärt, diese Mitarbeiter sollten für Herrn Stolpe im Wahlkampf tätig sein. Dieser Sachverhalt sei ihm am 2.8.1990 durch Herrn Dr. Hessing und den Chef der Staatskanzlei bei ihrem Aufenthalt im Verbindungsbüro mündlich mitgeteilt worden. Am 2.8.1990 habe er mit Herrn Dr. Hessing darüber gesprochen, welche arbeitsrechtlichen Regelungen für den Einsatz der beiden Referenten (Frau Tenkhof und Herrn Ringmann) und der Sekretärin (Frau Weigt) zu treffen seien.

2. *Anfrage an den Vorsitzenden des Vorstandes der WestLB, Herrn Dr. Friedel Neuber*

Unter Hinweis auf das von dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in der Sitzung des Hauptausschusses am 18.2.2000 vorgetragene Zitat aus einem Leserbrief des Herrn Manfred Kluger

"Zur Wahlkampfzeit 1990 standen vor dem Potsdamer SPD-Büro in der Lindenstraße auffällig oft Fahrzeuge mit dem Logo WestLB, Lieferwagen und PKW, die der SPD in Massen Technik und Material brachten sowie das Wahlkampfmaterial ausführen"

wurde der Vorsitzende des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank, Herr Dr. Friedel Neuber, mit Schreiben vom 10.4.2000 gebeten, die Frage zu beantworten, ob es Lieferwagen und PKWs mit dem Logo der WestLB in Ost-Berlin oder in Brandenburg gegeben habe.

In der Antwort des Vorstandes der WestLB vom 18.4.2000 wird zunächst erläutert, in welchem Umfeld die WestLB zur Jahreswende 1989/1990 in Ost-Berlin eine Repräsentanz eröffnet hat und stellt die Vereinbarung zwischen dem Land und der WestLB zur Einrichtung des Verbindungsbüros dar. Es sei ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen worden, weil die rechtlichen Rahmenbedingungen es einem Bundesland zum damaligen Zeitpunkt nicht gestattet hätten, in einem anderen Staat als Rechtsperson vertreten zu sein. Die Bank habe die hierfür angefallenen Sach- und Personalkosten in vollem Umfang erstattet bekommen.

Danach wird erklärt, dass für das Land oder gar den Wahlkampf der SPD Brandenburg über die genannten technischen Leistungen hinaus keine Leistungen erbracht oder Mitarbeiter der Bank tätig geworden seien. Recherchen bei den verschiedenen, zum damaligen Zeitpunkt in Ost-Deutschland tätigen Bereichen des Hauses bestätigten, dass seinerzeit - anders als in dem zitierten Leserbrief - keine Transporte von Material mit Fahrzeugen der WestLB zur SPD-Zentrale nach Brandenburg durchgeführt worden seien. Fahrzeuge mit "interner Kennzeichnung der WestLB" hätten ausschließlich Transporte zu diversen Stellen, von denen aus die Bank ihre eigenen bankgeschäftlichen Aktivitäten in Berlin ausgeübt habe, durchgeführt.

Anschließend wird um Verständnis gebeten, dass es nicht möglich ist, einen einzelnen Mitarbeiter als Ansprechpartner für die gesamten Fragestellungen zu benennen.

Auf weitere Rückfrage der Kommission vom 26.9.2000, in der darauf hingewiesen wurde, dass Herr Kluger seine Darstellung bestätigt habe, weist der Vorstand der WestLB mit Schreiben vom 17.10.2000 noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass erneute Recherchen die Angaben von Herrn Kluger nicht bestätigten. Die von Herrn Kluger gegebene Darstellung decke sich nicht mit den dem Vorstand vorliegenden Unterlagen bzw. den Auskünften der zum damaligen Zeitpunkt in den entsprechenden Bereichen tätigen Mitarbeiter des Hauses.

3. *Anfrage an Staatsminister Dr. Thomas de Maizière*

Mit Schreiben vom 11.4.2000 richtete die Kommission an Herrn Dr. Thomas de Maizière als Zeitzeugen der damaligen Entwicklung im Osten Deutschlands folgende Fragen:

1. Haben neben dem nordrhein-westfälischen Verbindungsbüro in Berlin (Ost) auch andere Bundesländer oder die Bundesregierung Verbindungsbüros im Osten Deutschlands unterhalten bzw. unterstützt?
2. Welche Aufgaben haben diese Büros wahrgenommen? Leisteten sie auch Wahlkampfhilfe für politische Parteien?
3. Wie wurde das Personal solcher Büros gewonnen?
4. Wie wurde das Personal für die entstehenden Länderverwaltungen gewonnen? Gibt es dazu Zahlenmaterial?

In seiner Antwort vom 14.4.2000 erläuterte Dr. de Maizière zunächst, dass die Jahre 1989 (ab November), 1990 und 1991 in Bezug auf die gestellten Fragen sehr unterschiedlich gewesen seien, da sich innerhalb von Tagen oder Wochen die Lage sehr geändert habe. Feste Strukturen habe es kaum gegeben. Gerade im Winter 1989/1990 hätten eher persönliche Bekanntschaften und das Vertrauen von Menschen zueinander über Verwaltungshilfe und Verwaltungspartnerschaften entschieden als strukturelle Zuordnungen. Eine systematische Übersicht habe niemand gehabt. Er selbst sei zu dieser Zeit Pressesprecher der Berliner CDU-Fraktion und der Berliner Landespartei der CDU gewesen und sei vom Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden Eberhard Diepgen für die Zusammenarbeit mit Partnern in Ost-Berlin und in der DDR "freigestellt" gewesen. Im Zusammenhang mit der Bildung der demokratisch gewählten Regierung der DDR habe er einen Beratervertrag mit dem Bundes-

kanzleramt bis zur staatlichen Vereinigung am 3.10.1990 bekommen.

Zur 1. Frage erklärt er, dass er sie nicht systematisch beantworten könne. Er wisse, dass einige Länder - so z.B. Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg - frühzeitig mit Bezirken in der DDR und nach der Regierungsbildung mit den Regionalverwaltungen, später den sogenannten Landessprechern, Kontakte aufnahmen und Verbindungsbüros unterhielten. Offizielle Verbindungsbüros von Bundesländern zu Parteien in der DDR seien ihm nicht bekannt.

Zur 2. Frage antwortet er, dass die von ihm genannten Büros oder Verbindungspersonen alle anfallenden Aufgaben in dieser Zeit wahrgenommen hätten. Dabei sei es um die Beschaffung von Papier, Druckmaschinen, Beratungsleistungen aller Art, Entwürfe für politische Reden, Aufbau von Verwaltungsstrukturen und vieles Ähnliches mehr gegangen. Eine Wahlkampfhilfe von Bundesländern oder der Bundesregierung für politische Parteien sei bei ihm nicht bekannt.

Zu Frage 3 schreibt er, die genannten Büros hätten über die jeweiligen Ressorts in den Heimatbundesländern Personal angeworben. Dies sei entweder durch persönliche Ansprache, gezielte Ausschreibungen oder allgemeine Aufrufe zur freiwilligen Bewerbung geschehen. Es habe allseits eine übergroße Hilfsbereitschaft gegeben.

Zu Frage 4 erläutert er, dass in den ersten Monaten des Jahres 1990 von den westlichen Ländern östliche Länder als "Partner" zugeteilt und ausgewählt worden seien. In den Bezirksverwaltungen, später unter Leitung der Landessprecher, seien Aufbaustäbe gebildet worden, die gemischt zusammengesetzt gewesen seien zwischen Fachleuten aus dem Westen und Vertretern der neuen Administrationen. Nach der Erläuterung näherer Einzelheiten weist er darauf hin, dass bis in den Spätsommer 1990 die Arbeit durch eine Stelle beim Bundesminister des Innern koordiniert worden sei. In den ersten Monaten der Vorbereitung der Länderbildung und nach der Länderbildung seien die meisten Experten im Wege der Abordnung in die ostdeutschen Länder gekommen. Entsprechendes Zahlenmaterial müsse über die einzelnen Länder erfragt werden.

4. Anfrage an Herrn Gerhard Ringmann

Mit Schreiben vom 11.4.2000 wurde Herr Ringmann als ehemaliger Mitarbeiter des Verbindungsbüros zu einer Anhörung von der Kommission eingeladen und für den Fall, dass er nicht kommen könne, um die Beantwortung derselben Fragen gebeten, wie bei Herrn Hoffmann.

Mit Schreiben vom 25.4.2000 erklärt Herr Ringmann zunächst, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sei, der Einladung zu den vorgeschlagenen Terminen zu folgen.

Zur 1. Frage erläutert Herr Ringmann zunächst das politische Umfeld eines vielschichtigen politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in der Endphase der zerfallenen DDR. Sodann weist er darauf hin, dass sein Arbeitsvertrag als Referent im Verbindungsbüro zunächst von einer Tätigkeit von drei Jahren in Ost-Berlin ausgegangen sei.

Danach fasst er die Aufgaben des Verbindungsbüros im Wesentlichen in drei Teilaspekten zusammen:

- a) das Verbindungsbüro habe vor Ort Informationen über politische Entwicklungen und Stimmungslagen in der DDR gesammelt. Insbesondere der Leiter des Verbindungsbüros habe vielfältige politische Kontakte gepflegt und Gespräche mit DDR-Politikern unterschiedlichster politischer Strömung geführt. Die Gesetzgebungstätigkeit der Volkskammer sei beobachtet und analysiert und der Landesregierung NW seien gezielt Hinweise auf relevante Gesetzgebungsvorhaben gegeben worden. Es sei darum gegangen, möglichst umfassend und zeitnah den Diskussionsstand und die Planungen für ein Ländereinführungsgesetz zu erfassen.
- b) Mit der Einsetzung von Regierungsbevollmächtigten in den fünfzehn Bezirksverwaltungsbehörden seien ab Mitte Juni 1990 erstmals politisch legitimierte Ansprechpartner auf Bezirksebene vorhanden gewesen, mit denen Fragen der Verwaltungszusammenarbeit mit NW hätten erörtert und abgestimmt werden können. Insbesondere sei es um die Zusammenarbeit mit den Regierungsbevollmächtigten von Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. gegangen. Daneben habe sich das Land NRW auch in den Bezirken Leipzig, Neubrandenburg und Schwerin engagiert. Die Vor-Ort-Koordinierung sei über das Verbindungsbüro erfolgt. Als Vertreter des Verbindungsbüros habe er deshalb engen Kontakt zu den Regierungsbevollmächtigten gehalten und an deren gemeinsamen Beratungen mit nordrhein-westfälischen Spitzenbeamten teilgenommen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse über Notwendigkeiten und Form der Verwaltungshilfe durch NW habe er mit der Staatskanzlei NW zurückgekoppelt.
- c) Das Verbindungsbüro sei in einer Vielzahl von Einzelfällen beratend und vermittelnd tätig gewesen. Dabei hätten Wirtschaftskontakte im Vordergrund gestanden. Eine Reihe von Unternehmen aus der Bundesrepublik und der DDR hätten sich an das Verbindungsbüro gewandt, um Ansiedlungs- und Kooperationsmöglichkeiten in Ostdeutschland zu erkunden.

Die Frage 2 beantwortet er mit Nein.

Auch die Frage 3 beantwortet er mit Nein und weist darauf hin, dass im Gegenteil das Verbindungsbüro auch der brandenburgischen CDU ausdrücklich seine Unterstützung und Hilfe angeboten habe. Die CDU habe von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht.

Zur 4. Frage schreibt er, dass ihm Kontakte des Büros zu Vertretern der Bürgerbewegung nicht bekannt seien. Er wies allerdings darauf hin, dass er es für möglich halte, dass der Leiter des Verbindungsbüros entsprechende Kontakte gepflegt habe, ohne die Mitarbeiter des Büros im Einzelnen zu unterrichten.

5. *Anfrage an Herrn Ulrich Behrens*

Mit Schreiben vom 11.4.2000 wurden Herrn Behrens als Mitarbeiter des Verbindungsbüros dieselben Fragen wie Herrn Hoffmann gestellt. Mit Schreiben vom 26.4.2000 erklärt er zunächst, dass er im Verbindungsbüro als Wirtschaftsreferent vom 15.5. bis 30.11.1990 eingesetzt gewesen sei.

Zur Frage 1 nennt er

- Beratung von Organisationen, Institutionen, Firmen zum Aufbau einer Wirtschaftsinfrastruktur in Ostdeutschland (Kammern, Verbände, Behörden usw.),
- Beratung und Information über wirtschaftliche Förderprogramme (Antragstellung, Bewilligungs- und Prüfverfahren),
- Herstellung von Kontakten zwischen Firmen in NRW und Ostdeutschland.

Die übrigen 3 Fragen beantwortet er jeweils mit einem klaren Nein.

6. *Anfrage an Frau Ute Tenkhof*

Auf die Anfrage vom 11.4.2000 an Frau Tenkhof als Mitarbeiterin des Verbindungsbüros mit den gleichen Fragen wie bei Herrn Hoffmann erklärt Frau Tenk-

hof in einem Telefonat vom 3.5.2000 mit Herrn Dr. Posser, dass ihre Arbeit inhaltlich reine Verwaltungshilfe und nie parteipolitisch gewesen sei. Sie habe weder Wahlkampf gemacht noch mit Dr. Stolpe Parteiveranstaltungen besucht. In diesem Zusammenhang verwies sie auf das Wahlkampfteam und Hanno de Vries. Sie erklärte auch, sie habe keine Termine für Wahlveranstaltungen Dr. Stolpes vereinbart. Für Parteitermine und die Vorlage von politischen Redeentwürfen sei Jens Fischer zuständig gewesen.

7. Anfrage an Herrn Manfred Kluger

Mit Schreiben vom 20.7.2000 wurde Herr Kluger wegen seines Zitats zu den Fahrzeugen der WestLB um Stellungnahme gebeten, da die WestLB erklärt habe, zu dieser Zeit hätten ihre Fahrzeuge nur zu bankeigenen Aktivitäten zur Verfügung gestanden.

Mit Schreiben vom 14.9.2000 bestätigt Herr Kluger das Zitat aus seinem Leserbrief und zitiert seinen gesamten Leserbrief. Im Folgenden weist er darauf hin, dass ihm als zu derzeit Mitglied der Bürgerbewegung "Demokratischer Aufbruch" wegen der für sie sagenhaften Technik, und weil die Fahrzeuge laufend seine Parkmöglichkeiten blockiert hätten, er sich besonders gut an das Logo der WestLB hätte erinnern können, weil es ihn auch an das Logo der Zigarettenmarke "West" erinnert hätte.

3. Zusammenfassende Bewertung der Zeugenaussagen

1. Einsatz von Frau Ute Tenkhof als persönliche Referentin bei Manfred Stolpe

Es ist unstrittig, dass Frau Tenkhof in der Zeit vom 1.9. bis 15.10.1990 noch vom Verbindungsbüro bzw. der WestLB bezahlt als persönliche Referentin bei Manfred Stolpe tätig war. Da diese Kosten von der WestLB vom Land NRW erstattet wurden, war Frau Tenkhof somit aus Steuermitteln finanziert für Manfred Stolpe tätig.

Da Manfred Stolpe zu der Zeit Spitzenkandidat der SPD Brandenburg, nicht aber

bereits Ministerpräsident war, ist schon dies kritisch zu bewerten. Dennoch war darüber hinaus für die Kommission von Interesse, ob Frau Tenkhof in dieser Funktion aktiv am Wahlkampf für die SPD und Manfred Stolpe beteiligt war.

Wenn Frau Tenkhof persönlich nach ihrer Darstellung dies als ehrenvolle Aufgabe für Manfred Stolpe selbst ansieht und diese Tätigkeit im Rahmen der Aufgabe, Verwaltungsstrukturen in Brandenburg mitaufbauen zu wollen, ist ihr dies wohl abzunehmen. Somit sieht sie ihre Tätigkeit auch nicht als aktive Beteiligung am Wahlkampf von Manfred Stolpe.

Sie hat Manfred Stolpe wohl auf Wahlkampfterminen begleitet, wie beispielsweise ein Beitrag des ORB zeigt. Dennoch ist davon auszugehen, dass sie im aktiven und operativen Wahlkampf wohl keine besondere Rolle gespielt hat. Dies bestätigen auch die Aussagen der Mitarbeiter des eigentlichen Wahlkampfteams von Manfred Stolpe, der Herren Fischer und de Vries, die mehrfach betonen, dass Frau Tenkhof keine Funktion im operativen Wahlkampf gehabt habe. Sie legen Wert auf die Feststellung, dass die Wahlkampftermine für Manfred Stolpe von dem eigentlichen Wahlkampfteam, Jens Fischer, Hanno de Vries, Hans-Henner Becker, Frauke Flenker bestimmt worden seien. Danach hat Frau Tenkhof an solchen Treffen des Wahlkampfteams teilgenommen, um die von ihr für Manfred Stolpe zu führenden Termine für offizielle Gespräche außerhalb des Wahlkampfs daran zu orientieren.

Wenn Herr Wolf davon ausgeht, dass Frau Tenkhof aktiv zum Wahlkampfteam gehört habe, weil er sie dort häufiger gesehen habe, widerspricht das den Aussagen von Frau Tenkhoff, Herrn Fischer und Herrn de Vries nicht. Auch Staatssekretär Adamowitsch bezeichnet die Aufgaben von Frau Tenkhof bei Herrn Stolpe mit den Aufgaben einer persönlichen Referentin, wie Terminkoordinierung, Terminkalenderführung und ähnlichem.

2. Offizielle und tatsächliche Aufgaben des Verbindungsbüros

Die offiziellen schriftlichen und mündlichen Erklärungen im Umfeld der Einrichtung des Verbindungsbüros sehen Beratung von Organisationen, Institutionen, Firmen zum Aufbau einer Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland, von Kammern, Verbänden, Behörden, Beratung und Information über wirtschaftliche Förderprogramme zur Antragstellung und insbesondere die Herstellung von Kontakten zwischen Firmen in Nordrhein-Westfalen und Ostdeutschland als eigentliche Aufgabe an. Dies sagt eindeutig in seiner mündlichen und schriftlichen Stellungnahme der ehemalige Mitarbeiter, Herr Behrens, und die Aussage von Frau Tenkhof. Auch der ehemalige

Mitarbeiter, Herr Ringmann, sieht in seiner schriftlichen Stellungnahme diese Aufgaben so. Nach seiner Aussage gehört aber auch zu den Aufgaben, vor Ort Informationen über politische Entwicklungen und Stimmungslagen in der DDR zu sammeln. So habe insbesondere der Leiter des Verbindungsbüros vielfältige politische Kontakte gepflegt und Gespräche mit DDR-Politikern unterschiedlichster politischer Strömung geführt.

Wenn Herr Wolf in seiner mündlichen Aussage und der ehemalige Leiter des Verbindungsbüros, Herr Hoffmann, in seiner schriftlichen Stellungnahme ausdrücklich betonen, dass von Anfang an schon bei Gründung des Verbindungsbüros die eigentliche Aufgabe gewesen sei, die SPD und insbesondere Manfred Stolpe im Wahlkampf zu unterstützen, so spricht aus Sicht der Kommission schon dagegen, dass zum Zeitpunkt der Gründung des Verbindungsbüros eine Länderneubildung in dieser Form und in so kurzer Zeit noch gar nicht abzusehen war.

Die Frage, ob in der tatsächlichen Arbeit das Verbindungsbüro auch andere Aufgaben als Kontaktherstellung wahrgenommen hat, hier insbesondere Wahlkampfhilfe und Hilfe beim Aufbau von politischen Parteien, ist etwas differenzierter zu beurteilen. Das gilt ebenfalls für die Frage, ob einzelne Mitarbeiter persönlich ihre Aufgabe auch darin gesehen haben, beim Aufbau von Parteien zu helfen oder sogar Wahlkampfhilfe für bestimmte Parteien zu leisten.

Frau Tenkhof, Herr Behrens und Herr Ringmann erklären mehrfach eindeutig, dass es weder eine Anweisung gegeben habe, bei ihrer Tätigkeit die brandenburgische SPD zu bevorzugen noch es eine Anordnung gegeben habe oder es der Praxis des Verbindungsbüros entsprochen habe, Anfragen anderer politischer Parteien an das Verbindungsbüro nicht oder nur zögerlich zu beantworten. Auch Staatssekretär Riotte und LMR a.D. Höffken erklären, nichts von einseitiger politischer Tätigkeit des Verbindungsbüros zu wissen. Herr Fischer erklärt ebenfalls eindeutig, dass das Verbindungsbüro ihm und seinem Wahlkampfteam keine konkrete Hilfe im Wahlkampf geleistet habe.

In seiner schriftlichen Antwort sagt Staatsminister Dr. de Maizière, dass ihm insgesamt von einer Unterstützung von Verbindungsbüros im Wahlkampf nichts bekannt sei.

Dagegen behaupten Herr Hoffmann und Herr Wolf, dass die eigentliche Tätigkeit mehr oder weniger allein darin bestanden habe, Manfred Stolpe und die SPD im Wahlkampf zu unterstützen. Herr Wolf erklärt dazu zunächst, dass es von Anfang an Aufgabe des Verbindungsbüros gewesen sei, den Wahlkampf zu unterstützen, auch auf ausdrückliche Rückfrage, ob dies nicht erst für später gelte. Allerdings schränkt er dann später diese Aussage doch dahingehend ein, dass die Wahlkampfhilfe doch erst später gewesen sei. Dass das zahlenmäßige Verhältnis der Aktenvermerke über reine

Kontaktvermittlungen gegenüber denen über Parteidinge gegen Wahlhilfe spricht, hält Herr Wolf nicht für ausschlaggebend, weil nach seiner Meinung Aktenvermerke nicht über alles angefertigt sein müssten.

Den zuvor erhobenen Vorwurf der Aktenmanipulation durch Mitarbeiter des Verbindungsbüros hält Herr Wolf allerdings nicht aufrecht. Herr Hoffmann begründet seinerseits die Behauptung, das Verbindungsbüro habe einseitig Wahlkampfhilfe gemacht u.a. mit einem beigefügten Vermerk der Staatskanzlei vom 17.8.1990. Dort geht es jedoch nach Auffassung der Kommission nicht um die Verstärkung des Verbindungsbüros zur Wahlkampfhilfe, sondern um verstärkte Beratung der Regierungsbevollmächtigten, die nach Auffassung der Kommission tatsächlich die Aufgabe hatten, Verwaltungsstrukturen mitaufzubauen und nicht in Wahlkämpfe eingebunden waren. Dafür sprechen die Aussagen von Herrn Wolf, der als ehemaliger Regierungsbevollmächtigter mehrfach betont, dass der Aufbau der Verwaltungsstrukturen seine Aufgabe gewesen sei und nicht die des Verbindungsbüros und dass er zwar Kontakte zu Mitarbeitern des Verbindungsbüros und insbesondere Herrn Hoffmann gehabt habe, das Verbindungsbüro aber keinerlei Unterstützung beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen geleistet habe.

Auch die übrigen von Herrn Hoffmann vorgelegten Schreiben und Aktenvermerke belegen die Behauptung, das Büro sei in erster Linie für Wahlkampf eingerichtet worden, nicht. Zwar ist unstreitig, dass Mitarbeiter des Verbindungsbüros auch bei Gesprächen anwesend waren, in denen es um die Lage der Parteien, auch insbesondere der SPD, und den Aufbau von Parteistrukturen ging. Doch kann dies, insbesondere wegen des geringen Umfangs, noch gesehen werden als Bestandteil der allgemeinen Aufgabe, neue politische und demokratische Strukturen nach westdeutschem Vorbild in der damals noch existierenden DDR aufzubauen (*näheres zu dieser Bewertung s. Kapitel III.*).

Wenn das Verbindungsbüro auch seine Aufgabe darin gesehen hat, beim Aufbau von demokratischen Parteien Hilfe zu leisten und sie zu beobachten, ist dies wohl nicht einseitig und ausdrücklich gegen die CDU gerichtet gewesen. So bestätigen sowohl Staatssekretär Adamowitsch als auch Frau Tenkhof und Herr Ringmann, dass das Verbindungsbüro ausdrücklich auch der CDU Hilfe angeboten hat. Man sei sogar erstaunt gewesen, dass dies abgelehnt worden sei.

Kontakte des Verbindungsbüros zu Bürgerbewegungen hat keiner der Befragten bestätigt.

Es spricht allerdings einiges dafür, dass sowohl die Mitarbeiter des Verbindungsbüros als auch zuständige Personen im Umfeld es als eine Teilaufgabe des Verbindungsbüros angesehen haben, beim Aufbau von demokratischen Parteien Hilfe zu

leisten. Dabei scheinen die Beteiligten darunter verstanden zu haben, gleiche Chancen für alle Parteien zu schaffen. Dafür spricht die Tatsache, dass sowohl Staatssekretär Adamowitsch als auch LMR a.D. Hessing und auch Frau Tenkhof betonen, beim Aufbau von demokratischen Parteistrukturen hätte man auch die mangelnde Chancengleichheit beachten müssen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass die CDU aufgrund ihrer vorhandenen Parteiorganisation im Vorteil gegenüber der SPD gewesen sei. Herr Hoffmann sieht auch die FDP und die Bürgerbewegungen im Vorteil gegenüber der SPD, weil auch die FDP auf eine vorhandene Parteistruktur hätte zurückgreifen können und die Bürgerbewegungen einen großen Zuspruch aus der Bevölkerung und erheblichen Einfluss an den Runden Tischen gehabt hätten. Nach Aussage von Frau Tenkhof hat sie das Problem der Chancengleichheit mehr im Verhältnis der demokratischen Parteien gegenüber der PDS gesehen.

Ein persönliches parteipolitisches Engagement der Mitarbeiter des Verbindungsbüros außerhalb der Tätigkeit für das Büro hat Herr Behrens nicht beobachten können, LMR a.D. Hessing hält dies für möglich.

Gegen eine ursprüngliche Aufgabe des Verbindungsbüros, für einen Wahlkampf zu Gunsten der SPD zu arbeiten, spricht die Tatsache, dass die Mitarbeiter des Verbindungsbüros, außer des Leiters Herrn Hoffmann, in üblichen Ausschreibungsverfahren gewonnen worden sind. Nach Auskunft von LMR Höffken erfolgte dies nach schon lange bestehenden Richtlinien ohne politische Vorgaben. Im übrigen war beispielsweise Herr Behrens zu dieser Zeit Mitglied der FDP.

Lediglich Herr Hoffmann wurde wohl ausgewählt, weil er Herrn Ministerpräsidenten Rau und Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski bekannt gewesen sei.

Bezüglich Herrn Hoffmann ist nicht auszuschließen, dass er persönlich ein gewisses Engagement im Wahlkampf empfunden und vielleicht auch gezeigt hat. Dafür spricht, dass er nach mehreren Aussagen häufiger auch bei Besprechungen mit Manfred Stolpe und dem Wahlkampfteam anwesend war. Dafür spricht auch die Tatsache, dass er sich Aussichten auf einen Staatssekretärsposten in einer späteren Regierung bei Manfred Stolpe versprochen hat.

Insgesamt ist nach den Zeugenaussagen davon auszugehen, dass das Verbindungsbüro und auch die Mitarbeiter tatsächlich weit überwiegend ihre Aufgabe darin gesehen haben, als Kontaktstelle zu dienen und auch beim Aufbau demokratischer Strukturen zu helfen. Eine untergeordnete Beteiligung an Veranstaltungen, die auch im Zusammenhang mit dem Wahlkampf standen, ist anzunehmen.

Die Behauptungen von Herrn Wolf, dass überwiegend Wahlkampf gemacht worden

sei, sprechen nicht dagegen, da seine Behauptungen nach eigener Aussage weniger auf belegbaren Fakten beruhen, als auf persönlichen Wertungen seinerseits im Nachhinein.

Auch die schriftlichen Aussagen von Herrn Hoffmann sprechen nicht gegen diese Bewertung der Kommission, denn zum einen bestätigt die Aktenlage und zum anderen bestätigen auch alle anderen Aussagen, bis auf die von Herrn Wolf, die Behauptung von Herrn Hoffmann nicht. Aufgrund des persönlichen Engagements ist nicht auszuschließen, dass Herr Hoffmann selbst die Aufgabe anders empfunden hat. Bei der Bewertung seiner Behauptungen ist auch zu berücksichtigen, dass sich gewisse Hoffnungen auf eine politische Karriere nicht erfüllt haben und Herr Hoffmann mit Rechtsstreitigkeiten gegenüber dem Land unterlegen ist.

3. Unterstützung des Wahlkampfs durch die WestLB

Die Aussage in dem Leserbrief des Herrn Kluger, die WestLB habe mit PKWs, die mit ihrem Logo versehen gewesen seien, Wahlkampfmateriel geliefert, lässt sich nicht bestätigen. Sowohl der Vorstand der WestLB erklärt, dass es nach Befragung der seinerzeitigen Mitarbeiter solches nicht gegeben habe, als auch Herr Fischer und Herr de Vries geben an, dass sie davon nichts wüssten und bemerkt hätten.

4. Transport von Akten des MfS nach NRW

Die Behauptungen, das Verbindungsbüro sei auch beteiligt gewesen bei dem Verschaffen von Stasi-Unterlagen nach NRW und der Unterdrückung von Akten wird durch die Zeugenaussagen nicht bestätigt.

Es wird wohl bestätigt, dass Magnetbänder mit Gehaltslisten der Mitarbeiter des MfS von Staatssekretär Kleiner und Herrn Harry Ewert nach Nordrhein-Westfalen gebracht worden sind, um sie beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik lesbar zu machen, weil dieses als einziges die entsprechenden EDV-Voraussetzungen gehabt habe. Sowohl Staatssekretär Riotte als auch LMR Düren erklären, von weiteren Akten oder gar der Unterdrückung solcher Akten nichts zu wissen. Bezüglich des Ministerpräsidenten Rau erklärt Staatssekretär Riotte, dass Ministerpräsident Rau erst später von dem ganzen Vorgang informiert worden sei. LMR Düren bestätigt zwar, im Zusammenhang mit den Magnetbändern mehrfach Kontakt mit Harry Ewert gehabt

und mit ihm gesprochen zu haben. Aber auch dieser habe ihm gegenüber nichts von solchen weiteren Akten erwähnt.

Wenn Herr Wolf davon ausgeht, dass Staatssekretär Riotte nicht alles über die Stasi-Akten gesagt habe, so erscheint diese Aussage wenig entscheidend, da Herr Wolf selbst sagt, dass er von diesen Vorgängen nur wisse, weil er von Journalisten gehört habe, die in dieser Angelegenheit recherchierten. Im Übrigen spricht für diese Vorwürfe auch nicht gerade die Tatsache, dass eine ZDF-Sendung hierüber, die für den 15.8.2000 geplant gewesen sein soll, bisher nicht gesendet worden ist.

V. Gesamtbewertung

Den Umfang der finanziellen und personellen Hilfen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Länder der ehemaligen DDR exakt zu beziffern, wäre ein mit den Mitteln der Kommission in dem knapp abgesteckten Zeitraum kaum leistbares Unterfangen.³⁰ Das Augenmerk der Kommission war auch, wie bereits dargelegt, auf andere Schwerpunkte gerichtet. Dennoch ist es an dieser Stelle interessant, auch nur einige der Eckdaten zu nennen:

Das Soforthilfeprogramm 1989/90 umfasste 20 Millionen DM. In den weiteren Jahren folgten zwar noch einige unmittelbare finanzielle Unterstützungen für Brandenburg, aber ein Großteil der Hilfe fand auf anderen Wegen statt. Weit mehr als 4.000 Bedienstete aus Nordrhein-Westfalen waren dort seit 1990 zeitlich befristet beim Aufbau von Verwaltungen und Gerichten tätig. Zeitweise waren mehr als 1000 Personen abgeordnet. Die Belastung des Landeshaushalts betrug dadurch allein in den Jahren 1991 und 1992 jeweils mehr als 160 Millionen DM. Durch Bearbeitung von brandenburgischen Verwaltungsvorgängen in Nordrhein-Westfalen im Rahmen von Amtshilfe (exemplarisch seien hier Vermessungsakten oder die EDV-mäßige Aufarbeitung von Haushaltsdaten genannt) wurden nach Schätzungen Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe beschleunigt. Die Beteiligung Nordrhein-Westfalens an dem Fonds "Deutsche Einheit" betrug jährlich mehrere Milliarden DM (im Jahre 1991 waren es 4,3 Mrd. DM; davon 44% von den nordrhein-westfälischen Gemeinden).

Zur Soforthilfe gehörten ebenfalls die vom Landtag NRW Anfang Dezember 1989 bereit gestellten Mittel, die über die im Landtag vertretenen Fraktionen in eigener Verantwortung zur Förderung befreundeter Gruppierungen in der DDR verausgabt wurden. Nach Auskunft der Landtagsverwaltung ist "im Einverständnis mit allen Fraktionen"³¹ damals toleriert worden, dass auch Parteigliederungen in den Genuss solcher Hilfen gekommen sind. Das entsprach so nicht den geltenden Bestimmungen des Parteiengesetzes und den Vorschriften der Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland und stellte insofern einen Verstoß dar. Dass dies einvernehmlich erfolgte,

³⁰ Zahlreiche Berichte der Landesregierung an den Landtag bzw. Hauptausschuss (u.a. Vorlagen 11/175, 11/328, 11/879, 11/2719, 11/3645, 12/627) und einige Literaturquellen (z.B. Grunow, Dieter, Verwaltungstransformation zwischen politischer Opportunität und administrativer Rationalität, Bielefeld 1996) geben darüber, wenn auch verstreut, Auskunft

³¹ Ausschussprotokoll 12/1548 (Hauptausschuss) vom 18.2.2000, S.57

ändert nichts an der rechtlichen Bewertung.

Bei der Bewertung der Unterstützung neu entstehender demokratischer politischer Organisationen ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich die geltenden bundesrechtlichen Regelungen auf eine rechtsstaatliche parlamentarische Ordnung im Sinne des Grundgesetzes und eine konkurrierende, freie Parteiendemokratie bezogen. Davon konnte in der damaligen DDR nicht die Rede sein, auch nachdem am 1. Dezember 1989 der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen worden war. Es existierten weder eigenständige unabhängige Parteien noch demokratisch durch freie Wahlen legitimierte Fraktionen. Die Zusammensetzung der Volkskammer basierte vielmehr auf dem Prinzip des sog. "demokratischen Zentralismus" und dem sog. "Block der nationalen Front".

Bei einer buchstabengetreuen Anwendung der einschlägigen Vorschriften hätten zwangsläufig nur die "Fraktionen" der SED/PDS und der Blockparteien, also die vormaligen Träger des SED-Systems, von der Unterstützung aus Steuermitteln profitiert. Im Sinne des Grundgesetzes, insbesondere seiner Präambel, und einer wertegebundenen freiheitlich-pluralistischen Demokratie musste das Gewicht der gewährten Hilfe, in welcher Form auch immer, stattdessen vorrangig den tragenden Kräften der friedlichen Revolution und den Vorkämpfern einer Demokratisierung zugute kommen.

Demgemäß galt es, Ansatzpunkte demokratischer Formierungen und Strukturen zu fördern, die sich in einem breiten Spektrum von Mitspracheformen (z.B. Runde Tische als Kontrolleure der alten Verwaltungen auf Zentralstaats-, Bezirks-, Kreis- und Kommunalebene) und politisch-gesellschaftlicher Selbstorganisation um eine Demokratisierung bemühten und eine Art basisdemokratischer Vertretungskörperschaften darstellten. Des weiteren ging es darum, unbelastete, unzweideutig demokratische Parteien und Gruppierungen zu unterstützen, so einen politisch-gesellschaftlichen Pluralismus zu fördern und zu helfen, bessere Startbedingungen für diese neuen politischen Kräfte bei in Aussicht stehenden freien Wahlen zu schaffen.

Erst durch die ersten demokratischen Wahlen zur Volkskammer (18. März 1990) und zu den Kommunen (5. Mai; Kommunalverfassung 17. Mai 1990) sowie die Wahlen in den Ländern am 14. Oktober 1990 entstanden wirkliche Fraktionen im Sinne der Parteiendemokratie, denen öffentliche Mittel unmittelbar zugewandt werden konnten. Eine Länderstruktur war in der Anfangsphase jedoch noch nicht vorhanden. Die Vorarbeiten kamen erst im Juni in Gang. Bis zu den Landtagswahlen am 14. Oktober existierten noch keine Landtagsfraktionen und Hilfen konnten auf der Landesebene entsprechend nur Parteigliederungen bzw. Vorformen von Parteigliederungen zugewandt werden.

Verglichen mit der zur PDS gewandelten früheren SED und den gewendeten früheren

Blockparteien mit ihren aufgeblähten Funktionsapparaten verfügten die neu entstandenen Parteigruppen praktisch kaum über einen tragfähigen Parteiunterbau und -apparat. Während die junge ostdeutsche SPD wenigstens Hilfe von ihrer westdeutschen Schwesterpartei erhielt, waren die verschiedenen Bürgerrechtsgruppen fast ganz auf sich allein gestellt. Das lag zwar vorrangig an ihnen selbst, da sie bei Wahlen jede Hilfe aus dem Westen rigoros für sich und andere ablehnten, aber auch daran, dass die GRÜNEN in der Bundesrepublik ihnen kaum unter die Arme griffen. Die mit Abstand stärkste Unterstützung erhielt die im Bonner Kanzleramt geschmiedete "Allianz für Deutschland", und zwar nicht nur durch die beiden Unionsparteien, sondern durch die Bundesregierung und vor allem den Bundeskanzler selbst. Auch nach den Volkskammer- und Kommunalwahlen bestand weiter ein starkes Ungleichgewicht. Eine wirkliche Chancengleichheit der aus der Dissidentenbewegung und friedlichen Revolution hervorgegangenen Parteigruppen war nicht gegeben, am wenigsten für BÜNDNIS 90 und die GRÜNEN.

In diesem zeithistorischen Kontext ist die Einrichtung und die Tätigkeit des Verbindungsbüros Berlin (Ost) zu betrachten.

Die Einrichtung eines Verbindungsbüros im Wege eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der WestLB mag aus heutiger Sicht eher befremdlich anmuten. Unter dem damaligen Handlungsdruck und den gegebenen Umständen jedoch erschien dieses Modell, das sich am Muster des NRW-Büros in Brüssel orientierte, verständlich. In dieser Phase der rapiden politisch-ökonomischen Veränderungen in der DDR lag es nahe, dass Nordrhein-Westfalen seine Hilfe zum Aufbau demokratischer Strukturen und materielle Unterstützungen koordinierte und Kontaktsuchenden eine Anlaufstelle offerierte. Da die DDR noch als SED-geführter Staat existierte und zum Sowjetimperium gehörte, hatte eine solche elastisch-offene Lösung unverkennbar Vorteile gegenüber einer verfassungsrechtlich wie politisch problematischen "staatlichen" Landesvertretung. Nach einer Ausarbeitung vom 22. Januar 1990 zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Verbindungsbüros³² gab das Kabinett am 23. Januar "grünes Licht" und der Chef der Staatskanzlei Wolfgang Clement unterrichtete den Vorsitzenden des Hauptausschusses des Landtags Friedhelm Farthmann noch am gleichen Tage, dass Hans-Christian Hoffmann zum Leiter bestellt werden sollte. Fast gleichzeitig wurde der Chef des Bundeskanzleramts Rudolf Seiters über den Kabinettsbeschluss informiert.

Während die Auswahl der weiteren Mitarbeiter des Verbindungsbüros in einem sorgfältigen, geregelten Auswahlverfahren erfolgte, bei dem die Eignung im Vordergrund stand und nicht parteipolitische Präferenzen, ist die Benennung von Hans-Christian Hoffman zum Leiter des Verbindungsbüros offenkundig auf den Ministerpräsidenten

32

Staatskanzlei 260 NW 728 NRW Büro Berlin

selbst zurückzuführen. Hoffmann, bis dahin bei der Vertretung des Landes beim Bund tätig, hatte bis dahin die kulturpolitischen Kontakte Nordrhein-Westfalens zur DDR organisiert und galt daher als mit den Verhältnissen in der DDR vertraut.

Die Aktenlage und die Zeugenbefragungen haben zweifelsfrei ergeben, dass das Verbindungsbüro nicht gegründet wurde, um parteipolitische Zwecke zu verfolgen, sondern als Kontaktstelle für Firmen und Institutionen aus Nordrhein-Westfalen, die Gesprächs- und Kooperationspartner in der ehemaligen DDR suchten. Entsprechende Kontakte wurden auch für ehemalige DDR-Unternehmen und -Institutionen sowie für Privatpersonen hergestellt. Trotzdem fanden kleine Teile der Tätigkeit des Verbindungsbüros in einer Grauzone zwischen den legitimen Aufgaben und der Unterstützung von politischen Parteien statt. Soweit Parteien die Leistungen des Büros im wesentlich im Rahmen der Aufgaben und Funktionen des Büros, nämlich der Kontaktpflege und des Vermittelns, die grundsätzlich jedermann zugänglich waren, nutzten, wird man dieses nicht bemängeln können. Eine unterschiedliche Inanspruchnahme der angebotenen Hilfsleistungen durch verschiedene Parteien wird man nicht dem Büro als Verfehlung anlasten können.

Die Kommission schließt nicht aus, dass Herr Hoffmann persönlich die Aufgabe des Verbindungsbüros etwas politischer gesehen hat. Dafür spricht die Tatsache, dass er sich als Leiter des Büros die Kontakte zu Politikern in weitem Umfang selbst vorbehielt. Dieses geschah möglicherweise im Hinblick auf Hoffnungen, gegebenenfalls Staatssekretär in der späteren brandenburgischen Landesregierung zu werden. Die heute von Herrn Hoffmann erhobenen Vorwürfe, Aufgabe des Verbindungsbüros sei es gewesen, einseitige politische Zwecke zu verfolgen, erklärt sich aus der Sicht der Kommission aus seinem teilweise eigenwilligen, nicht von der Landesregierung geteilten Verständnis über die Rolle des Verbindungsbüros, zudem wohl auch aus der Tatsache, dass das Land Nordrhein-Westfalen bestimmten Vorstellungen Herrn Hoffmanns über die Außendarstellung des Büros nicht gefolgt ist und dass seine Karriereerwartungen nicht erfüllt wurden. Nach Erkenntnissen der Kommission ist diese Sichtweise von Herrn Hoffmann nicht gerechtfertigt.

Bei der Beurteilung der angebotenen und wahrgenommenen Hilfeleistungen zugunsten politischer Parteien darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, dass sich das politische System der DDR in Auflösung befand und ein neues noch nicht entstanden bzw. etabliert war. Die Aktivitäten des Verbindungsbüros (und auch weitere des Landes Nordrhein-Westfalen) ersetzten partiell staatliche Funktionen während der Zeit des Übergangs. Man sprang gleichsam für die sich auflösende DDR ein. Zu den Hilfsleistungen im weiteren Sinn zählten auch Unterstützung bei der Wahrnehmung politischer Funktionen. Schwierigkeiten bei der Bewertung erwachsen aus dem Umstand, dass bei Wahlen der staatliche und parteipolitische Bereich untrennbar miteinander verwoben sind: Eine Parlamentswahl ist aus der Perspektive "Staat" die

Rechenschaftslegung der Regierung, deren Legitimation durch den Wahlsieg oder die Ablösung durch die Opposition. Aus parteipolitischer Perspektive geht es um Machterwerb oder -erhalt. Hieraus sind auch die Maßstäbe für die Unterstützung des SPD-Spitzenkandidaten Manfred Stolpe bei der Landtagswahl 1990 in Brandenburg abzuleiten. Unterstützte die Benennung von Ansprechpartnern in den verschiedenen nordrhein-westfälischen Ministerien und die eine nachgewiesene fachliche Zuarbeit sowie die Abordnung von Frau Tenkhof in das Büro Stolpe die staatlichen Funktionen, die ein Wahlkandidat wahrnimmt³³, oder lediglich die parteipolitischen? Nach Aktenlage und Zeugenbefragung ist Frau Tenkhof nur als persönliche Referentin zur Koordination von Terminen in das Büro Stolpe abgeordnet worden. Eine aktive Beteiligung von Frau Tenkhof im operativen Wahlkampf hat die Kommission nicht festgestellt.

Die Schwierigkeit der Bewertung beruht des weiteren auf dem Umstand, dass die gewährten Hilfeleistungen unter den Bedingungen eines funktionierenden parlamentarischen Regierungssystems einem Spitzenkandidaten, sei er Regierungschef oder Oppositionsführer, zur Verfügung stehen. Fachliche Zuarbeit und Koordinierungsarbeiten werden von Referenten geleistet, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Unter formalen Gesichtspunkten jedoch ist zu bedenken, dass Stolpe zu dem Zeitpunkt der Landtagswahl weder Regierungschef noch Oppositionsführer war, er also keine der Funktionen, die staatliche Unterstützung rechtfertigen, ausübte. Tatsächlich gab es vor den Landtagswahlen bzw. der Konstituierung von Landtag und Landesregierung in Brandenburg diese Ämter noch nicht. Daher erscheint es fragwürdig, ob dieser formale Maßstab, der funktionsfähige parlamentarische Strukturen voraussetzt, unter den Bedingungen des Umbruchs anwendbar ist. Davon konnte aber vor den ersten brandenburgischen Landtagswahlen kaum die Rede sein.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass aufgrund der Desintegration des politischen Systems der DDR und der Neubildung von Ländern das Entstehen einer Grauzone zwischen parteipolitischer und Verwaltungshilfe unvermeidbar war. Unter den Bedingungen des politisch-institutionellen Umbruchs, unter denen der demokratische politische Prozess neu organisiert werden musste, hat das Verbindungsbüro auch Aufgaben wahrgenommen oder deren Wahrnehmung organisiert, die unter Bedingungen eines intakten Parlamentarismus von politischen Parteien wahrgenommen werden und im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung zumindest teilweise aus öffentlichen Kassen finanziert werden. Auch wenn die Abordnung einer Referentin als Büroleiterin von Stolpe während des Landtagswahlkampfes formal nicht korrekt war,

33

Hier sei nur am Rande darauf verwiesen, dass das BVerfG die staatliche Teilfinanzierung der Parteien mit deren Funktionen für staatliche Aufgaben wie Regierungsbildung legitimiert (BverfGE 85, 264).

wurde damit sichergestellt, dass Funktionen, die unter Bedingungen arbeitsfähiger parlamentarischer Institutionen öffentlich finanziert werden, erbracht werden konnten. Dennoch hält die Kommission die Finanzierung der Tätigkeit von Frau Tenkhof während der Zeit der Abordnung in das Büro Stolpe aus öffentlichen Mitteln nicht für gerechtfertigt, auch wenn sie darin keinen vorsätzlichen Versuch sieht, einer Partei nicht gerechtfertigte Vorteile zu verschaffen.

Die Kommission konnte ferner nicht feststellen, dass die WestLB die brandenburgische SPD im Wahlkampf 1990 unterstützt hat.

Auch konnte keine einseitige vorsätzliche Bevorzugung einer Partei durch das Verbindungsbüro festgestellt werden. Sofern das Verbindungsbüro politischen Parteien Unterstützung angeboten hat, geschah dies gegenüber allen politischen Parteien. Nach Erkenntnissen der Kommission gehörte aus der Sicht des Verbindungsbüros zur Unterstützung des Aufbaus von demokratischen Verwaltungsstrukturen auch die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Parteien. Dieses Angebot wurde allerdings von der CDU nicht angenommen. Sie verfügte, wie Parteivertreter darlegten, über einen hinreichenden eigenen Parteiapparat und wurde zudem von ihren nordrhein-westfälischen Parteifreunden unterstützt. Auch haben die Bürgerbewegungen das Verbindungsbüro so gut wie gar nicht wahrgenommen. Dabei stellte sich im Rahmen der Tätigkeit der Sachverständigenkommission die Frage, warum das Verbindungsbüro trotz der Ausrichtung auf die neu entstehenden politischen Formationen den Bürgerbewegungen so wenig Unterstützung zukommen ließ. Auch von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Nordrhein-Westfalen wurde dies in den Landtagsdebatten zum Thema hinterfragt und kritisiert.

Um diesen Sachverhalt einordnen und bewerten zu können, erscheint es wichtig, sich mit dem Selbstverständnis der Bürgerbewegungen während der beginnenden Wende und der Deutschen Wiedervereinigung auseinander zu setzen³⁴.

Im Sommer und Herbst 1989 wandelte sich die bis dahin nur lose vernetzte Bürgerbewegung und fächerte sich mit der Formierung von festeren Organisations- und Gruppenstrukturen wie "Neues Forum", SPD, "Demokratie Jetzt", "Demokratischer Aufbruch", "Vereinigte Linke" und andere auf. In der Frontstellung gegen das SED-System und die Repressionen sowie bei der Herstellung von Öffentlichkeit arbeiteten die verschiedenen politisch-ideologischen Oppositionsströmungen zusammen, aber bei der anzustrebenden Staats- und Gesellschaftsordnung teilten sich die Wege. Während

³⁴

Literaturquellen dazu: Markowits, Andrei S./Philip S. Gorski, Grün schlägt Rot, Rotbuch Verlag Hamburg, 1997, Jäger, Wolfgang, Die Überwindung der Teilung, Band 3, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1998

die schon bewusst als politische Partei gegründete SPD die parlamentarische Demokratie und die soziale Marktwirtschaft anstrebte, und der zunächst eine sozialistische Gesellschaft auf demokratischer Grundlage fordernde "Demokratische Aufbruch" die Wende zu einer Parteiausrichtung vollzog und sich mit der Ost-CDU und der DSU zur "Allianz für Deutschland" verband, blieben die Gründer und Sympathisanten des "Neuen Forums" wie von "Demokratie Jetzt" und weiterer Oppositionsgruppen basisdemokratischen Vorstellungen und dem "Traum vom Dritten Weg" verhaftet

Die Gründer und Sympathisanten des "Neuen Forums" waren nicht daran interessiert, sich vom Sozialismus zu verabschieden, gar den westlichen Kapitalismus zu übernehmen. Die guten, wirklich sozialistischen Merkmale der DDR sollten nach Meinung dieser Bewegung beibehalten und in einem von der Bundesrepublik unabhängigen zweiten deutschen Staat weiterentwickelt werden. Diese neue DDR sollte Bürgerrechte schützen, die Bildung eines Mehrparteiensystems erlauben und die Vielfalt der Meinungen und Lebensweisen fördern. Es bestand in diesem Milieu eine Aversion gegen alle Formen von konventionellen politischen Organisationen.

Das "Neue Forum" sollte vielmehr ein loses Netzwerk von Dissidentengruppen sein, das die informellen Kontakte erleichterte. Man meinte, nur diese Art von informeller und freiwilliger Interaktion könne nennenswerte Solidarität zwischen den Menschen herstellen.

Im November 1989 formulierte das "Neue Forum" und seine Verbündeten konkrete Vorstellungen für einen "Dritten Weg" der DDR. Dieser "Dritte Weg" sollte ein nicht leninistischer Sozialismus sein, sondern einer, der die Mitbestimmung des Volkes, der Vergesellschaftung des Privateigentums und einen hochentwickelten Sozialstaat umfasste. Das "Neue Forum" lehnte den westdeutschen Kapitalismus ab und fand seine exzessiven Konsumgewohnheiten besonders verachtenswert.

Das "Neue Forum" warnte die ostdeutsche Bevölkerung vor unvermeidlichen negativen Folgen einer Wiedervereinigung mit Westdeutschland. Es forderte die Menschen auf, nicht von der Konfrontation zur Konföderation überzugehen und glaubte, dass die Wiedervereinigung nicht nur schnellen Wohlstand, sondern auch für viele DDR-Bürger Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Man befürchtete, dass die sozialen Errungenschaften der DDR gefährdet wären, z. B. dass die Mieten steigen würden.

Im Januar 1990 gab das "Neue Forum" eine programmatische Erklärung heraus, die noch einmal die basisdemokratische Orientierung unterstrich und deutlich machte, dass man einen demokratischen Sozialismus weiterhin für wünschenswert und auch noch möglich hielt. Erneut wurde die tief sitzende Aversion gegenüber traditionellen Parteien zum Ausdruck gebracht, die, so argumentierte man, nur die individuellen Initiativen lähmen würden und die demokratische Mitwirkung blockierten. Den Wert

von Wahlen als Ausdruck der Demokratie lehnte das "Neue Forum" nicht ab, stand aber den bevorstehenden Volkskammerwahlen - den ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR - mit Misstrauen gegenüber.

Im Februar 1990 bildete das "Neue Forum" mit der Initiative Demokratie Jetzt und der Initiative für Frieden und Menschenrechte ein Wahlbündnis, das zu den Volkskammerwahlen im März antreten sollte, aber ausdrücklich nicht als Partei. Dies war der Beginn der Entwicklung von BÜNDNIS 90, das später ein wichtiges organisatorisches Element des ostdeutschen Gegenstücks der westdeutschen GRÜNEN werden sollte. Die Unabhängigkeit des Bündnisses von jeder westdeutschen Partei, einschließlich der westdeutschen GRÜNEN, bedeutete einen Akt des Widerstehens. Wolfgang Ullmann, ein Gründungsmitglied der Initiative "Demokratie Jetzt", sagte: *"Wir haben keine Partner und sind stolz darauf." Es wäre ein "sonderbares Demokratieverständnis, wenn wir uns von bundesdeutschen Politikern sagen lassen müssten, was wir wollen."*

Diese Grundeinstellung dürfte auch dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass es von den Bürgerbewegungen selbst wenig Initiative zur Nutzung des Verbindungsbüros gegeben hat. Informationsgespräche sind die einzigen Kontakte zwischen Verbindungsbüro und Bürgerbewegungen gewesen. Die Ost-GRÜNEN erhielten seit Januar 1990 finanzielle Hilfen der West-GRÜNEN, sowie programmatisch-organisatorische Hilfen. Mit Unterstützung der Bundesfraktion wurde der Entwurf des Parteiprogramms erarbeitet. Des Weiteren richteten die West-GRÜNEN Anfang Februar ein Unterstützungsbüro in West-Berlin für den Wahlkampf der GRÜNEN Partei ein. Allerdings hatten die ostdeutschen GRÜNEN nicht nur das Gefühl, weniger mächtig zu sein, als ihre westdeutschen Kollegen, sie waren auch aus einer völlig anderen politischen Realität hervorgegangen, so dass die zukünftigen Partner die Welt mit sehr verschiedenen Augen sahen. Die Westler empfanden die Ostler überaus konservativ und anti-kommunistisch, die Ostler empfanden ihre westdeutschen Parteikollegen als naiv und unerfahren, weil sie nicht wussten, was ein repressives System sei. So beklagten sich auch einige Mitglieder über die Westdeutschen wegen ihrer anmaßenden Art, die sie als "Öko-Imperialismus" bezeichneten.

Im Mai 1990 wurden offizielle Gespräche über mögliche gemeinsame Aktionen zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen aufgenommen. Die Zurückhaltung der ostdeutschen und westdeutschen GRÜNEN hinsichtlich parteipolitischer "Vereinigung" traf mit der sowohl von den westdeutschen als auch den ostdeutschen GRÜNEN vertretenen Weigerung zusammen, die Wiedervereinigung Deutschlands zu akzeptieren. Auch bei den GRÜNEN herrschte der Wunsch nach Entwicklung zweier deutscher Staaten vor.

Auch hieraus wird deutlich, dass der Bedarf zu einer Zusammenarbeit und/oder Unterstützung durch das Verbindungsbüro Nordrhein-Westfalen von der GRÜNEN Partei Ost nicht gesehen wurde. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich in den

Unterlagen des Verbindungsbüros und in den Aussagen der Mitarbeiter des Büros kaum Angaben über die Zusammenarbeit mit den Bürgerbewegungen und den ost-deutschen GRÜNEN finden. Dies ist allerdings weniger in einer Ablehnung des Büros gegenüber diesen Bewegungen zu begründen, sondern eher im Selbstverständnis dieser Gruppen.

An die Kommission wurde die Behauptung herangetragen, das Verbindungsbüro sei beteiligt an der Verbringung von Unterlagen des MfS nach Nordrhein-Westfalen und der Unterdrückung entsprechender Akten. Die Kommission hat festgestellt, dass Magnetbänder des MfS mit Gehaltslisten der hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS im Zuge der Amtshilfe für die Volkskammer zum Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Düsseldorf gebracht worden sind, weil damals nur dort die technischen Voraussetzungen zur Lesbarmachung dieser Magnetbänder gegeben waren. Nach Erkenntnissen der Kommission war das Verbindungsbüro daran nicht beteiligt. Genau so wenig konnte eine Aktenunterdrückung festgestellt werden.

Dieser Bericht wurde einstimmig beschlossen.

VI. Auswahlbibliographie

1. Akten der Staatskanzlei NRW betr. Bundeskanzleramt, Hilfen beim Aufbau des Landes Brandenburg, Länder, NRW Büro Berlin
2. Berichte über das Deutschlandprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
3. Bullmann, Udo/Schwanegel, Wito, Zur Transformation territorialer Politikstrukturen, Landes- und Kommunalverwaltungen in den neuen Bundesländern, in: Susanne Benzler/Udo Bullmann/Die Eißel (Hrsg.), Deutschland-Ost vor Ort, Opladen 1995, S. 194-224
4. Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1995 (Neun Bände in 18 Teilbänden)
5. Garton Ash, Timothy, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993
6. Grosser, Dieter, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 2), Stuttgart 1998
7. Grunow, Dieter, Verwaltungstransformation zwischen politischer Opportunität und administrativer Rationalität: eine empirische Untersuchung der Verwaltungshilfe für Brandenburg, Bielefeld 1996
8. Jäger, Werner, Die Überwindung der Teilung (Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 3), Stuttgart 1998
9. Jarausch, Konrad, Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt a.M. 1995
10. Kiesler, Richard/Elbe, Frank, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken, Baden-Baden 1993
11. Küsters, Hanns-Jürgen/Hofmann, Daniel (Bearb.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes, München 1998
12. Markowits, Andrei S./Gorski, Philip, Grün schlägt Rot, Hamburg 1997

13. Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger, Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deut-deutschen Beziehungen 1987-1990, Berlin 1996
14. Neubert, Elnhort, Geschichte der Opposition in der DDR, 1969-1989, Bonn 1997
15. Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer, Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999
16. Schäuble, Wolfgang, Der Vertrag. Wie ich über die Einheit verhandelte, hrsg. von Dirk Koch/Klaus Wirtgen, Stuttgart 1993
17. Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder wo blieb das Volks. Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990
18. Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit (Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 4), Stuttgart 1998
19. Zelikow, Philip/Rice, Condoleeza, Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997